Mélanie Gonzalez

Université Stendhal – Grenoble 3

Die DDR als politisches Streitobjekt

Eine Untersuchung der DDR-Berichterstattung westdeutscher Journalisten, 1971-1989



01/09/2012

Sous la direction de Christian Eggers

INHALTSVERZEICHNIS

Danksagung 5

Einführung 6

1. Der Wandel durch Annäherung 6

2. Fragestellung 6

3. Das Material 7

4. Gliederung 8

Forschungsstand 9

1. Vor 1989 9

2. Nach 1989 11

3. Neue Studien 16

4. Zusammenfassung der Ergebnisse 17

Historischer Kontext: Die Neue Ostpolitik 19

1. Die zögerlichen Anfänge der Ostpolitik 19

2. Der Wandel 20

3. Die Regierungserklärung Willy Brandt 21

4. Willy Brandt in Erfurt 23

5. Willy Brandt in Moskau 29

6. Grundlagenvertrag 30

7. Warschauer Vertrag 31

8. Nobelpreis und Höhepunkt der Ostpolitik Willy Brandts 33

9. Konstruktive Misstrauensvotum 1972 33

10. Vertrauensfrage und Bundestagswahlen 1972 34

11. »Dolchstoß« 34

Einführung in die Analyse: die Absichten der Journalisten 36

1. Lothar Loewe, 1971 - 1976 für den *Spiegel* 36

2. Peter Jochen Winters, 1977 – 1980 für die *FAZ* 36

3. Eva Windmöller, 1974 – 1976 für den *Stern* 37

4. Theo Sommer, 1986 für die *Zeit* 37

Kapitel I. Das sozialistische System in sich: wie wird es geschildert? 39

1. Die Ideologie 39

2. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 48

3. Institutionen 63

Kapitel II. Die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen 71

1. Die westdeutsche journalistische Arbeit in der DDR 71

2. Das diplomatische Ping-Pong Spiel 1969 – 1974 80

3. Das Diplomatische Ping-Pong Spiel nach Willy Brandt 92

Kapitel III. Der Alltag in der DDR 100

1. Der Lebensstandard 100

2. Menschen 109

3. Alltägliche Kämpfe 116

Fazit 126

1. Resümee 126

2. Schlusswort 130

Bibliographie 132

DANKSAGUNG

Mein Dank gilt zunächst Herrn Prof. Dr. Christian Eggers, der meine Neugier über die Geschichte des geteilten Deutschlands im Rahmen spannender Seminare an der Université Stendhal geweckt hat, und der meine Arbeit betreut.

Weiterhin danke ich Frau Prof. Dr. Birthe Kundrus, die meine Anmeldung als Freemover an der Universität Hamburg möglich gemacht hat, und die mir treffende Ratschläge im Laufe meiner Arbeit gegeben hat.

Ich möchte mich auch bei Frau Prof. Dr. Angelika Schaser bedanken für ihre Hilfe und Motivation im Rahmen eines Oberseminars an der Universität Hamburg.

Schließlich möchte ich meinem Freund Friedrich Birgelen danken, der mit Geduld und Freundlichkeit mir dabei geholfen hat, dass meine Arbeit mehr deutsch und weniger französisch klingt!

Hamburg, im September 2012

Mélanie Gonzalez

EINFÜHRUNG

Die Jahre nach der Wiedervereinigung wurden begleitet von einer plötzlichen Ausbreitung historischer Analysen. Historiker und Forscher nutzen die Gelegenheit um das geteilte Deutschland im Nachhinein kritisch zu beobachten.

1. DER WANDEL DURCH ANNÄHERUNG

Der „Wandel durch Annäherung“ gilt als zentraler Punkt in der Geschichte des geteilten Deutschlands. „Wandel durch Annäherung“ beschreibt schlagwortartig ein 1963 von Egon Bahr verbreitetes Konzept, das 1969 durch Willy Brandts Ostpolitik verwirklicht wurde. Er zielte darauf ab, beide Blocks – Ost und West – einander anzunähern, anstatt die Spaltung des kalten Krieges zu vertiefen. Zu seiner Zeit war er Gegenstand zahlreicher kritischer Würdigungen durch Politik, Gesellschaft und Medien.

Schon im Jahre 1970 warf die CDU Brandt vor, seine Entspannungspolitik hätte dazu beigetragen, die DDR zu beschönigen, auf die Wiedervereinigung zu verzichten und das SED-Regime zu stabilisieren. Diese kritische Sichtweise verfolgte Brandt seine ganze Karriere hindurch. Auch nach der Wiedervereinigung wird diese Kritik aufrecht erhalten, der Wandel durch Annäherung wäre nur „Illusion“[1] gewesen. Er hätte sich eher in der politischen Kultur Westdeutschlands gezeigt, indem „politische Akteure […], einflussreiche politische Publizisten, sogar die meisten DDR-Spezialisten sich in Beschönigungen des ostdeutschen Herrschaftssystems gefallen [hätten]. Dies hatte Folgen noch bis zum Herbst 1989: die Stabilität der DDR wurde von Politik und Wissenschaft weit überschätzt.“[2]

2. FRAGESTELLUNG

Es stellt sich somit die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren des Wandels durch Annäherung die Situation in der DDR beschönigt hat, und dadurch den ostdeutschen Staat falsch eingeschätzt, beziehungsweise überschätzt hat?

Um den Wahrheitsgehalt dieser These zu messen werden wir unsere Untersuchung auf einen Material einschränken: die Printmedien. Ziel dieser Untersuchung ist, die

[1] Grosser, Dieter ; Bierling, Stephan ; Neuss, Beate (Hg.). *Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung. Band 11: Bundesrepublik und DDR 1969–1990*. Stuttgart: Reclam, 1996, S. 11-12
[2] Ebenda

Wirkungen des Wandels durch Annäherung an Hand von Presseveröffentlichungen zu messen. Die Presse hatte in dem zu untersuchenden Zeitraum einen bedeutenden Einfluss auf die Bevölkerung und eignet sich deswegen zur Untersuchung der oben genannten These. Wenn ein Wandel in der politischen Kultur Westdeutschlands stattfand, dann brachte dies vor allem und zuerst die Presse zum Ausdruck.

3. DAS MATERIAL

Die ausgewählten Reportagen wurden von westdeutschen Journalisten geschrieben, die in die DDR als Korrespondenten gereist sind und von dort aus berichtet haben. Die Pfeiler der Printmedien sind verwendet: *der Spiegel*, *Stern*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* und *die Zeit*. Die große Ausnahme: die Tageszeitung *Bild*, weil sie die Erlaubnis von den DDR-Behörden nie bekommen hat, einen Korrespondenten in der DDR zu haben.

Der Zeitraum, in dem die Reportagen ausgewählt wurden, fängt 1971 an, dem Jahr in dem zum ersten Mal Journalisten aus der BRD in die DDR fahren durften und von dort aus berichten konnten.[3] Offiziell war zu dem Grundlagenvertrag ein „Briefwechsel über die Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten“ erst am 8. November 1972 unterzeichnet wurde und in Kraft getreten, ein Datum ab dem die Zulassung von westdeutschen Korrespondenten im Osten offiziell erlaubt wurde. Doch schon früher hatten es ein paar Medien geschafft, Korrespondenten in die DDR zu schicken.

Für die Zwecke dieser Arbeit beschäftigen wir uns nur mit Berichterstattung von Journalisten, die alles mit ihren eigenen Augen gesehen haben. Der Zeitraum endet selbstverständlich 1989 mit dem Untergang des Ostblocks. Um den umfangreichen Zeitraum im Bemühen um Klarheit einzuschränken, beschränkt sich diese Arbeit auf einige wesentliche Reportagen dieser Zeit.

Die Artikel aus dem *Spiegel* wurden 1977 als Serie *Abends kommt der Klassenfeind – Als Fernsehkorrespondent in der DDR* veröffentlicht.[4] Diese Serie enthält fünf Teile und wurde 1971 – 1976 von dem Fernsehkorrespondenten Lothar Loewe wie eine Art Logbuch geschrieben.

---

[3] Lothar Loewe für den *Spiegel* fing Oktober 1971 an, aus der DDR zu berichten, dies wurde aber erst 1977 veröffentlicht

[4] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind.* Eine Spiegelserie in *Der Spiegel* n°33/1977, n°34/1977, n°35/1977, n°36/1977, n°37/1977

Die Reportage des *Stern*s, *Leben in der DDR*[5], wurde 1977 veröffentlicht und umfasst zwei Jahre Leben in der DDR als *Stern*-Journalist. Eva Windmöller und ihr Mann, der Fotograph Thomas Höpker, berichten über den Alltag in der DDR. Diese Erfahrung wurde in Form von einem Buch veröffentlicht.

Die Artikel aus der *FAZ* wurden im Zeitraum 1977 – 1982 ausgewählt. Davor wurden keine Korrespondenten der *FAZ* in der DDR akzeptiert. Die ausgewählten Artikel wurden prinzipiell von dem Korrespondent für die *FAZ*, Peter Jochen Winters, geschrieben, ein paar auch von einem anderen *FAZ*-Korrespondent in der DDR, Horst Krüger.

Die Reportage *Reise ins andere Deutschland*[6] ist Ergebnis einer Expedition, in der zehn Tage lang sechs Redakteure der *Zeit* durch die DDR fuhren. Theo Sommer, Marion Gräfin Dönhoff, Rudolf Walter Leonhardt, Peter Christ, Nina Grunenberg, Gerhard Spörl wurden von der DDR-Korrespondentin des Blattes, Marlies Menge, begleitet. Dies fand im Sommer 1986 statt.

4. GLIEDERUNG

Mit diesem Stoff versucht diese Arbeit die Ambivalenz rund um den Wandel durch Annäherung darzustellen. Dafür werden die Inhalte der Berichterstattung unter verschiedenen Aspekten betrachtet. Der erste Aspekt behandelt das sozialistische System an sich, wie wurde es geschildert? Der zweiten Aspekt umschreibt die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, insbesondere wie die Entwicklungen der innerdeutschen Beziehungen in der westdeutschen Presse beschrieben werden. Der dritte Aspekt umfasst alles, was mit dem Alltag zu tun hat: in den Bemühen der Korrespondenten, ein Bild der DDR im Westen zu zeichnen, was war wahr? Was wurde beschönigt? Wie kritisch waren sie?

Die verschiedenen politischen Orientierungen der ausgewählten Berichterstattungen dienen dazu, eine authentische Darstellung der westdeutschen Presse zu gewährleisten.

[5] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977
[6] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986

FORSCHUNGSSTAND

1. VOR 1989

1. 1. ANTHONY JOHN GOSS, 1980

Anthony John Goss legte eine Untersuchung vor, die 1978 als Dissertation[7] angenommen wurde und dann 1980 in einem Buch veröffentlicht wurde[8]. In dieser Untersuchung widmete er ein Kapitel dem Bild der DDR aus der Sicht des bundesdeutschen Fernsehens. Er stellte ein „überwiegend negatives Image der DDR im bundesdeutschen Fernsehen“[9] fest, sowohl bei den politischen Magazinen *Report* und *ZDF-Magazin* als auch bei den Nachrichtensendungen *Heute* und *Tagesschau*. Was die Sendung *Kennzeichen D* betrifft, stellte er ein „relativ ausgewogenes Informationsangebot positiven und negativen Inhalts“[10] fest. Er schränkte dies jedoch ein, indem er feststellte: „auch hier dominieren bei Meldungen mit hauptsächlich positivem Inhalt solche Meldungen, die zusätzliche negative Konnotationen (schwach positiv) beinhalten.“[11] Er illustrierte seine Worte mit Statistiktabellen [12] . So gesehen wäre die DDR-Berichterstattung bundesdeutscher Journalisten eher destabilisierend für das SED-Regime gewesen.

1.2. GUNTER HOLZWEIßIG, 1983

Die 1983 erschienene Untersuchung von Gunter Holzweißig[13] beschäftigt sich mehr mit den DDR-Medien als den bundesdeutschen Medien in der DDR. Nachdem er zunächst die „lückenhafte Berichterstattung“[14] der DDR-Medien vorstellt, resümiert er sodann, wie er die „Aufgabe“ der bundesdeutschen Korrespondenten in der DDR sieht: Die Hörfunk- und Fernsehsender der Bundesrepublik Deutschland sollen, so Gunter Holzweißig, die bestehenden Informationslücken füllen. Des Weiteren führte Holzweißig aus: „Ihre Korrespondenten in der DDR sehen sich mit der einzigartigen Aufgabe konfrontiert, die Bevölkerung des Gastlandes über die Politik ihrer eigenen Regierung zu unterrichten.“[15].

---

[7] Goss, Anthony John. *Das Deutschlandbild im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.* Dissertation für die Philosophische Fakultät der Christian-Albrecht-Universität. Kiel, 1978
[8] Goss, Anthony John. *Deutschlandbilder im Fernsehen – vergleichende Analyse politischer Informationssendungen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.* Köln: Wissenschaft und Politik, 1980
[9] Ebenda, S. 80
[10] Ebenda
[11] Ebenda
[12] Ebenda, S. 194, Tabelle 129
[13] Holzweißig, Gunter. *Massenmedien in der DDR.* Berlin: Holzapfel, 1983
[14] Ebenda, S. 7
[15] Ebenda, S. 8

1.3. KURT R. HESSE, 1984

Im Rahmen eines akademischen Forschungsprojektes unternahm Kurt R. Hesse 1984 den Versuch, die Vorstellung der DDR-Bürger vom Leben in der Bundesrepublik zu ergründen[16], die sich aus dem Konsum des Westfernsehens gebildet hat. Hiermit verfolgt Hesse eine andere Herangehensweise als diese Arbeit. Die Forschungen von Kurt R. Hesse konzentrierten sich nicht auf die Auswertung der DDR-Berichterstattung bundesdeutscher Printmedien in der Suche nach einer eventuellen Beschönigung. Sie bezogen sich vielmehr auf die Fernseh- und Hörfunkmedien und deren Auswirkung auf die Bürger der DDR. Sachdienlich für diese Arbeit ist allerdings die Analyse in Kapitel 6 über die Glaubwürdigkeit der Nachrichtensendungen der Westmedien. Er stellt fest, dass die Nachrichtensendungen der Westmedien im Gegensatz zu den DDR-Medien im Durchschnitt einen sehr hohen Glaubwürdigkeitswert erreichen[17]. Daraus kann abgeleitet werden, dass die Westmedien in der DDR eine große Vertrauenswürdigkeit genossen. Eine Vertrauenswürdigkeit die sie nicht erreicht hätten, wenn sie propagandistisch tätig geworden wären. Aus dieser Sichtweise wäre also die DDR-Berichterstattung bundesdeutscher Journalisten eher destabilisierend für das SED-Regime gewesen.

1.4. BEATRICE DERNBACH, 1989

1990 wurde eine empirische Untersuchung[18] von Beatrice Dernbach veröffentlicht, die vor dem Fall der Mauer geschrieben wurde (das Vorwort trägt das Datum vom September 1989). In ihrer Studie über die DDR-Berichterstattung der FAZ und der SZ in einem Untersuchungszeitraum vom August 1987 bis Juli 1988 beantwortet die Wissenschaftlerin prinzipiell folgende Fragen: wie berichten die beiden Zeitungen über die DDR und wie entsteht diese Berichterstattung? Schlagen sich die besonderen deutsch-deutschen Beziehungen in der Berichterstattung nieder? Und welche Rolle hat die Berichterstattung der DDR-Korrespondenten für die deutsch-deutschen Beziehungen gespielt?[19] Dafür hat sie eine Inhaltsanalyse durchgeführt, deren Ergebnisse sie mit Interviews der damaligen Korrespondenten überprüft und interpretiert hat. Festgestellt wurde, dass die FAZ und die SZ kein umfassendes Bildes der DDR vermittelt haben. Was

[16] Hesse, Kurt. *Westmedien in der DDR: Nutzung, Image und Auswirkungen bundesrepublikanischen Hörfunks und Fernsehens*. Köln: Wissenschaft und Politik, 1988
[17] Ebenda, S. 81
[18] Dernbach, Beatrice. *DDR-Berichterstattung in bundesdeutschen Qualitätszeitungen: eine empirische Untersuchung.* Nürnberg: Verl. Der Kommunikationswiss. Forschungsvereinigung, 1990
[19] Ebenda, S. 210

fehlt sind Reportagen aus dem Alltag der DDR[20]. Dernbach meint: „Der idealtypische Anspruch der Darstellung eines »umfassenden Bild deutscher Wirklichkeit« kann kein Maßstab für die DDR-Berichterstattung sein.“[21]. „Auch die Berichterstattung über und aus der DDR ist in erster Linie »Journalismus« […], der spezifischen Prämissen unterworfen ist“. Unter spezifischen Prämissen meinte sie ereignisorientiert und aktuell. Die speziellen Arbeitsbedingungen, die die DDR-Korrespondenten erlebt haben (begrenzter Zugang zur DDR-Wirklichkeit, kontrollierter Informationsfluss durch die Partei) thematisiert sie mehrmals. Sie beschreibt dieses als „wichtige Einschränkungen“[22]. Die Informationen, die von der DDR-Führung vermittelt worden sind, seien unglaubwürdig geblieben, und die Korrespondenten hätten ihre Aufgabe darin gesehen, dieses Problem zu thematisieren. Deshalb wendeten sich die Journalisten an die Kirchen und oppositionellen Gruppen, die die „einzigen offen zugänglichen Informationsquellen“[23] darstellten. Was die Rolle der Berichterstattung für die deutsch-deutschen Beziehungen betrifft hätte sich das Ziel Vorurteile abzubauen hinsichtlich der Berichterstattung der FAZ und der SZ ihrer Meinung nach nicht erfüllt. Politische Beziehungen sind aber nach ihrer Ansicht von anderen Faktoren als der Berichterstattung bestimmt, die zwar einen gewissen Einfluss ausübe, aber deren erste Aufgabe jedoch die Beobachtung, Analyse und Kommentierung der Ereignisse bleibe.[24]

2. NACH 1989

Nach dem Fall der Mauer haben viele Historiker, Wissenschaftler und Publizisten den zeitlichen Abstand benutzt, um die DDR-Berichterstattung bundesdeutscher Medien zu analysieren. Dies hat sich in der plötzlichen Ausbreitung zahlreicher Analysen niedergeschlagen.

2.1. KLAUS BRESSER, 1990

Der Chefredakteur des ZDF beschrieb im Jahr 1990 fünf Funktionen, die er den westdeutschen Medien zuschreibt [25]. Die Berichterstattung habe „als Sprachrohr derjenigen, die bis dahin keine Stimme hatten“ gedient. Sie habe auch als Sicherung vor

[20] Ebenda, S. 211
[21] Ebenda, S. 212
[22] Ebenda
[23] Ebenda, S. 213
[24] Ebenda
[25] Bresser, Klaus. *Das Fernsehen als Medium und Faktor der revolutionären Prozesse in Osteuropa und der DDR,* in Hall, Peter Christian. *Fernseh-Kritik. Revolutionäre Öffentlichkeit : das Fernsehen und die Demokratisierung im Osten.* München: Hase u. Koehler, 1990, S. 35

staatlichen Repressionen der DDR-Opposition geholfen. Zudem habe sie die Massendemonstrationen vergrößert, indem Sie sie wie ein nacheifernswertes Beispiel präsentiert habe.[26] Sie habe auch auf die bundesdeutsche Bevölkerung ihre Wirkung gehabt und schlussendlich hätte sie die DDR-Regierung insgesamt unter Druck gesetzt.[27]

2.2. KARL DIETRICH BRACHER, 1992

Karl Dietrich Bracher, Politikwissenschaftler und Historiker, thematisiert die Ambivalenz der Rolle der Westmedien in dem Prozess des Zusammenbruchs der DDR. Laut Bracher habe die DDR-Berichterstattung bundesdeutscher Korrespondenten gleichzeitig stabilisierend (im Sinne einer vermeintlichen „Friedenspropaganda“) und destabilisierend (als möglicher Anreiz zum Volksaufstand) gewirkt.

Er bemerkt „Fehldiagnosen aus dem Westen“, konnte aber nicht sagen, ob diese Fehldiagnose aus „realpolitischem“ Entspannungskalkül“ oder aus „ideologischen Sympathien mit dem »Sozialismus« an der Macht und seiner Friedenspropaganda“ stammten[28].

2.3. JENS HACKER, 1992

Jens Hacker unternahm 1992 eine Analyse[29] in der er sich unter anderem mit der Rolle der westdeutschen Journalisten in der öffentlichen Diskussion befasste. In mehr als zehn Seiten seiner Analyse griff er die Berichterstattung westdeutscher Journalisten über die DDR scharf an. In diesem Kapitel, genannt *Publizistische Fehlurteile über die DDR*[30], wirft er den Wissenschaftlern und Publizisten vor, sie „nahm[en] die Neigung [an], die DDR nicht mehr – wie in den 50er Jahren – vornehmlich unter dem Aspekt »Unrecht als System« zu analysieren“[31]. Publizisten wie Peter Bender hätten sich in Illusionen gewogen, als sie dachten, die Annäherung der beiden Staaten und die Liberalisierung der DDR durch eine Politik der Stabilisierung der DDR erreichen zu können.[32] Er prangerte an, dass es „schon in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre eine ganze Reihe bekannter Publizisten [gebe], die mit der deutschen Situation nicht fertig zu werden vermochten und aufgrund ihres gebrochenen Geschichtsbewusstseins von der deutschen Geschichte total

[26] Ebenda
[27] Ebenda, S. 56
[28] Bracher, Karl Dietrich. *Wendezeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays 1987-1992.* Stuttgart: DVA, 1992, S. 338
[29] Hacker, Jens. *Deutsche Irrtümer : Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen.* Berlin: Ullstein, 1992
[30] Ebenda, S. 394
[31] Ebenda
[32] Ebenda

Abschied nehmen wollten". Er zitierte Theo Sommers DDR-Report für *die Zeit Reise in ein fernes Land* (1964) als Beispiel dafür. Er erstellte dann eine Liste „Wohlwollendste Analysen der DDR" [33], ohne sich nur einmal mit einer journalistischen Analyse auseinanderzusetzen, die sich kritisch mit der DDR befasste. Er sagte nur, „wenige Journalisten"[34] seien zur Selbstkritik bereit gewesen.

Es folgt in diesem Kapitel eine Art Geißelung ehemaliger Korrespondenten in der DDR, die zugeben, wie blind sie während ihren Tätigkeit als BRD-Korrespondenten in der DDR waren. So wird Hermann Meyn zitiert, der sagte: „Ich bin mitgeschwommen im publizistischen mainstream meiner politischen Freunde, die Entspannungspolitik mit dem Ziel betrieben, das Los der Menschen zu erleichtern und die DDR so zu stabilisieren, dass sie sich einiges erlauben konnte. Der Unrechtscharakter der SED-Herrschaft war mir zwar stets bewusst, aber ich muss selbstkritisch einräumen: Ich habe mich weniger mit ihm und mehr mit Veränderungen an der Oberfläche befasst"[35]. In der gesamten Analyse von Jens Hacker fehlt es deutlich an Objektivität, er kümmerte sich fast ausschließlich um diese eine Seite der Berichterstattung und studierte keinen anderen Aspekte. Außerdem brachte er manchmal zweifelhafte Theorien vor, ohne Quelle oder Begründung vorzustellen.

2.4. HEINRICH POTTHOFF, 1995

1995 thematisierte der Historiker Heinrich Potthoff die Rolle der Westmedien für die Entwicklung der Mentalität der Bevölkerung in der DDR in einem Kapitel genannt „Die deutsche Frage in der »Öffentlichkeit« und im Bewusstsein der Bevölkerung"[36]. Er fasste in diesem Kapitel zahlreiche Erscheinungen zusammen, die die Komplexität und Widersprüchlichkeit der deutschen Frage in der 80er Jahren andeuteten.

Was den Einfluss der bundesdeutschen Medien in der DDR betrifft, behauptete Potthoff, dass „die Rolle, die das westliche Fernsehen für die Bevölkerung in der DDR spielte, sowohl durch seine Informationen wie das Bild, das es vom Westen und der Bundesrepublik vermittelte, von zentraler Bedeutung [war]. […] Sie wirkten nicht nur über ihre politischen Informationen, sondern vielleicht noch stärker über die weiche Vermittlung (Musik, Kultur, Konsum, Lebensgefühl) westlicher Lebenswerte und

[33] Ebenda, S. 396
[34] Ebenda, S. 399
[35] Ebenda, S. 401. Worte von Hermann Meyn, Vorsitzende des Deutschen-Journalisten-Verbandes – der Gewerkschaft der Journalisten, 1990
[36] Potthoff, Heinrich. *Die Koalition der Vernunft : Deutschlandpolitik in den 80er Jahren.* München : Dt. Taschenbuch-Verl., 1995, S. 74

Lebensorientierungen und förderten so emotional Bindungen zu den Deutschen in der Bundesrepublik.“[37]

Damit kam Potthoff zu ähnlichen Feststellungen wie Kurt R. Hesse, was die Vertrauenswürdigkeit der Westmedien bei der DDR-Bevölkerung betrifft. Diese Berichterstattung wurde im Osten sehr beachtet. Ihr Inhalt könnte also eine starke Wirkung auf die Bevölkerung haben und konnte infolgedessen entweder stabilisierend oder destabilisierend für das SED Regime gewirkt haben. Stabilisierend, wenn eine Beschönigung stattgefunden hat, destabilisierend, wenn sie nicht stattgefunden hat.

Vorab beschäftigte sich Potthoff mit dem in den Westmedien verbreiteten Bild der DDR. Er verwies auf die Ausformung einer bundesrepublikanischen Identität, die dazu führte, „dass viele annahmen, in der DDR müsse sich ein ähnliches Identitätsgefühl entwickelt haben.“[38] Wenn wir diese Notiz betrachten in der er sagt, der Sympathiewert für die DDR sei fast stetig negativ ausgefallen, erscheint seine Schlussfolgerung fast paradox: „Insgesamt fiel das im Westen vorherrschende und verbreitete Bild von der Situation in der DDR rosiger aus, als es der Wirklichkeit entsprach. Neben den kanalisierten Informationen und Kontakten spielte dabei wohl auch eine Rolle, dass man sich zu sehr in der selbstgenügenden eigenen Welt eingerichtet, das Gespür für das Leben unter einer Diktatur verloren hatte und Anzeichen für eine Klimaveränderung in der DDR überbewertete.“[39] Was versteht er unter „rosiger“? Weiter im Absatz nimmt er das Beispiel Sport. Er meint, die Erfolge und das „Erscheinungsbild“ der DDR im Sport habe eine „nicht unmaßgebliche Rolle“ gespielt und täuschte „über die reale Wirklichkeit des SED-Staates“[40] hinweg.

2.6. ANDREAS CZAPLICKI, 2000

Eine 2000 veröffentliche Analyse stellte die Frage der Rolle der Westmedien in der DDR, insbesondere ihre Rolle im Rahmen der friedlichen Revolution in den Jahren 1989/90[41]. Eine besonders interessante Ansicht ging davon aus, die westdeutschen Medien in der DDR haben die Züge eines Führers der Opposition in der DDR genommen[42].

---

[37] Ebenda, S. 79
[38] Ebenda, S. 78. Im Buch gibt es eine Notiz zu diesem Absatz: „Der Sympathiewert für die DDR, der fast stetig negativ ausfiel, erreichte im Herbst 1987 den höchsten jemals gemessenen Wert. Vgl. Weidenfeld/Glaab, Die Deutsche Frage, S. 165f“
[39] Ebenda, S. 78
[40] Ebenda, S. 78
[41] Czaplicki, Andreas. *Die Rolle der Westmedien in der Revolution der DDR. Dissertation am Fachbereich 12 der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.* Frankfurt am Main, 2000
[42] Ebenda, S. 12, 232 – 233

Es folgte eine Erklärung aller Funktionen, die die Berichterstattung erfüllt habe. Die Berichterstattung habe zunächst das Informationsmonopol der DDR-Führung massiv durchbrochen[43] . Besonders motivierend auf die „Revolution“ wirkte sie auch insofern, als „die Bürgerbewegung in der publizistischen Auseinandersetzung rasch die Oberhand gewann“. Nach Czaplicki charakterisierte die Berichterstattung das Streben nach Freiheit und füllte die „Zielsetzungsfunktion einer klassischen revolutionären Führung“.
Ohne Anspielung auf eine mögliche Beschönigung zeigte Czaplicki sogar im Gegenteil, dass die Westmedien nicht nur die „gravierenden Mängel in der DDR und die schlechten Lebensbedingungen“ denunzierten, sondern darüber hinaus eine fundamentale Kritik einrichteten, die „sämtliche Bereiche des DDR-Alltags“ umfasste. Im Mittelpunkt standen die politische Situation und die unterdrückten Freiheitsrechte der Bevölkerung. Bemerkenswert an dieser Analyse ist auch die beharrliche Weise, mit der der Autor den starken Einfluss der Berichterstattung auf die „ersten Revolutionsphase“[44] beschreibt.

2.7. EBERHARD GRASHOFF, 2000

Dass die bundesdeutsche DDR-Berichterstattung die Rolle einer „revolutionäre Führung“ angenommen habe, befand auch Eberhard Grashoff[45]. Er interviewte den Korrespondent der *Frankfurter Rundschau* in der DDR, Karl Heinz Baum. Der sagte: „Wir haben den Leuten in der DDR praktisch eine Stimme gegeben. Und 1979, nach der verschärften Bestimmung, schien es für eine Weile, als sei die Opposition, die es nach dem Willen der herrschenden Partei gar nicht geben sollte, »mundtot«. Das änderte sich schnell. Wir haben über Robert Havemann oder Rudolf Bahro berichtet – nicht, weil wir die Opposition liebten, sondern weil diese und andere Leute Teil der von uns wahrgenommenen Realität in der DDR waren“[46]. Diese Aussage würde die führende Funktion der Berichterstattung bestätigen. Auf die Frage, ob sich die Korrespondententätigkeit in der DDR aus seiner Sicht gelohnt hat, antwortete Baum: „Die Korrespondenten und vor allem die der elektronischen Medien“ haben „vielleicht“ zur „Politisierung der DDR-Bevölkerung“ beigetragen: „Sie sah uns […] als ihre »Versicherungspolice«“[47].

---

[43] Ebenda
[44] Ebenda, S. 235
[45]Grashoff, Eberhard ; Muth, Rolf (Hg.). *Drinnen vor der Tür: Über die Arbeit von Korrespondenten aus der Bundesrepublik in der DDR zwischen 1972 und 1990*. Berlin, Ost, 2000, S. 120 – 139
[46] Ebenda, S. 125
[47] Ebenda, S. 138

3. NEUE STUDIEN

Zwischen 2000 und 2009 wurden keine Untersuchungen gefunden, die sich so genau mit dem Thema befassten.

3.1. CHRISTIAN CHMEL, 2009

In einer neuen Studie[48] hat Christian Chmel die DDR-Berichterstattung bundesdeutscher Printmedien am Beispiel ausgewählter Ereignisse in den 70er und 80er Jahren ausgiebig analysiert. In seiner Bewertung fasst er erstmals die Ergebnisse hinsichtlich der politischen Orientierung der westdeutschen Zeitungen zusammen.

Seine Analyse der *Spiegel* Berichterstattung habe gezeigt, eine „starre Anwendung der Rechts/Links-Schema" würde zu „verkürzten Schlussfolgerungen" führen. Die gesamte Berichterstattung des *Spiegels* situiert er „zwischen Konfrontation und Entspannung". Im Vergleich zu den anderen Redaktionen wäre die Offenheit der deutschen Frage häufiger betont worden.[49]

Die Schwerpunktsetzungen der linksliberalen Blätter *Die Zeit*, *Frankfurter Rundschau* und *Süddeutsche Zeitung* wären mitunter zu einseitig: „Zu hoffnungsvoll waren einige Journalisten mit ihrer Einschätzung, eine Anerkennungs- und Dialogpolitik werde langfristig zur Folge haben, dass die DDR-Führung mehr Souveränität entwickeln und im Inneren mehr Liberalität und Toleranz praktizieren würde"[50]. Der *Zeit* wäre öfter zum Vorwurf gemacht worden, „Kritiklosigkeit" zu üben. [51]

Im Gegensatz dazu waren die *Welt* und *Welt am Sonntag* geprägt von der Gegnerschaft zur Entspannungspolitik [52] . Die Journalisten der Springer-Zeitungen wurden als „Gesinnungsjournalisten" bezeichnet und ihnen wurde zum Vorwurf gemacht, den „Zustand der deutschen Teilung und die Realität in den Kommunistischen Systemen Osteuropas stets neu anzufachen, ohne jedoch eine politische Handlungsalternative anzubieten.[53] Sie unterlagen jedoch den gleichen Irrtümern hinsichtlich der Stabilität der DDR wie ihre linksliberalen „Kollegen"[54].

Die konservativ-liberale *Frankfurter Allgemeine Zeitung* habe in den 70er Jahren ähnliche Positionen wie Springers *Welt* eingenommen, ihre Argumentation habe sich jedoch

---

[48] Chmel, Christian. *Die DDR-Berichterstattung bundesdeutscher Massenmedien und die Reaktionen der SED (1972–1989).* Berlin: Metropol, 2009
[49] Ebenda, S. 430
[50] Ebenda, S. 426 – 427
[51] Ebenda, S. 428
[52] Ebenda, S. 424
[53] Ebenda, S. 425
[54] Ebenda, S. 426

unterschieden, nicht zuletzt weil sie sachlicher gewesen sei.[55] Im Unterschied zur *Welt,* habe die *FAZ* keinen dogmatischen Antikommunismus geübt. Bemerkenswert scheint die Tatsache, dass sie die Veränderungsmöglichkeiten in den kommunistischen Systemen höher eingeschätzt hat, als die Möglichkeit eines Sturzes des Systems durch die Opposition.[56]

Ferner unterscheidet Chmel zwischen vier Zeitphasen der Berichterstattung von 1972 bis 1989.

Er definiert eine erste Phase in der erste Hälfte der 70er Jahre, als die Entspannungspolitik erste Früchte trug. Die Journalisten mussten sich damals mit den ungewohnten Bedingungen arrangieren und hätten die harten Züge der SED weniger betont.[57]

Die zweite Phase fing in der zweite Hälfte der 70er Jahre an, als sich zeigte, dass Opposition nicht toleriert wurde und dass die SED darauf mit Repression reagiert. Hier konnte Chmel eine kalte Zeit in der Berichterstattung konstatieren, die noch durch die ersten Massenausweisungen bundesdeutsche Journalisten verstärkt wurde.[58]

Die dritte Phase begann Anfang der 80er Jahre während der Verhärtung des Ost-West Konflikts. In dieser Phase bemerkte Chmel eine „verbale Abrüstung", was nicht heißen soll, dass die Berichterstattung unkritisch war. Allzu scharfe Kritik wäre trotzdem vermieden worden. Chmel spricht von einer Phase, in der die Berichterstattung von Ambivalenz gekennzeichnet war.[59] Besonders in dieser Zeitphase litten die Journalisten unter dem Vorwurf, die Ereignisse zu beschönigen.

Die vierte und letzte Phase begleitet die Isolierung der DDR nach dem Amtsantritt von Gorbatschow. Da Honecker den Reformkurs nicht folgen wollte, gab es eine Entfremdung der SED von Gorbatschow. Chmel stellt einen „Kurswechsel" in der Bewertung des Honecker-Regimes fest, der das Ende der Zurückhaltung einläutet.[60]

4. Zusammenfassung der Ergebnisse

4.1. Analysen vor 1989

Aus den Analysen, die vor 1989 veröffentlicht wurden geht hervor, dass in den westdeutschen Medien ein überwiegend negatives Bild der DDR dargestellt wurde. Es

[55] Ebenda, S. 429
[56] Ebenda, S. 430
[57] Ebenda, S. 433
[58] Ebenda, S. 434
[59] Ebenda, S. 434 – 435
[60] Ebenda, S. 435

wurde an den Korrespondenten den Vorwurf gemacht, es fehlte Reportagen aus dem Alltag. Vorurteile abzubauen wäre nicht erfüllt.

4.2. Nach 1989

Nach 1989 betont die Mehrheit der Analysen eine Ambivalenz. Die Berichterstattung wäre eher destabilisierend gewesen, indem sie Druck auf die SED ausgeübt hätte und der Opposition eine Stimme gegeben hätte. Die Presse Westdeutschlands wird als Führer der Opposition bezeichnet, hätte den Mut gegeben, die Proteste nicht aufzugeben, und sie sogar vergrößert.

Die Einschätzungen, die die Berichterstattung als stabilisierend für die SED Staates bezeichnen, sind etwas ungewiss. Konnte die westdeutsche Berichterstattung wirklich eine stabilisierende Rolle erfüllen, nur weil die Freiheitsberaubung der Ostdeutsche damit weniger schmerzlich gewesen wäre? Die „Wohlwollende Analyse nach 1965“, über die Jens Hacker spricht scheinen nicht so „schwarzweiß“ aus.

4.3. Neuen Analysen

Die Unterteilung, die Christian Chmel in seiner Analyse 2009 macht, ist sehr interessant. Die Berichterstattung hätte im Laufe der Zeit verschiedene Züge genommen. Er unterscheidet vier Zeitphasen. Die Zeitphase, die am meisten einer Beschönigung ausgesetzt gewesen wäre, ist zweite Hälfte der 80er Jahren.

Die heikelsten Demarchen (die Reportagen, denen am meistens zum Vorwurf gemacht wurden, eine Beschönigung zu üben) wären die, die sich mit dem Alltag in der DDR beschäftigen wollten, die die Vorurteile abbauen wollten.

HISTORISCHER KONTEXT: DIE NEUE OSTPOLITIK

Die Ostpolitik von Willy Brandt wird oft als eine Art Komplementärentwurf zur Ära Konrad Adenauer und der von ihm geführten Westintegration begriffen.
Der erste sozialdemokratischen Kanzler Willy Brandt wendete sich Jahre später den Staaten des Ostblocks zu.

1. DIE ZÖGERLICHEN ANFÄNGE DER OSTPOLITIK

In der Zeit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wäre die Ostpolitik Willy Brandts schwer denkbar gewesen. In seiner Regierungserklärung im September 1949 stellte Adenauer sofort klar, wie er die Beziehungen mit dem Ausland sah. Deutschland strebte nach einer westeuropäischen Integration. Die Wiedervereinigung rückte nicht in den Hintergrund, aber sie konnte nach Adenauer nicht stattfinden, solange die Sicherheit gegen die sowjetische Bedrohung nicht gewährleistet war. „Keine Ruhe in Europa wenn sie (die Teilung) nicht verschwindet."[61]
Von 1949 bis 1963 versuchte der Bundeskanzler jede Möglichkeit auszuschließen, dass Deutschland irgendwann eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West betreiben könnte. Doch schon damals sehnten sich einige Politiker aller Parteien nach einem vereinigten, blockfreien und neutralen Deutschland. 1952 schien dies durch die Veröffentlichung der sogenannten Stalin-Noten kurz greifbar. Der Vorstoß Stalins wurde aber von den Westmächten sofort abgelehnt. Die wirklichen Absichten der Sowjetunion blieben zweifelhaft. Die Bundesregierung Adenauers blieb damals überzeugt, dass die Westintegration viel mehr für das Land bringe, als ein neutrales und schwaches Deutschland.[62]
Am 15. Juli 1963 in Berlin stellten Egon Bahr und Willy Brandt erstmals das Konzept „Wandel durch Annäherung" vor. Willy Brandt, damals sozialdemokratischer Bürgermeister von West-Berlin, stellte seine Deutschland- und Ostpolitik vor und bestimmte einer Politik „der kleinen Schritte", die die Beziehung mit dem „anderen Deutschland" verbessern sollte, ohne das Bestreben nach Wiedervereinigung vollständig aufzugeben.

---

[61] Konrad Adenauer in seiner Regierungserklärung vom 20. September 1949, in: Niehuss, Merith ; Lindner, Ulrike (Hg.). *Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung. Band 10: Besatzungszeit, Bundesrepublik und DDR. 1945 – 1969.* Stuttgart : Reclam, 1998. S. 201
[62] Ebenda

Damit leiteten Willy Brandt und sein engster Mitarbeiter Egon Bahr die „Neue Ostpolitik“ ein und brachen gleichzeitig mit der Politik der regierenden CDU.

Anfang der sechziger Jahre versuchte Außenminister Gerhard Schröder, CDU, das Verhältnis zu den Ostblockstaaten zu verbessern. 1963 waren kleine Fortschritte zu bemerken. Das Passierscheinabkommen vom 17. Dezember 1963 war schon eine Verbesserung für die Menschen im geteilten Deutschland. Die West-Berliner durften jetzt ihre Verwandten im Osten besuchen. Die Bundesregierung betrachtete dies als „verwaltungstechnische Vereinbarung“ und hielt es für wichtig zu betonen, dass der Rechtsstatus von Berlin dadurch nicht geändert wurde.

Das SED-Regime bemühte sich hingegen die Abkommen als völkerrechtliche Verträge erscheinen zu lassen. Dies begründete den Anfang eines Kräftemessens, in dem die eine Seite wie die andere Seite mit Wörtern, dessen Definitionen und sprachlichen Nuancen versuchte, die Legitimität des einen oder des anderen deutschen Staates zu untermauern.

Als die DDR 1966 einsehen musste, dass das Passierscheinabkommen weder ihre Anerkennung, noch die geforderte Behandlung West-Berlins als selbstständige politische Einheit bewirkt hatte, lehnte sie weitere Abkommen ab. Lediglich eine Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten blieb bestehen.

Die Politik des Außenministers Gerhard Schröder scheiterte am Widerstand des Ostblocks. Die DDR versuchte Ende der sechziger Jahre den Auswirkungen der internationalen Entspannung und der entstehende Ostpolitik durch eine verstärkte Abgrenzung vom Westen entgegenzusteuern. Im Februar 1967 kündigte sie die einheitliche deutsche Staatsbürgerschaft mit einem eigenen Staatsangehörigkeitsgesetz auf. Aufgrund der Abgrenzungspolitik der DDR brachen die letzten gesamtdeutschen Institutionen auseinander.

2. DER WANDEL

Ende der sechziger Jahre stieß die große Koalition aus CDU und SPD von Kurt Georg Kiesinger an ihre Grenzen. Zwar war die Regierung in wirtschaftspolitischer Hinsicht eher erfolgreich, aber das Bündnis war zu heterogen. Auch wenn die Regierung Kiesinger einige Schritte hinsichtlich der Entspannung mit dem Ostblock gemacht hatte, indem sie zum Beispiel die Hallstein-Doktrin[63] bei Seite ließ, war das politische und

[63] Die im Jahre 1955 entwickelte Hallstein-Doktrin soll einer Anerkennung der DDR durch Drittstaaten entgegenwirken. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch dritte Staaten wird danach von Bonn als unfreundlicher Akt betrachtet und mit Sanktionen geahndet. Auf diesem Weg hofft die Bundesrepublik, ihren Alleinvertretungsanspruch durchzusetzen. Vgl. Lebendiges virtuelles Museum Online (LeMO), Deutsches Historisches Museum. 1955–1963 : Staatsmann Adenauer: Hallstein-Doktrin. http://www.dhm.de/lemo

kulturelle Klima zu tief erschüttert. Protestwellen im Namen des Antifaschismus, Signale aus den USA wie aus der UdSSR, dass es Zeit wäre, die „Realität“ anzuerkennen und die Teilung des Kontinents und Deutschlands hinzunehmen. Die SPD wie die FDP zeigten sich bereit diesem Wandel zu folgen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik waren die Christdemokraten aus der Regierung ausgeschlossen. Die SPD, in einer Koalition mit der FDP, übernahm die politische Führung. Willy Brandt, der Vorsitzende der SPD, wurde einigen Tage später, am 21. Oktober 1969, mit den Stimmen von SPD und FDP zum Bundeskanzler gewählt. Er hatte vor Neuerungen in der Außenpolitik einzuführen und Tabus aufzubrechen. Sehr aufmerksam und mit einer Mischung große Interesse und Misstrauen folgten die beiden Blocks der Ost-West-Annäherung Brandts.

3. DIE REGIERUNGSERKLÄRUNG WILLY BRANDTS

In seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 vor dem Deutschen Bundestag stellte Brandt das Programm seiner sozialliberalen Koalition vor. Seine Rede war von Kontinuität und Erneuerung geprägt. Einen großen Teil widmete er der Deutschlandpolitik. In der ganzen Rede zeigte er sein demokratisches Engagement.

„Die Politik dieser Regierung wird im Zeichen der Kontinuität und im Zeichen der Erneuerung stehen“[64]. Diese Erneuerung drückte er zum Beispiel mit der berühmten, eindrucksvollen Formulierung „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ aus. Als Motor für die kommenden Jahre waren die Mitbestimmung, die Mitverantwortung, das Gespräch und eine kritische Partnerschaft gefordert. Er predigte eine Gesellschaft, die für alle weltanschaulichen und religiösen Überzeugungen offen war, und appellierte an menschliche Solidarität.

In der Deutschlandpolitik unterschieden sich seine Absichten ganz deutlich von denen früherer Bundeskanzler.

Die Ambivalenz der deutschen Frage wurde thematisiert:

> „Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, dass das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird.

[64] Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt vor dem Deutschen Bundestag, 28. Oktober 1969, in: Grosser, Dieter ; Bierling, Stephan ; Neuss, Beate (Hg.). *Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung. Band 11: Bundesrepublik und DDR 1969–1990*. Stuttgart: Reclam, 1996, S. 35

> Die Deutschen sind nicht nur durch ihre Sprache und ihre Geschichte – mit ihrem Glanz und ihrem Elend – verbunden; wir sind alle in Deutschland zu Haus. Wir haben noch gemeinsame Aufgabe und gemeinsame Verantwortung: für den Frieden unter uns und in Europa.
>
> 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR müssen wir ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern, also versuchen, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen. […]
>
> Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.“

3. 1. Ambivalenz der deutsch-deutschen Beziehungen in der Regierungserklärung

Auch wenn das Wort „Wiedervereinigung“ in der gesamten Regierungserklärung nicht ausdrücklich gesagt wurde, prägte dieser Schritt nach Osten doch einen Willen, die deutsche Nation unter einen Staat zu vereinigen, auch wenn der Kontext von kaltem Krieg dieser Schritt erschwerte. Dies zeigte sich insbesondere dadurch, dass Brandt die Gemeinsamkeiten beider deutschen Staaten betonte: „Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein“. Hier zeigte sich die Ambivalenz der Teilung – zwei Staaten, eine Nation. Brandt ist der erste der diese ambivalente Realität aussprach. Die vorherigen Regierungen hatten sich vor dem Ausspruch dieser Realität gewissermaßen gedrückt. Indem Brandt die staatliche Existenz der DDR anerkannte, begründete er weder die Ambivalenz der deutsch-deutschen Beziehungen, noch verabschiedete er sich von der Wiedervereinigung, er sprach nur eine längst eingetretene Realität aus.

3. 2. Brandts Gegner

Brandts Regierungserklärung entsprach den damals in der Bundesrepublik vorherrschenden Optimismus. Gleichzeitig gab es eine große Gegnerschaft, unter anderem in der CDU, die sein gesamtes Vertragswerk kritisierte.

Das Streben nach einer Vereinigung existierte schon seit der Gründung der beiden Staaten. Dieses Streben hatte verschiedene Formen angenommen und war nicht immer von alle gewünscht. Die CDU, zum Beispiel, war nicht direkt gegen eine Wiedervereinigung. Adenauer war davon überzeugt eine Lösung der deutschen Frage durch eine Wiedervereinigung sei denkbar, aber nur von einer sicheren Position aus, nämlich einer feste Westbindung. „Wir hoffen, dass dann der Wiedervereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern in der Ostzone und in Berlin nichts mehr im Wege steht.“[65] Brandts Absichten erschienen also gefährlich und seine Demarche ungewiss. Vor allem warf die CDU ihm vor die DDR wegen der Entspannungspolitik zu schön zu sehen und das ganze bundesdeutsche Volk zu ermutigen, die dunkle Seite der DDR zu ignorieren. Diese Vorwürfe wurden lange weiter verwendet. Zahlreiche Analysten sowie Historiker haben das Thema wieder aufgegriffen.[66]

Seitens der DDR gab es auch viel Misstrauen, was eine Annäherung betraf. Einerseits hatte sie die Hoffnung, von der BRD völkerrechtlich anerkannt zu werden. Andererseits befürchtete sie, dass diese Annäherung zu eine ideologische „Ansteckung“ führt. Zu viel Annäherung könnte dazu führen, dass die DDR-Bürger das sozialistische System hinterfragen.

4. WILLY BRANDT IN ERFURT[67]

4. 1. KONTAKTVERSUCHE

Staatschef Walter Ulbricht ließ zunächst Brandts Regierungsprogramm analysieren. Die Analyse der Spitzengenossen des zentralen Entscheidungsgremiums der DDR warf Brandt vor, Friedfertigkeit nur vorzutäuschen. Es wurde empfohlen die bisherige Westpolitik fortzuführen und weiter auf eine Abgrenzung zum Westen zu setzen, womit Walter Ulbricht nicht einverstanden gewesen wäre. Er wollte den Dialog mit Bonn unterstützen, davon erschien aber nichts in der Presse. Obwohl er vom Politbüro ausgebremst wurde, wollte Ulbricht trotzdem Brandt entgegenkommen. Er ließ einen Vertrag schreiben, der die Antwort der DDR auf Brandts Regierungserklärung sein sollte und schickte die Papiere nach Moskau. Dort wurden seine Pläne gestoppt. Leonid Breschnew zeigte sich gegenüber der neuen Bonner Regierung skeptischer und kritischer

[65] Konrad Adenauer in seiner Regierungserklärung vom 20. September 1949, in: Niehuss, Merith ; Lindner, Ulrike (Hg.). *Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung. Band 10: Besatzungszeit, Bundesrepublik und DDR. 1945 – 1969.* Stuttgart : Reclam, 1998. S. 201

[66] Vgl. Forschungsstand

[67] Schönfelder, Jan ; Erices, Rainer. *Willy Brandt in Erfurt: Das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen 1970*. Berlin: Ch. Links, 2010

als der SED-Chef. Vor alle Verhandlungen müsse die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR geklärt sein. Somit wollte die DDR die neue politische Ordnung nutzen, um die Teilung Deutschlands als gegeben darzustellen und zu befestigen. Sie betrachte die Bundesrepublik als Ausland.

Auf der 12. Tagung des ZK der SED gab Ulbricht die indirekte Antwort auf die in Brandts Regierungserklärung unterbreiteten Vorschläge. Dort lehnte er die von Brandt erwähnten „Beziehungen besonderer Art" ab und bat die Regierung der Bundesrepublik, sich den Realitäten anzupassen.

Mitte Januar antwortete Brandt in seinem ersten „Bericht zur Lage der Nation". Er stellte klar, dass sich auf dem deutschen Boden „völlig unterschiedliche Gesellschaftsysteme gegenüberstehen". Ziel sei es jetzt, durch ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen. Die Bundesregierung blieb bei ihrer Position. Die Bundesrepublik und die DDR seien füreinander nicht Ausland und eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR käme nicht in Betracht.

Ulbrichts Antwort kam am 18. Januar 1970 in einer internationalen Pressekonferenz. Die DDR sei zwar zu Verhandlungen mit der Bundesrepublik bereit, fordere aber weiterhin eine vorbehaltlose Anerkennung der DDR und als weitere Voraussetzung müsse die Bundesrepublik auf den Alleinvertretungsanspruch verzichten.

Am 22. Januar schickte Brandt der DDR-Führung einen Brief und bot einen offenen Meinungsaustausch und Verhandlungen über praktische Fragen an, „die das Leben der Menschen im gespaltenen Deutschland erleichtern können". Für ein erstes Gespräch stehe der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, zur Verfügung. Die Wichtigkeit der Symbole im Kräfteverhältnis zwischen Bundesrepublik und DDR wurde hier durch den Hinweis auf den Minister für innerdeutsche Beziehungen deutlich. Damit betonte Brandt den besonderen Charakter der deutsch-deutschen Beziehungen, von dem die DDR nicht hören wollte. Sie hätte sich eine Konsultation des Außenministeriums gewünscht.

Nachdem das sowjetische Politbüro sich mit dem von der DDR vorgeschlagenen Treffen zwischen Stoph und Brandt einverstanden erklärt hatte, reiste schließlich am 12. Februar Michael Kohl, Staatssekretär im Außenministerium und Hans Voß, Leiter der Abteilung Westdeutschland im Ost-Berliner Außenministerium, nach Bonn, um die offizielle Antwort der DDR zu überbringen. Eine Einladung an Brandt in die „Hauptstadt der DDR, Berlin" zu kommen, um eine „friedliche Koexistenz" und „normale Beziehungen" zwischen beiden Staaten herzustellen. Hier tauchte noch einmal die Wichtigkeit der

Symbole im Kräftemessen zwischen Ost und West auf. Berlin als Hauptstadt der DDR zu betrachten war eine Provokation seitens der DDR. Dies widersprach dem Viermächteabkommen.

Am 18. Februar stand fest, dass Brandt zu einem Treffen in der zweiten oder dritten Märzwoche bereit war und dass er gleichzeitig ein zweites Treffen mit Stoph forderte, das in Bonn stattfinden sollte. Beide Seiten hielten aber an nicht zu vereinbarenden Positionen fest. Die Bundesrepublik würde keine Vorbedingungen der DDR akzeptieren. Die DDR machte die direkte völkerrechtliche Anerkennung zur Voraussetzung für die Aufnahme von deutsch-deutschen Gesprächen. Die Meinungsverschiedenheiten, quasi ein Machtkampf, eskalierten.

4. 2. FÜNF VERHANDLUNGSRUNDEN

Bevor sich eine Verständigungsgrundlage ergab, brauchten die Unterhändler der Bundesregierung und der DDR fünf Verhandlungsrunden, in denen sie sehr häufig aneinander vorbei redeten.

Die erste Verhandlungsrunde fand am 2. März 1970 statt. Die Bonner Emissäre, Ulrich Sahm, Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, Jürgen Weichert, Ministerialdirigent, Hans-Wilhelm Fritsch, Regierungskriminaldirektor, Werner Müller, Abteilungsleiter Inland im Bundespresseamt und Ernst-Günter Stern, Ministerialrat, sollten über das Treffen zwischen DDR-Ministerpräsident Willi Stoph und Bundeskanzler Willy Brandt verhandeln. Auf der Seite der DDR waren anwesend Gerhard Schüßler, stellvertretende Leiter des Ministerratsbüros und DDR-Verhandlungsführer, neben ihm vier Regierungsmitarbeiter – zwei vom Außenministerium, zwei vom Büro des Ministerpräsidenten – deren Namen und Funktionen nicht eindeutig waren.

Die DDR-Vorstellung des Treffens war „ein offizielles Treffen der Regierungschefs zweier unabhängiger souveräner Staaten“, aus der Sicht der BRD sollte das Treffen eher die Züge eines „Arbeitsgespräch“ nehmen. Das Protokoll sollte „sachlich und nüchtern“ gehalten werden, „wie es dem tatsächlichen Stand entspricht“.

„Die Gespräche, die ursprünglich nur einen Tag dauern sollten, waren nach wenigen Minuten in eine Sackgasse geraten“[68], resümieren die Historiker. Es ging um „Symbole, die eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR nahelegten, was die Westdeutschen im Gegensatz zu ihren Gastgebern unter allen Umstände vermeiden wollten“.

---

[68] Schönfelder, Jan ; Erices, Rainer. *Willy Brandt in Erfurt: Das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen 1970.* Berlin: Ch. Links, 2010, S. 84

Am Tag danach, 3. März 1970, fand die zweite Verhandlungsrunde statt. Auch wenn die Unterhändler sich diesmal auf einige Punkte einigen konnten (Treffen am 16. März in Ostberlin, Anreise mit einem Sonderzug), drehte sich das Gespräch wieder im Kreis, was die Symbole betraf.

Am 5. März ging es weiter und diesmal stießen die Gespräche auf Brandts Absicht auf der Rückfahrt aus Ostberlin über Westberlin abzureisen. Denn dies würde bedeuten, der Kanzler würde bei seiner Rückreise nach Westberlin in der Nähe der Mauer verabschiedet werden, „eine für die DDR unschöne Fotokulisse“[69]. Dies erregte Anstoß in der Presse beider Seiten, und das Treffen drohte zu scheitern. Wie konnte der Konflikt um Westberlin gelöst werden?

Willy Brandt gab nicht auf und versammelte seine engsten Vertrauten und die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen Herbert Wehner und Wolfgang Mischnick zu einer Konferenz in Bonn, um gemeinsam die Situation zu überdenken. Unter mehreren Alternativen, von der nüchternen bis zur spinnigen – es war zum Beispiel die Rede davon, das Treffen auf einem Schiff durchzuführen, um jede Ambivalenz um eine Anerkennung zu vermeiden – schlug Regierungssprecher Conrad Ahlers vor, einen alternativen Ort im Grenzgebiet der DDR zu finden, Marienborn oder Magdeburg.

Auch die vierte Verhandlungsrunde brachte kein Ergebnis. Vor der fünften Verhandlungsrunde traf sich Egon Bahr mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko in Moskau. Bahr erklärte nach diesem Treffen, er habe den Eindruck, dass es auf sowjetischer Seite eine gewisse Skepsis gegen die Haltung der DDR gebe. Am 11. März rief in Ostberlin der sowjetische Botschafter in der DDR, Pjotr Abrassimow, an und sagte, die Welt dürfe nicht den Eindruck gewinnen, dass die DDR alle Gespräche ablehne und „sich gegen die europäische Entspannung“ stemme. Dann schlug er einen alternativen Gesprächsort vor, einen „Grenzort“ wie Magdeburg oder Erfurt. Am 12. März bei der fünften und letzten Verhandlungsrunde löste sich endlich die Situation und beide Seiten einigten sich auf Erfurt, am 19. März. Das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen war plötzlich in greifbare Nähe gerückt.

4. 3. GIPFELTREFFEN

Vor dem Treffen war die Stimmung in der Bundesrepublik schwankend, „zwischen der Freude über das bisher Erreichte und gedämpften Erwartungen“[70]. Brandt erklärte, er

[69] Ebenda, S. 102
[70] Ebenda, S. 189

fahre mit guten Absichten, aber ohne Illusionen in die DDR[71]. Die Kommentare von vielen bundesdeutschen Journalisten gingen auch in diese Richtung. In der *FAZ* zum Beispiel schrieb Dettmar Cramer: „Ohne dass man […] größere oder gar sensationelle Ergebnisse erwarten dürfte – die Begegnung wird dennoch ein wichtiger Meilenstein in der weiteren Entwicklung des innerdeutschen Verhältnisses sein.“[72]. Die Bundesbürger hofften ihrerseits vor allem auf menschliche Erleichterungen und einen Stopp der weiteren Entfremdung zwischen Ost und West[73]. Auf der Seite der DDR vermehrten sich aber Titelseiten die suggerierten, dass die Bundesbürger für eine Anerkennung der DDR wären und gegen die Politik von Willy Brandt. Zum Beispiel erschien in der Tageszeitung *Neues Deutschland* vom 15. März 1970: „Westdeutsche fordern Anerkennung der DDR: Hundert Münchner an Willy Brandt/ Anträge von SPD-Unterbezirken“[74]. Ziel der SED war, alle Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung zu erdrücken. Die Staatssicherheit ging noch weiter indem sie versuchte die DDR-Bürger von einer Reise in Erfurt am 19. März abzubringen: „Bleibt zu Hause, im Fernsehen seht ihr mehr“[75].

Währenddessen überquerte Willy Brandt die innerdeutsche Grenze in einem Sonderzug. Die Journalisten, die den Kanzler begleiteten, waren erstaunt über die DDR-Bürger, die dem Sonderzug bei seiner Durchfahrt zuwinkten[76]. Im Bahnhof von Gerstungen machte der Zug einen ersten Halt, an dem Michael Kohl, Staatssekretär des DDR-Ministerrats, und DDR-Protokollchef Horst Hein einstiegen, um den Zug willkommen zu heißen. Je mehr der Zug sich Erfurt näherte, desto mehr Menschen standen auf den Straßen in der Nähe der Eisenbahnstrecke und winkten ihm zu, merkten die mitreisenden Journalisten. Ein Reporter merkte, dass Brandt zu bewegt war, um sich Fremden zu zeigen, und sich deshalb zurückzog[77]. „Eine Fahrt die wohl keiner, der in dem Sonderzug des Bundeskanzlers sitzt, so bald vergessen wird“[78]. Ein „neunzig Kilometer langes Spalier von winkenden Menschen“[79].

---

[71] *Süddeutsche Zeitung* vom 16. März 1970, S. 2
[72] Cramer, Dettmar. *Die sowjetische Botschaft in Bonn begrüßt Treffen*, in: *FAZ* vom 13. März 1970, S. 4
[73] *Bundesbürger geteilter Meinung über Chancen des Erfurter Treffens*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 18. März 1970, S. 2
[74] *Neues Deutschland* vom 15. März 1970, S. 1
[75] Schönfelder, Jan ; Erices, Rainer. *Willy Brandt in Erfurt: Das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen 1970.* Berlin: Ch. Links, 2010, S. 193
[76] Cramer, Dettmar. *Der Empfang des Bundeskanzlers in Erfurt mit spürbarer Herzlichkeit bei der Bevölkerung*, in: *FAZ* vom 20. März 1970, S. 6
[77] Jacobi, Claus. *Protokoll einer Reise in das andere Deutschland*, in: *Welt am Sonntag* vom 22. März 1970, S. 2
[78] *Neues Deutschland* vom 15. März 1970, S. 4
[79] Schönfelder, Jan ; Erices, Rainer. *Willy Brandt in Erfurt: Das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen 1970.* Berlin: Ch. Links, 2010, S. 193

Bahnhofsvorplatz. Die MfS[80]-Männer verlieren schnell die Kontrolle. Auf dem Bahnsteig 1 wartete Ministerpräsident Willi Stoph, begleitet von Außenminister Otto Winzer, und dem Oberbürgermeister von Erfurt Heinz Scheinpflug. „Neugier und Spannung wuchsen, als die beiden Männer, der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und der Regierungschef der Deutschen Demokratischen Republik, aufeinander zuschritten. Einen kleinen Moment hielt die Geschichte den Atem an.“[81]. Willi Stoph empfing Willy Brandt mit den Worten: „Guten Tag. Ich begrüße Sie hier auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik, in der Blumenstadt Erfurt. Ich freu mich, dass Sie meine Einladung angenommen haben zu unserem Treffen. Ich wünsche Ihnen einen recht angenehmen Aufenthalt.“ Dazu antwortete Brandt: „Ich danke Ihnen sehr für die Begrüßung, auch dafür, dass Sie gutes Wetter besorgt haben.“

Auf dem Weg zum Hotel „Erfurter Hof“, wo die Gespräche stattfinden sollten, erhoben sich die Stimmen der DDR-Bürger, die „Willy, Willy“ riefen. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* merkte Walter Henkels, „Stoph lächelte. Doch er hatte das Ypsilon überhört. Es dauerte nur Sekunden, dann skandierte der Ruf über den Platz: Will-ly Brandt! Will-ly Brandt!“[82].

Nachdem Willy Brandt und Willi Stoph das Tagungshotel erreicht hatten, eskalierte die Lage. Die Menschen wollten endlich den Bundeskanzler sehen und skandierten einstimmig: „Willy Brandt ans Fenster!“. Als er erschien brandete tosender Jubel zu ihm hinauf. Mit diesem spontanen, überschwänglichen Empfang hätten nicht viele gerechnet. Die Tageszeitung *Bild* behauptete am Morgen des 19. März, den Kanzler werde „kaum Beifall oder gar Jubel begrüßen“.[83] Die Bundesregierung hielt sich mit Bewertungen zurück. Doch ungefähr zwanzig Jahre später äußerte sich Brandt: „Ich war bewegt und ahnte, dass es ein Volk mit mir war. Wie stark musste das Gefühl der Zusammengehörigkeit sein, das sich auf diese Weise entlud! Aber es drängte sich auch die Frage auf, ob hier nicht Hoffnungen aufbrachen, die nicht – so rasch nicht – zu erfüllen waren.“[84]

Den Abschied auf dem Bahnsteig beschrieb Brandt selbst als „karg“[85]. Der Kanzler verabschiedete Stoph mit den Worten: „Ich darf mich noch einmal bedanken und Sie in Kassel begrüßen“. Und Stoph antwortete „Gute Reise“. Man kann sich vorstellen, wie

[80] Minister für Staatssicherheit
[81] Henkels, Walter. *Zaungast in Erfurt*, in : *FAZ* vom 21. März 1970, S. 2
[82] Ebenda
[83] Müller; Schröder; Kirchner. *Vor dem Hotel liegt der 30-Meter-Teppich*, in: *Bild* vom 19. März 1970, S. 2
[84] Brandt, Willy. *Erinnerungen.* Frankfurt/Main : Ullstein, 1992, S. 226
[85] Brandt, Willy. *Begegnungen und Einsichten : die Jahre 1960- 1975.* Hamburg : Hoffmann und Campe, 1976, S. 500

bewegend der Augenblick war- Willy Brandt schrieb in seinen *Erinnerungen*: „Der Tag von Erfurt. Gab es einen in meinem Leben, der emotionsgeladener gewesen wäre?“[86], und besonders für die DDR-Bürger, bei denen innerhalb von einen Tag ein Mann aus dem Westen das große Gefühl der Zusammengehörigkeit geweckt und bestätigt hatte, und am Abend selber wieder wegfuhr, in dem nachbarlichen und doch so weiten verbotenen Land. „Dem nächtlichen Zug Richtung Westen schauten DDR-Bürger längs der Gleise hinterher“[87]. Jahre später berichtete Brandt, er habe nach den Treffen in Erfurt „viele bewegende Briefe aus der DDR“ erhalten, die gezeigt hätten, „welche Hoffnungen man dort in unsere Politik setzte“[88].

Es ist kein Geheimnis, dass der erste deutsch-deutsche Gipfel faktisch ergebnislos verlaufen war. Doch gewisse Historiker sprachen von dem Beginn eines „Tauwetters“[89] in der Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen: „Insofern war Brandts Besuch ein bedeutendes Ereignis für Deutschland, weil er bei allen politischen Differenzen beider Seiten auch die Bereitschaft und die Möglichkeit zeigte, miteinander zu sprechen.“[90] Erfurt hätte, so der Historiker Heinrich Potthoff, in einem kurzen Moment den „Traumschleier“, in den sich die DDR-Herrscher hüllten, zerrissen.[91] Dem Verlangen der DDR nach völkerrechtlicher Anerkennung wurde eine klare Absage erteilt, denn jetzt war das Streben nach der deutschen Einheit auf der Seite der DDR-Bürger ausgebrochen – zumindest für einen Tag. Erfurt habe dem Kanzler zu verstehen gegeben, dass „die Nation nicht geteilt war“[92]

5. WILLY BRANDT IN MOSKAU

Die Konkretisierung der Ostpolitik setzte sich am 11. August 1970 in Moskau fort. Es wurden die Moskauer Verträge unterzeichnet. Inhalt war Gewaltverzicht und Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen.[93] Für die westdeutschen öffentliche Meinung war das mehr als ein Tabu, das war die Todsünde, so Horst Grabert, SPD-

---

[86] Brandt, Willy. *Erinnerungen.* Frankfurt/Main : Ullstein, 1992, S. 226
[87] Schönfelder, Jan ; Erices, Rainer. *Willy Brandt in Erfurt: Das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen 1970.* Berlin: Ch. Links, 2010, S. 243
[88] Brandt, Willy. *Begegnungen und Einsichten : die Jahre 1960- 1975*. Hamburg : Hoffmann und Campe, 1976, S. 509
[89] Schönfelder, Jan ; Erices, Rainer. *Willy Brandt in Erfurt: Das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen 1970.* Berlin: Ch. Links, 2010, S. 275
[90] Ebenda
[91] Potthoff, Heinrich. *Im Schatten der Mauer : Deutschlandpolitik 1961 bis 1990*. Berlin : Propyläen-Verl., S. 88
[92] Conze, Eckart. *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*. München : Siedler, S. 446
[93] Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, 12. August 1970. Vgl.: *1963 - 1974: Kontinuität und Wandel: Dokumente: Moskauer Vertrag*, in: Lebendiges virtuelles Museum Online (LeMO), Deutsches Historisches Museum. http://www.dhm.de/lemo

Politiker.[94] Brandt war im Begriff, mit Leonid Breschnew zu erhandeln, dem Mann für den jede Bedrohung des Kommunismus - im Schoß des sowjetischen Blocks- eine bewaffnete Intervention rechtfertigte. Der Prager Frühling war insofern in bester Erinnerung. Eine riskante Strategie für Brandt. Ihm drohte der Vertrauensverlust durch das eigene Volk. Seine Anhänger sahen ihn als großen Versöhner, seine Gegner sprachen von Verrat. Die CDU warf ihm vor, Deutschland an die Sowjetunion zu verkaufen, und betonte die „Bedingungslosigkeit" des Moskauer Vertrags. Sie wollte Brandt im Parlament stürzen und nährte dafür Ängste der Deutschen, dass die Sowjetunion wegen Brandt in Deutschland einfallen werden.[95]

Brandt ließ sich dadurch nicht aus der Fassung bringen und unterzeichnete der Moskauer Vertrag am 11. August 1970. Damit lockte er zugleich Breschnew aus der Reserve. Der Funke sprang zwischen den beiden Männern über, ein echtes Einvernehmen entstand, nicht nur aus diplomatischen Gründen. Brandt galt als zuverlässiger Mann und seine Vergangenheit als Hitler-Gegner sprach für ihn, so Michael Gorbatschow, damals Mitglied des Zentralkomitee der KPDSU.[96]

6. GRUNDLAGENVERTRAG

Indes begannen die Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt Egon Bahr und DDR- Staatssekretär Michael Kohl über Verkehrsfragen, ein Transitabkommen und den Grundlagenvertrag. Die Vertragsverhandlungen gingen nur mühsam voran, da die DDR sich anfangs nur dann zu Verhandlungen bereit erklärte, soweit die BRD eine völkerrechtlichen Anerkennung nach dem Abschluss des Vertrages vornehmen werde. Seitens der Bundesrepublik wurde der DDR bis zum Ende die staatsrechtliche Anerkennung abgesprochen, auch wenn ihr Status als Völkerrechtssubjekt vom Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde. Brandt bekräftigte aber bereits im Moskauer und Warschauer Vertrag den Status quo und die Souveränität der DDR. Nach Abschluss des Moskauer Vertrages ließ Walter Ulbricht Verhandlungen ohne Vorbedingungen zu.[97]

Während die Strategie des Wandels durch Annäherung anzog, vereinten sich die Konservativen hinter Franz Josef Strauß, Parteisprecher der CDU/CSU. Mit Blick auf den

---

[94] Grabert, Horst, in: *Les deux vies de Willy Brandt*. Documentaire de Manfred Oldenburg et Sebastian Dehnhardt. ARTE/MDR, Allemagne, 2010, 1h29mn

[95] Ebenda

[96] *Les deux vies de Willy Brandt*. Documentaire de Manfred Oldenburg et Sebastian Dehnhardt. ARTE/MDR, Allemagne, 2010, 1h29mn

[97] *1963–1974 : Neue Ostpolitik : Grundlagenvertrag*, in: Lebendiges virtuelles Museum Online (LeMO), Deutsches Historisches Museum.. http://www.dhm.de/lemo

Warschauer Vertrag, für den die Gespräche seit Februar 1970 stattfanden, wuchs die Unzufriedenheit bei den deutschen Vertriebenen, da Brandt ihnen effektiv die Möglichkeit der Rückkehr nahm.

7. WARSCHAUER VERTRAG

Am 6. Dezember 1970 landete Bundeskanzler Willy Brandt in Warschau, wo er von dem polnischen Ministerpräsident Jozef Cyrankiewicz erwartet wurde. Am Tag danach konnte der Warschauer Vertrag unterzeichnet werden. Der Warschauer Vertrag definiert die Oder-Neiße-Linie als „die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen". Beide Seiten verzichteten auf territoriale Ansprüche und Gewaltanwendung bei der Lösung bestehender Probleme.[98]

Das war das erste Mal in der Geschichte Deutschlands, dass ein Kanzler offiziell auf ehemalige Gebiete Deutschlands verzichtete. Ein Drama für die in Polen verbliebenen Deutschen. Für Andere eine „Wiedergutmachung" der NS-Verbrechen, die aber ganz gering war im Vergleich zu den Kriegsverbrecher Hitlers. „Die brutale Niederwerfung und Besetzung Polens durch Hitler hat Gräben zwischen Deutschland und Polen aufgeworfen, wie sie tiefer nicht sein konnten. […] Nachdem was in der Geschichte in deutschem Namen in Polen geschehen war, hatte die Bundesrepublik eine politisch-moralische Bringschuld, nämlich gegenüber Polen den Weg zur *Anerkennung der bestehenden Grenzen* zu beschreiten. Nur so konnte das, was durch Hitlers Politik in Mitteleuropa auseinandergerissen worden ist, wieder zusammengefügt werden."[99]

Auch wenn es bestimmt schwer für Deutschland war, auf Gebiete zu verzichten, und auch wenn es nicht jedermanns Geschmack war, traf Willy Brandt eine sehr wichtige und richtige Entscheidung. Doch die Stimmung zwischen Brandt und Cyrankiewicz war eiskalt. Die Vergangenheit schien noch zu nah zu sein, um an eine mögliche Annäherung zu denken, insbesondere weil Cyrankiewicz ein ehemalige Auschwitz Inhaftierter war.

Erst bei der Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettoaufstands von 1943 geschah etwas, was die Situation entkrampfen wurde. Anstatt eine Rede zu halten, was banal und vielleicht wirkungslos gewesen wäre, kniete Bundeskanzler Willy Brandt für alle Deutschen nieder, um der Toten zu gedenken. Das

---

[98] Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970. Vgl.: *1963 - 1974 : Kontinuität und Wandel: Dokumente: Warschauer Vertrag*, in: Lebendiges virtuelles Museum Online (LeMO), Deutsches Historisches Museum. http://www.dhm.de/lemo

[99] Dettke, Dieter. *Spielräume der Bundesrepublik im Spannungsverhältnis zur Sowjetunion und im Bündnis mit den USA*, in : Ehmke, Horst ; Koppe, Karlheinz ; Wehner, Herbert (Hg.). *Zwanzig Jahre Ostpolitik.Bilanz und Perspektiven.* Bonn : Verl. Neue Ges., 1986, S. 312

Foto ging um die Welt. Der Kampf eines ganzen Lebens, der Kampf Willy Brandts war durch diesen Kniefall für immer unsterblich gemacht worden. Die Geste habe sich sehr schnell herumgesprochen und hätte somit viele Polen erreicht, betonte Adam Krzeminski, Journalist und Kenner Deutschlands. Karol Szyndzielorz, damals Journalist bei *ycie Warszawy*, berichtete, der Kniefall des deutschen Kanzlers habe die Umstehenden am Ghetto-Denkmal tief bewegt: „Symbolische Geste wie diese können innerhalb von einige Sekunden Probleme lösen, die Jahren nicht geschafft hatten zu lösen".[100]

Der Kniefall war aber in Deutschland nicht nach jedermanns Geschmack. Für einige Konservative war das einfach unvorstellbar einen Kanzler knien zu sehen. Der Spiegel vom 14. Dezember 1970 machte auf mit einer Schlagzeile über die Rechtmäßigkeit des Kniefalls: *„Durfte Brandt knien?"*. In einer repräsentativen Umfrage hielten 41 % der Bundesbürger das Verhalten Brandts für angemessen, 48 % fanden es übertrieben. 11 % äußerten keine Meinung.[101] Die Ergebnisse waren auch nach Altersgruppen aufgeteilt. Bei den 30 – 59 jährigen Bundesbürger ergab sich eine absolute Mehrheit, die der Kniefall als übertrieben bezeichnete. Anders sind aber die Ergebnisse bei den 16 – 29 jährigen, sowie bei den mehr als 60 jährigen Bundesbürger: „Weisheit des Alters", so scheint es, kann ebenso wie Unbefangenheit der Jugend das Verständnis für eine Geste wecken, die so ungewöhnlich ist wie das Geschehen, dem sie galt."[102] Ob das geplant war oder nicht antwortete Brandt dem Spiegel-Reporter Hermann Schreiber am Abend des 7. Dezember: „Heute morgen habe ich das gewusst: dass das nicht einfach so geht wie bei anderen Kranzniederlegungen, nur so den Kopf neigen. Dies ist doch eine andere Qualität."[103]. Über den Sinn seiner Geste gestand er, dass er damit „einer ganzen Menge Menschen bei uns geholfen" habe.[104] Damit meinte er all denen, die das Nazi-Regime nicht bekämpft, sondern mindestens toleriert, vielleicht sogar gestützt hatten. All denen hatte er durch seinen Kniefall helfen wollen, damit fertig zu werden, dass sie damals den mörderischen Zusammenhang zwischen Regime und Verbrechen nicht gesehen hatten oder sehen wollten.[105]

---

[100] Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Internationales/ Europa/ Polen. Analyse : *Willy Brandt und Polen – Gemeinsames Gedenken der Präsidenten Komorowski und Wulff am 7. Dezember 2010 in Warschau.* Zusammenfassung vom 28.12.2010. http://www.bpb.de

[101] *Der Kniefall – übertrieben oder angemessen?* in *Der Spiegel*, n° 51, 14. Dezember 1970, S. 27

[102] Ebenda

[103] Ebenda, S. 30

[104] Ebenda

[105] Ebenda

8. NOBELPREIS UND HÖHEPUNKT DER OSTPOLITIK WILLY BRANDTS

Auch wenn Willy Brandts Entscheidungen sehr umstritten waren, wurde er Anfang 1971 vom US-Magazin *Time* und andere Zeitschriften zum „Mann des Jahres" gewählt. Die Zeitschriften begründeten ihre Entscheidung damit, dass Brandt mit seiner Neuen Ostpolitik als Reformer in der Weltpolitik hervorrage.[106] Am 20. Oktober 1971 verlieh das norwegischen Parlament ihm sogar den Friedensnobelpreis. Der Preis sollte Brandt wegen seines durch die Ostpolitik erzielten Beitrages zur internationalen Entspannung verliehen werden. In der Begründung hieß es, Brandt habe „seine Hand zur Versöhnung zwischen Völkern ausgestreckt, die lange Zeit Feinde waren." Die Nachricht aus Oslo löste in Bonn große Überraschung aus. Brandt, der die Neuigkeit durch die Presse erfuhr, nahm die Verleihung nach eigenen Worten mit „innerer Bewegung und großer Dankbarkeit" an.[107]

9. KONSTRUKTIVE MISSTRAUENSVOTUM 1972

Trotz der an Brandt verliehenen internationalen höchsten Auszeichnung versuchte die Opposition immer noch Willy Brandt als Kanzler abzulösen. Die von Anfang an knappe Mehrheit der Regierungskoalition aus SPD und FDP schmolz aufgrund des Wechsels von Abgeordneten beider Regierungsfraktionen zur Opposition noch weiter zusammen.

Die Ostpolitik war in Gefahr. Die Nachricht erreichte Moskau und Leonid Breschnew entschied Willy Brandt zu helfen. Er schickte einen KGB-Agent, Wjatscheslaw Keworkow nach Deutschland mit der Mission Abgeordnete der Opposition durch Schmiergeldzahlung zum Seitenwechsel zu verleiten. Das Geld sollte an Egon Bahr übergeben werden, der dann versuchen sollte Abgeordnete der CDU/CSU zu bestechen. Egon Bahr lehnte eine Teilnahme an dem Komplott ab.[108]

Am 27. April 1972 fand im Bundestag das angestrebte konstruktive Misstrauensvotum der CDU/CSU gegen Bundeskanzler Willy Brandt statt. Der CDU/CSU mit Abweichlern aus der FDP war ein Sieg eigentlich sicher. Überraschenderweise verfehlt das konstruktive Misstrauensvotum um zwei Stimmen die notwendige absolute Mehrheit. Brandt fragte sich, „wer, und warum". Dies wurde die „Steiner-Wienand-Affäre"

---

[106] *Chronik des Jahres 1971*, in: Lebendiges virtuelles Museum Online (LeMO), Deutsches Historisches Museum. http://www.dhm.de/lemo

[107] *1963 – 1974 : Neue Ostpolitik: Friedensnobelpreis,* in: Lebendiges virtuelles Museum Online (LeMO), Deutsches Historisches Museum. http://www.dhm.de/lemo

[108] *Les deux vies de Willy Brandt*. Documentaire de Manfred Oldenburg et Sebastian Dehnhardt. ARTE/MDR, Allemagne, 2010, 1h29mn

genannt: der Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Karl Wienand wurde beschuldigt, den CDU-Abgeordneten Julius Steiner bestochen zu haben nicht für Barzel zu stimmen. Die genaueren Umstände des missglückten Misstrauensvotums bleiben bis heute ungeklärt.[109]

10. VERTRAUENSFRAGE UND BUNDESTAGSWAHLEN 1972

Der Bundeskanzler Willy Brandt stellte am 20. September 1972 die Vertrauensfrage. Die Regierungsmitglieder enthielten sich der Stimme, so dass 233 Abgeordnete für und 248 gegen Brandt stimmten. Damit wurde der Weg zu vorgezogenen Neuwahlen frei. Mit der Rekordbeteiligung von 91,1 Prozent gingen die Bürger am 19. November 1972 zur Wahl: Die SPD gewann drei Millionen Stimmen hinzu und wurde mit 45,8 Prozent erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik stärkste Fraktion vor der CDU/CSU mit 44,9 Prozent. Auch die FDP profitierte von dieser Entwicklung. Sie hatte sich vor der Wahl mit einer eindeutigen Koalitionsaussage zur SPD bekannt und erreichte 8,4 Prozent. Am 14. Dezember 1972 wählte der Bundestag mit 269 gegen 223 Stimmen zum zweiten Mal Willy Brandt zum Bundeskanzler.[110] Ein persönliches Sieg für Willy Brandt: eine Mehrheit der Deutschen stimmte nunmehr seiner Versöhnungspolitik zu. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde die SPD stärkste Kraft.

Am 21. Dezember 1972 unterzeichneten der Bundesminister Egon Bahr und der Staatssekretär der DDR, Michael Kohl den Grundlagenvertrag. Darin wurde die Anerkennung der Vier-Mächte-Verantwortung, die Unverletzlichkeit der Grenzen, die Beschränkung der Hoheitsgewalt auf das jeweilige Staatsgebiet, der Austausch „ständiger Vertreter“, die Beibehaltung des innerdeutschen Handels und der Antrag beider Staaten auf Aufnahme in die UNO festgeschrieben.

11. »DOLCHSTOß«

Der Bundeskanzler war nicht in das Komplott der sogenannte „Steiner-Wienand-Affäre“ eingeweiht. Herbert Wehner, Rivale von Brandt innerhalb der SPD, wusste seinerseits davon Bescheid. Die Beziehungen zwischen den beiden Männern verschlechtern sich. Wehner sieht in Brandts Fortbestehen an der Macht ein politisches Risiko und will ihn nun loswerden. In Moskau fand er 1973 wenig schmeichelnde Worte

[109] *1963 – 1974: Neue Ostpolitik, Steiner-Wienand Affäre*, in: Lebendiges virtuelles Museum Online (LeMO), Deutsches Historisches Museum. http://www.dhm.de/lemo
[110] *1963 – 1974: Neue Ostpolitik: Bundestagswahl 1972*, in: Lebendiges virtuelles Museum Online (LeMO), Deutsches Historisches Museum.. http://www.dhm.de/lemo

an die Adresse Brandts. Im vertraulichen Gespräch mit dem Leiter der ZK-Abteilung, Boris Ponomarjow, polterte Wehner los: Der Kanzler sei politisch am Ende, halt- und zügellos – eine „politische Leiche“.[111] Diese Worte hätten einer Reaktion Brandts bedurft, doch er ging einer Konfrontation aus dem Weg.

.

Dies war der Anfang vom Ende. Brandt war geschwächt. Er nahm den Spionageverdacht hinsichtlich seines persönlichen Referenten Günter Guillaume nicht ernst. Guillaume wurde sodann am 24. April 1974 festgenommen. Breschnews Bereitschaft, hier noch einmal „alles auf den Kopf zu stellen“, damit Brandt „nichts passiert“, kam dieses Mal zu spät. Als der tief verbitterte Bundeskanzler einen persönlichen Brief des sowjetischen KP-Chefs erhielt, hatte er seinen Rücktritt am 6. Mai 1974 bereits beschlossen.[112]

[111] *Moskauer Archive enthüllen: Bahrs Geheimpakt mit dem KGB*, in : *Focus Magazin*, n°6, 1995, auf www.focus.de
[112] *Les deux vies de Willy Brandt*. Documentaire de Manfred Oldenburg et Sebastian Dehnhardt. ARTE/MDR, Allemagne, 2010, 1h29mn

EINFÜHRUNG IN DIE ANALYSE: DIE ABSICHTEN DER JOURNALISTEN

1. LOTHAR LOEWE, 1971 - 1976 FÜR DEN *SPIEGEL*

Der ARD-Korrespondent Lothar Loewe berichtete über seine Erfahrung als Fernseh-Korrespondent in der DDR in einer Serie für den *Spiegel* genannt *Abends kommt der Klassenfeind*[113]. In dem Vorwort des gleichnamigen 1977 veröffentlichten Buches[114] erklärte er, dass er den Sinn seiner Tätigkeit darin sah, nicht nur die Zuschauer möglichst korrekt und umfassend zu informieren, sondern auch zum besseren Verständnis zwischen den Deutschen in Ost und West beizutragen.

Schon in seinem Vorwort prangerte er die unmenschliche Gewaltanwendung an der deutsch-deutschen Grenze und an der Mauer in Berlin an. Er drückte gleichsam seine Hoffnung aus, dass es den verantwortlichen Politikern der beiden deutschen Staaten gelänge, eine Grenzregelung zu finden, die einen übertriebenen Waffengebrauch ausschließt.[115]

Den Schwerpunkt seiner Untersuchung setzte er in der Berichterstattung der Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Er hatte gleichzeitig vor, Einblick in die Schwierigkeiten und die Möglichkeiten der Fernsehberichterstattung aus dem anderen Deutschland zu bieten.[116]

Zu seiner Ausweisung bemerkte er: „Es war nie mein Wunsch, irgendwo ausgewiesen zu werden, […] aber ich habe mich von der Drohung der Ausweisung auch nicht einschüchtern lassen. Die politischen Bedingungen, unter denen das ARD-Studio-DDR […] arbeiten musste, waren ungewöhnlich kompliziert.“[117]

2. PETER JOCHEN WINTERS, 1977 – 1980 FÜR DIE *FAZ*

Peter Jochen Winters war von 1968 bis 1999 Redakteur der *FAZ*. Von 1977 bis 1990 war er ständiger Korrespondent der Zeitung in der DDR. Für seine Berichte steht keine Einführung oder Vorwort zu Verfügung, in dem der Journalist sich über seine

---

[113] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind*. Eine Spiegelserie in Der Spiegel n°33/1977, S.88. – n°34/1977, S.110. – n°35/1977, S.110.
[114] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind : Eindrücke zwischen Elbe und Oder*. *Frankfurt/M*. [u.a.] : Ullstein, 1977
[115] Ebenda. S.7
[116] Ebenda, S.9
[117] Ebenda, S.8

Absichten äußert. Die große Mehrheit der *FAZ*-Artikel, die für diese Untersuchung benutzt wurden, sind von ihm geschrieben. Ein paar andere Artikel der *FAZ* sind von Horst Krüger, Schriftsteller und gelegentlich Redakteur für die *FAZ*.

3. EVA WINDMÖLLER, 1974 – 1976 FÜR DEN *STERN*

Die Stern-Journalistin Eva Windmöller beschrieb ihre journalistische Untersuchung wie ein Bemühen um Wahrheit hinsichtlich der DDR. „Für seine Gegner ist der Nachbar Deutschland ein Zuchthausstaat, in dem Unfreiheit und Unmenschlichkeit herrschen, für seine Anhänger das Arbeiterparadies ohne Krisen und kapitalistische Ausbeutung, das wahre Freiheit und Menschenwürde garantiert. Doch die extremen Schlagworte auf beiden Seiten erklären wenig oder nichts von der Wirklichkeit des anderen Deutschland“[118]. Sie bedauerte, dass das Nachdenken von Westdeutschen über die DDR am Stacheldraht endete[119]. Sie appellierte an eine Aufgeschlossenheit, um die DDR an ihren eigenen Maßstäben zu messen, und gerade nicht an den Maßstäben die in Westdeutschland existieren: „Von Demokratie und Freiheit sprechen beide Seiten. […] Wir müssen uns die Mühe machen, diese anderen Maßstäbe kennenzulernen, erst dann können wir überprüfen, ob der DDR-Alltag hält, was Ideologen und Theoretiker versprechen“[120].

Um ihre Untersuchung zuwege zu bringen hatte sie mit ihrem Mann, dem Fotographen Thomas Höpker, zwei Jahre in der DDR gelebt, in Ost-Berlin gleich hinter der Mauer. Sie hatten mit SED-Funktionären und Dissidenten diskutiert, sich mit dem sozialistischen Alltag und der Bürokratie „herumgeschlagen“, und Freunde in der DDR gefunden.[121] Das Buch widmete sie allen, die jenseits politischer Vergröberung wissen wollen, wie es im anderen Deutschland aussieht, und auch allen, die dieses andere Deutschland lieben.[122]

4. THEO SOMMER, 1986 FÜR DIE *ZEIT*

In dem Vorwort erklärte Helmut Schmidt: „Wir müssen lernen, mit der Teilung zu leben, zugleich am moralischen Imperativ zur Freiheit der Person festzuhalten, gleichwohl aber das Ziel einer Überbrückung der Grenzen oder eines gemeinsamen Daches nicht aus den Augen zu verlieren“[123]. Die Journalisten, die diese zweite ZEIT-

---

[118] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 6
[119] Ebenda
[120] Ebenda, S. 7
[121] Ebenda
[122] Ebenda
[123] Schmidt, Helmut, Vorwort, in: Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986.

Expedition[124] durchgeführt hatten, beschrieben eine DDR, die zugänglicher geworden sei, dank der Entspannungspolitik der siebziger Jahre.[125] Ziel dieser zweite Expedition war zu verstehen, wie viel näher die DDR Westdeutschlands gerückt ist, wie deutsch, wie kommunistisch, wie russisch sie ist, ob dort die Ideologie, die praktische Vernunft oder der platte Pragmatismus triumphierte[126].

Die Autoren behaupteten, sie haben sich keine Illusion gemacht. Es war ihnen bewusst, dass das, was sie gesehen haben, ein Ausschnitt, bestenfalls ein Querschnitt war. Aber sie hatten auch nicht den Eindruck, dass ihnen etwas vorgemacht wurde. Was sie zu sehen bekamen, war DDR-Wirklichkeit – nicht die ganze Wirklichkeit, doch jedenfalls keine „Potemkinsche" Fassade, behaupteten sie.[127] „Reise in ein fernes Land? So fern ist uns die DDR nicht mehr wie vor zwei Jahrzehnten. Auf seltsame Weise wirkt sie heute jedoch zugleich vertrauter und fremder. In einem Wort: anders. Anders als die Bundesrepublik. Anders als wir sie gemeinhin sehen. Anders: und doch Deutschland"[128]

[124] Im März 1964 fuhren drei *Zeit*-Redakteure zehn Tage durch die DDR und schrieben darüber eine Artikelserie: *Reise in ein fernes Land*
[125] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 15
[126] Ebenda
[127] Ebenda, S. 16
[128] Ebenda, S. 17

KAPITEL I.

DAS SOZIALISTISCHE SYSTEM IN SICH: WIE WIRD ES GESCHILDERT?

In den folgenden Teilen sollen nunmehr die jeweilige redaktionelle Linie der ausgewählten Berichte aufgezeigt werden. Dieser erste Teil umfasst die Darstellung des sozialistischen Systems. Die Deutungen der Journalisten werden dargelegt, verglichen und analysiert. Dabei sind die Zeitumstände zu berücksichtigen, die Grundlage der journalistischen Urteile gewesen sind.

1. DIE IDEOLOGIE

1.1. DEFINITIONEN

Um das sozialistische System für westdeutsche Leser verständlicher zu machen haben die Journalisten Begriffe erklärt, wie sie in der DDR verstanden werden.
Über das Demokratieverständnis berichtete Eva Windmöller 1977 in *Leben in der DDR*, und Theo Sommer 1986 in *Reise ins andere Deutschland*.
Eva Windmöller nahm die Worte eines DDR-Bürger auf, der versuchte ihr zu erklären, dass die wahre Demokratie – von griechisch: „Volksherrschaft“ - nicht in der Bundesrepublik, sondern in der DDR verwirklicht sei. Seiner Meinung nach war dies so, weil der sozialistische Staat der Arbeiter und Bauern die Diktatur des Proletariats errichtet hatten, also die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit. Die bürgerliche Demokratie dagegen sei eine verhüllte Form der Diktatur des Kapitals, mit anderen Worten, die Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit.[129] „Da wären wir also wieder bei Marx. Mit westlichem Demokratieverstand kommen wir nicht einen Zentimeter weiter“, kommentierte die Journalistin:

> „Von außen her ist überhaupt nichts von dem zu begreifen, was sich in der DDR in den letzten 30 Jahren an Bewusstseinsänderung vollzogen hat. Nutzlos, darauf zu beharren, dass Demokratie für uns untrennbar mit bürgerlich freiheitlichen

[129] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 117-118

> Grundrechten, mit der Abwählbarkeit der Regierung, mit der Existenz einer parlamentarischen Opposition verbunden ist“[130].

Sie zeigte auf, wie die westliche Vorstellung von Demokratie von einem östlichen Demokratieverständnis abwich. Dadurch, dass sie an die bürgerlich-freiheitlichen Grundrechte der BRD erinnerte, gab sie zu verstehen, dass diese Recht in der DDR gerade nicht respektiert wurden. Desweiteren referierte Sie über die Bedeutung einer richtigen Deutung des Demokratiebegriffes und führte ferner die Begriffe Freiheit, Entspannung und friedliche Koexistenz an.

> „Mehr noch als an der Wortneuschöpfung zeigt sich an der unterschiedlichen ideologischen Auslegung ein und derselben Begriffe, wie weit sich Deutschland-West und Deutschland-Ost auseinandergelebt haben: Demokratie gilt im DDR-Sprachgebrauch als Volksherrschaft im Sinne der Diktatur des Proletariats, Freiheit wird nicht individuell, sondern gesamtgesellschaftlich als frei sein von »kapitalistischer Ausbeutung« verstanden, Entspannung und friedliche Koexistenz bedeuten verstärkten weltweiten Klassenkampf mit unkriegerischen Mitteln.“[131]

Hier klang die Definition neutraler, zumindest hat der Leser der Eindruck, dass sie Abstand genommen hat, um der östlichen Sichtpunkt darzustellen. Dann setzte sie fort mit der Deutung der Begriffe Faschismus und Imperialismus, im Osten und im Westen:

> „»Faschismus« wird in westdeutschen Lexika als »totalitäre und nationalistische Bewegung in Italien, von Mussolini begründet, im weiteren Sinne auch der Nationalsozialismus« definiert, in ostdeutschen dagegen als »in der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus entstandene reaktionäre politische Bewegung und ideologische Strömung, die den Klasseninteressen der reaktionärsten Gruppen der Monopolbourgeoisie entsprach«. Imperialismus bedeutet bei uns: »Schlagwort für das Streben einer Großmacht zur Ausbreitung ihres politischen oder wirtschaftlichen Machtbereichs«, in der DDR: »Höchstes und letztes, besonderes historisches Stadium des Kapitalismus«.“[132]

Kein Urteil, hier begnügte sie sich damit, Definitionen darzulegen. Dieses politische, ideologische Auseinanderleben betonte auch Theo Sommer 1986:

---

[130] Ebenda, S. 118
[131] Ebenda, S. 170
[132] Ebenda

„Die DDR ist gewiss keine Demokratie im westlichen Sinne, indes haben die Bürger vielerlei Möglichkeiten, ihre Meinung kundzutun. Dazu zählt ein hochentwickeltes Eingabewesen. Dazu zählt die lebendige Mitsprache der Werktätigen in den Betrieben. Und dazu zählen, so unwahrscheinlich sich das anhört, sogar die Versammlungen vor den gelenkten Wahlen; wir haben jedenfalls örtliche Parteifunktionäre erlebt, die vor solchen Treffen Schwitzhändchen bekamen – und manch ein Kandidat wird ja in der Tat während der »Wahlbewegung« von den Bürgern aus den ihnen vorgesetzten Listen herausgeschossen.“[133]

Wenn Eva Windmöller ziemlich neutral das politisch und ideologisch Auseinanderleben schilderte, klang dagegen der Bericht von Theo Sommer schon wie eine begeisterte Verteidigung des ostdeutschen Systems. Dieses Eingabewesen, das Petitionsrecht in der DDR, klang modern, existierte aber nur als Gegenleistung für die fehlende Verwaltungsgerichtsbarkeit und das fehlende individuelle Klagerecht. Es machte den DDR-Bürger zum Bittsteller und war die einzige Möglichkeit für ihn, sich gegen die staatliche Willkür zu wehren.[134]

Warum so unterschiedliche Positionen? Lag dies an den unterschiedlichen Epochen, in denen die Berichte geschrieben wurden? Oder an der politische Richtung der Zeitungen, für die die Journalisten arbeiten? *Die Zeit* und *Stern* sind doch beide eher links gerichtete Zeitschriften, wobei der Stern weniger politisch ausgerichtet ist als *die Zeit*.[135] Die Berichte sollten deshalb nicht so deutlich auseinandergehen. Wäre dann die zeitliche Diskrepanz zwischen den Berichten der Grund dieser Meinungsverschiedenheit?

Wenn hier die Untersuchung von Christian Chmel[136] betrachtet wird, in der er vier verschiedene Phasen in der Berichterstattung der DDR-Korrespondenten unterschied, befindet sich die Berichterstattung von Eva Windmöller in einer Epoche (1974 – 1976) in der die Berichterstattung zwischen Entspannungsziele und ersten Zügen der Verschärfung (zweite Hälfte der siebziger) schwankte[137]. Ihrerseits befindet sich Theo Sommers Berichterstattung (1986, kurz nach dem Amtsantritt Michail Gorbatschow) in einer Phase, in der die „verbale Abrüstung“ der achtziger Jahre langsam in das „Ende der

[133] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 214-215
[134] Judt, Matthias. *DDR-Geschichte in Dokumente. Beschlüsse, Berichte, interne Materialen und Alltagszeugnisse.* Bonn : Ch.Links, 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, S. 419
[135] Robert, Valérie. *La presse en France et en Allemagne.* Paris : Presses Sorbonne nouvelle, 2011, S. 109
[136] Vgl. Forschungsstand
[137] Chmel, Christian. *Die DDR-Berichterstattung bundesdeutscher Massenmedien und die Reaktionen der SED (1972–1989).* Berlin: Metropol, 2009, S. 433-434

Zurückhaltung“ überging.[138] Die ersten Ausschnitte bestätigen somit die Analyse von Christian Chmel.

Eva Windmöller schilderte die Schaufenster des sozialistischen Systems, und verglich es mit dem Schaufenster im Kapitalismus. Ihrer Meinung nach gab es im Sozialismus Gesinnung hinter Glas:

> „Der Kapitalist arrangiert seine Waren so verlockend wie möglich im Schau-Fenster. Was zeigt der Sozialist vor? Antwort: Gesinnung. […] Im Kapitalismus läuft die Ware dem Kunden, im Sozialismus läuft der Kunde der Ware nach. Was also tun, wenn man ein Schaufenster hat, aber nur wenig hineinzulegen? Man dekoriert patriotisch. […] Man hängt Fähnchen auf und einen zündenden Spruch. […] Agitation statt Konsumterror, etwas zum Nachdenken statt der Dessous. Fortschritt!“[139]

Ihre Beschreibung klang humoristisch, doch der Leser gewinnt nicht den Eindruck, dass sie sich komplett über das sozialistische System lustig machte. Es wird eher so empfunden, als ob sie hier die Grenzen beider Systems darstellte. In einem anderen Kapitel jedoch zeigte sie wie die Agitation dieser Ruf zum Patriotismu,s zu widersprüchlichen Situationen in der DDR führte:

> „Deutschland ist noch fast altdeutsch hier, im Arbeiter- und Bauernstaat, unter einem Regime, das sich selbst progressiv und revolutionär nennt. Soviel Fortschrittsfanfare – und dann Stechschritt zur Marschmusik von gestern, wie reimt sich das zusammen? Ist dieser Staat vielleicht doch im Herzen erzkonservativ? Fürchtet er sich vor allzu viel Umwälzung?“[140]

Interessant ist das Verhältnis, das Eva Windmöller zwischen Ideologie und Macht sah:

> „Wie viele Nächte haben wir mit »Intelligenzlern« zusammengesessen, getrunken, gestritten. […] Irgendwann kam die Stunde der Wahrheit […], und dann waren wir immer wieder erschrocken darüber, wie viele fabelhafte Leute im anderen Deutschland ihren privaten, oft verzweifelten Kampf gegen die Resignation führen. Ihre Kritik am DDR-Sozialismus richtet sich in der Hauptsachen gegen die

[138] Ebenda, S. 435
[139] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 128-129
[140] Ebenda, S. 155-156

> Allgewalt des »Apparats«, der in dem Bestreben, einer Ideologie zur Macht zu verhelfen, selbst zur Macht geworden ist.“[141]

Hier wurden die „guten Absichten“ des Sozialismus in den Vordergrund gestellt, und zwar das Bestreben des SED-Apparats, einer Ideologie zur Macht zu verhelfen, und seine Grenzen, nämlich die Tatsache, dass in diesem Bemühen nicht wirklich die Ideologie, sondern eher der SED-Apparat allmächtig geworden war.

Theo Sommer seinerseits befasste sich mit der Erklärung des Marxismus. Er verglich den Marxismus mit der Religion: „Marxisten sind sie, wie andere anderwärts Katholiken sind oder Protestanten.“ [142] Der Marxismus-Leninismus wäre die Grundbedingung ihres Wirkens:

> „Was allein zählt, ist die Praxis, das Erreichte, das Geleistete. In dem, was sie vollbracht haben, wurzelt ihre neue Selbstgewissheit. Sie wissen, dass ihr System Schwächen hat, doch bauen sie auf seine Stärken. Vor allem setzen sie auf ihr erwiesenes Vermögen, mit schwierigen Problemen fertig zu werden.“[143]

Theo Sommer war natürlich nicht der einzige der den Marxismus mit der Religion verglich. Im selben Kapitel berichtete er über die Worte des Staatssekretärs für Kirchenfragen in der DDR, Klaus Gysi. Dieser meinte:

> „In der DDR sind die wirklichen Christen mit drei Millionen eine Randerscheinung auf der einen Seite. Die Marxisten sind mit zweieinhalb Millionen eine Randerscheinung auf der anderen Seite. Die meisten anderen glauben weder an Marx noch an Gott.“[144]

Damit zeigte Theo Sommer, dass diese Theorie der Marxismus sogar in der DDR nicht immer ernst genommen wurde. Eigentlich zeigte die Entwicklung der Marxismus-Leninismus-Ideologie charakteristische Phasen und Brüche. Als die staatliche Teilung vollzogen war, erklärte die SED die bedingungslose Übernahme des stalinistischen Sozialismusmodells zum Tagesziel. [145] Die Ulbricht-Führung mit Rückendeckung aus Moskau radikalisierte den planmäßigen Aufbau des Sozialismus, bis zum Aufstand vom

---

[141] Ebenda, S. 213
[142] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 30
[143] Ebenda
[144] Ebenda, S. 33
[145] Judt, Matthias. *DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialen und Alltagszeugnisse.* Bonn : Ch.Links, 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, S. 35

Juni 1953, der zeigte, wie zerbrechlich die Grundlage der SED-Herrschaft war. Doch die SED entfernte sich nicht von ihrem Hauptziel eines radikalen, diktatorischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft. Ulbricht versuchte noch 1967, der grauen Wirklichkeit der ostdeutschen Mangelgesellschaft eine konkrete Utopie entgegenzusetzen mit der Planung der „Entwicklung des ökonomischen Systems des Sozialismus“.[146] In der Ära Honecker ab 1971 regierte dagegen eine Mischung aus steriler Ideologie, perfektionierter Stasi-Repression und Pragmatismus. Er suchte unter der Parole der „Einheit von Wirtschaft- und Sozialpolitik“ Verbesserungen des Lebensstandards der DDR-Bevölkerung zu erreichen, und so deren Loyalität zu sichern. Je mehr die kommunistische Utopie in den Feiertagsreden der Politiker zu Hause war, desto mehr suchte der „real existierende Sozialismus“ der Honecker-Ära seine Legitimität aus dem Versprechen einer geordneten „Sicherheitsgesellschaft“ zu ziehen.[147]

1.2. SOZIALES

Die Verteilung der Privilegien war einer der bedeutendsten Aspekte im sozialistischen System. Eva Windmöller betonte die Verwirklichung eines politischen Grundprinzips, nämlich die Privilegien einiger weniger auf viele umzuverteilen. Es war ihr bewusst, dass sich inzwischen neue Funktionärsprivilegien herausgebildet hatten, die den marxistischen Idealen des anderen Deutschland Hohn sprachen. „Doch sind sie, aufs Ganze gesehen, mit den Privilegien der Reichen in der Bundesrepublik nicht im entferntesten zu vergleichen“[148], fügte sie hinzu. Diesen Kontrast zwischen Ost und West betonte sie noch weiter, und mehrmals in ihrer Berichterstattung. Und jedes Mal listete sie die sozialen Hilfen des SED-Staates auf:

> „Auch auf sozialem Gebiet wird die SED nicht müde, dem Bürger vor Augen zu halten, was alles für ihn getan wird – Selbstverständlichkeiten, über die niemand mehr spricht: billige Mieten und Grundnahrungsmittel, kostenlose Bildung und Ausbildung, Stipendien für Studenten, materielle Hilfen und zinslose Kredite für Kinderreiche und junge Eheleute, Kindergeld zwischen 20 und 70 Mark im Monat, preiswerte Ferien über den FDGB, niedrige Tarife bei Post und Bahn […], umfangreiche Fortbildungsprogramme für Berufstätige.“[149]

[146] Ebenda, S. 56, Dokument P14
[147] Ebenda, S. 36
[148] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 63
[149] Ebenda, S. 94

Diese Auflistung machte auch Theo Sommer, doch diesmal bremste er die Begeisterung, die es bei dem westlichen Lesen erwecken könnte:

> „Hinzu kommen vielfältige geldwerte Sozialleistungen: Krippenplätze für 73 Prozent aller Kinder unter drei Jahren, Kindergartenplätze für alle, die einen wünschen; Lehrlingswohnheime für jeden dritten Lehrling; kostenlose ärztliche Behandlung; verbilligte Urlaube. Das ist alles nicht sonder Fehl und Tadel; gerade die ärztliche Versorgung und die Versorgung mit Medikamente lassen zu wünschen übrig. Aber es ist auch nicht wenig.“[150]

Mit diesem Zitat kann nicht gesagt werden, dass es sich einer Beschönigung aussetzt, denn er die guten und schlechten Seiten zeigte.

1.3. KOLLEKTIV

Zur Ideologie in der DDR gehörte noch das Gefühl, einer Gemeinschaft anzugehören, was Eva Windmöller wie folgt beschrieb:

> „Dieses Kollektivgefühl, diese gewisse Betriebsausflugs-Atmosphäre spüren wir im Theater, im Kino, im Café: der Mensch auch nach Feierabend als Teil einer großen Gemeinschaft.“[151]

Das klang schön, aber war nicht ohne Gegenleistung. Eva Windmöller fragte sich in diesem Abschnit, wie Klassengegensätze aufgehoben werden sollten, ohne dass Nivellierung entstand, und wie die DDR den Sozialismus in die Tat umsetzen wollte, wenn nicht alle Bürger ihre Kräfte in einer großen Gemeinschaft vereinigten. Wie diese Volkssolidarität gefordert wurde erklärte sie mit einem Druck „von oben“:

> „Wer weiterkommen oder auch nur dabei sein will, muss gesellschaftliche Aktivitäten nachweisen können, das heißt, er muss etwas für die Allgemeinheit tun, das wird einfach erwartet.“[152]

Dieses Kollektivgefühl hatte auch noch eine Konsequenz, und zwar eine Uniformierung des Lebens in der DDR, die Eva Windmöller auch betonte: „Es gibt wenig

[150] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 34
[151] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 63
[152] Ebenda, S. 146

Möglichkeiten, sich hervorzutun.“ [153] Es ergab sich davon für den westdeutschen Besucher die Eindruck, die DDR sei einem Land von angepassten Bürgern, „das langweiligste Land der Welt“[154]:

> „Nach zwei, drei Wochen in der BRD sind wir erschrocken, wie schnell die DDR verblasst. Nicht die Menschen, die Landschaft, die alten Städte, aber das Sozialistische: die Parade -Straßen und –Plätze, der Massenwohnungsbau, das Fernsehen, die Zeitungen, die Kaufhallen, die Uniformierung des Lebens.“[155]

Doch sie bemühte sich, einen Vorteil in dieser Uniformierung des Lebens zu finden:

> „Es fehlt auch hier der Stachel des Ehrgeizes, es herrscht nicht das Konkurrenzstreben, witziger, bedeutender, erfolgreicher sein zu müssen als der andere, und das macht das gesellige Leben in der DDR behaglicher.“[156]

Ihr Mann der Fotograph Thomas Höpker fügte hinzu:

> „Ich habe 25 000 zufriedene Menschen gesehen. […] Seit dreißig Jahren geht’s ihnen immer etwas besser, welche Zeitung sie lesen, ist ihnen relativ wurscht, die Schicht ihrer Privilegierten sehen sie nicht.“[157]

Nicht ehrgeizige und angepasste DDR-Bürger werden hier in dem *Stern*-Buch beschrieben. Kann man sagen, dass *Stern* den Menschen in der DDR als Herdenmensch[158] beschrieb? Nein, weil im ganzen Bericht der DDR-Mensch eher weise und distanziert von dem System, in dem er lebt, dargestellt wurde.

Theo Sommer erklärte die Zentralisierung in der DDR und wie weit sie von dem föderalen System der Bundesrepublik abwich.

> „Die DDR hat die fünf ehemaligen Länder 1952 abgeschafft und ihr Territorium in vierzehn Bezirke aufgeteilt. Mit dieser Verwaltungsreform wurde nicht nur eine stärkere Zentralisierung erreicht, sondern auch die Kontrolle des Staatsapparats durch die Partei vereinfacht. Die 14 Bezirkssekretäre treffen die politischen

[153] Ebenda, S. 63
[154] Eva Windmöller zitiert Volker Brauns Theaterstück *Die Kipper*, in: Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 147
[155] Ebenda
[156] Ebenda, S.150
[157] Ebenda, S. 150-151
[158] Frz. *moutons de Panurge*

> Entscheidungen, die danach die Bezirksregierungen durchzusetzen haben. Sie gehören zur Machtelite der DDR und stehen »im Rahmen der Kaderpolitik[159] der SED« auf der höchsten Stufe des Nomenklatursystems[160].“[161]

Diese Zentralisierung führte vielleicht noch dazu, dass der Mensch in der DDR so „angepasst“ war. Nämlich spornt möglicherweise ein zentralisiertes System weniger an, Unterschiede zu fördern, als ein föderales System, wo Besonderheiten mit Stolz getragen werden. Zu diesem Konformismus in der DDR wird weitergehend im dritten Kapitel dieser Arbeit im Unterteil *Menschen – Konformismus* ausgeführt.

1.4. ARBEIT

Die Verwirklichung des Menschen in der Arbeit gehörte auch zur Ideologie des sozialistischen Systems. Darüber wie es in der Praxis wirklich war, urteilten die Berichte verschieden. Eva Windmöller betonte 1977 den utopischen Charakter der Verwirklichung in der Arbeit:

> „die SED will die utopische Aufgabe lösen, im Kommunismus die Unterschiede zwischen Stadt und Land und zwischen körperlicher und geistiger Arbeit aufzuheben, den Werktätigen nicht mehr nach seiner Leistung, sondern nach seinen Bedürfnisse zu befriedigen und allen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich »in der Arbeit selbst zu verwirklichen und ihre schöpferischen Fähigkeiten und Talente voll zu entfalten«. […] Zum Aufbau jener »lichten Zukunft der Völker« (Honecker) bedarf es in der DDR-Gesellschaft einer »sozialistischen Persönlichkeit«, die so hohe moralische Qualitäten auszeichnen sollen wie »Streben nach besseren Leistungen, Schöpfertum, Selbstlosigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Drang nach Bildung, Klassenstolz«. Wie viele dieser Idealmenschen haben wir in den zwei Jahren unseres DDR-Lebens angetroffen? Genau genommen, können wir sie an einer Hand abzählen.“[162]

---

[159] Im politischen Sprachgebrauch ist Kader die Bezeichnung für die Funktionärselite einer Partei oder eines Staates. In der DDR lenkten systematisch geschulte, von der Parteiführung eingesetzte und überwachte Parteikader (seit 1964 "Parteiarbeiter" genannt) die Masse der einflusslosen Parteimitglieder in den verschiedenen Grundorganisationen. Vgl. www.ddr-lexikon.de/Kader_(politik)

[160] Die Nomenklatura war die Auflistung aller Führungspositionen in Partei, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft in den sozialistischen Ländern. Cf. Holtmann, Everhard. *Politik-Lexikon. 3.* München: Oldenbourg, 2000, S. 422

[161] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 54

[162] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 213

Theo Sommer seinerseits betonte 1986 die Tatsache, dass im sozialistischen System die Arbeit entspannter war dank der vom System angebotenen Sicherheit:

> „In den Worten des Bühnenschriftstellers Heiner Müller: »Bei uns heißt es leben *und* arbeiten, bei euch leben oder arbeiten. Wir wollen auch während der Arbeit leben«. Die Menschen in der DDR haben, was manche, die in die Bundesrepublik ausreisen, bald schon bitterlich vermissen: Sicherheit. […] Und es ist drüben ja in der Tat ein soziales System entstanden, das unseres in mancher Hinsicht in den Schatten stellt. Arbeitslosigkeit gibt es nirgends. Im Gegenteil: Alle Manager jammern über Arbeitskräftemangel.“[163]

Über Arbeitsbedingungen wird noch im dritten Kapitel dieser Arbeit im Unterteil *Der Lebensstandard – Arbeitsbedingungen* zu berichten sein. Auf jeden Fall bestätigen diese beiden Zitaten noch einmal die Theorie über die vier Phasen der bundesdeutschen Berichterstattung in der DDR von Christian Chmel.

2. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)

2.1. Politik

In diesem Unterteil werden wir die Ereignisse chronologisch analysieren, vom Mauerbau bis zum 30. Jahrestag der DDR-Gründung.
Über Ereignisse wie den Mauerbau wurde noch lange nach 1961 weiter berichtet. Zunächst lohnt sich ein Blick in den Bericht Peter Jochen Winters für die *FAZ* zwanzig Jahre nach dem Bau der Mauer über das Ulbricht-Regime und den Mauerbau:

> „Das Ulbricht-Regime, das offenbar fürchtete, die Ostberliner Bevölkerung könne sich gegen die totale Abriegelung des Ostsektors auflehnen und es könne zu Unruhen kommen, brachte der Bevölkerung die ganze Wahrheit nur stückweise bei. So hieß es in einer am 13. August veröffentlichten »Bekanntmachung des Ministeriums des Innern der DDR vom 12. August 1961«, die im *Neuen Deutschland* vom 14. August nachzulesen ist: »Bürger der DDR, einschließlich der Bürger der Hauptstadt der DDR (des demokratischen Berlins), benötigen für den Besuch von West-Berlin eine Genehmigung ihres zuständigen Volkspolizeikreisamtes beziehungsweise ihrer zuständigen

[163] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 33

> Volkspolizeiinspektion. Über die Ausgabe solcher Genehmigungen erfolgt eine besondere Bekanntmachung«. Man werde also weiterhin nach-West-Berlin fahren können, nur dass man nun eben eine Genehmigung benötige, beruhigten sich die eingesperrten Ostberliner. Doch die Bekanntmachung über die Ausgabe solcher Genehmigungen erfolgte nie. Weiter hieß es in der Bekanntmachung vom 12. August: »Friedliche Bürger West-Berlins können unter Vorlage ihres Westberliner Personalausweises die Übergangsstellen zum demokratischen Berlin passieren«. Kein Grund zur Aufregung, mochten die Ostberliner denken. Schließlich sollten die Maßnahmen des 13. August ja nur vorübergehender Natur sein.“[164]

In diesem Artikel berichtete Peter Jochen Winters mit Empörung über die Ereignisse im Nachhinein und bewies, wie das sozialistische System den DDR-Bürger anlog und manipulierte. Er sammelte belastende Fakten gegen die DDR, zum Beispiel diesen Ausschnitt aus dem *Neuen Deutschland* vom 14. August 1961:

> „Aus West-Berlin kamen auch gestern viele Westberliner über die vorgesehenen Kontrollstellen. Sie ließen sich durch die verlogenen Behauptungen der Westberliner Hetzsender und der Stumm-Polizisten nicht von ihrer Fahrt abhalten. Die Zahl der westdeutschen Bürger, die auf der Grundlage einer kurzfristigen Aufenthaltsgenehmigung das demokratische Berlin besuchten, war genauso hoch wie an den vergangenen Tagen. Außerdem fuhren zwei Beauftragte des USA State Departments am Sonntag mit zwei Kraftfahrzeugen unbehelligt durch die Hauptstadt der DDR.“[165]

Er fügte die Deklaration des DDR-Innenminister hinzu, der schon einen Tag später bekannt machte, dass:

> „Auf Grund der andauernden Provokationen am Brandenburger Tor, insbesondere wegen der am Montag in den Mittagstunden durch Vertreter des Westberliner Senats und der Bonner Regierung durchgeführten Hetzdemonstration sowie der unverantwortlichen Aufforderung des Senders *Freies Berlin* und des *Rias* gewaltsam die Grenze am Brandenburger Tor zu verletzen, sieht sich der Minister

[164] Winters, Peter Jochen. *Der 13. August 1961,* in: *FAZ*, n°181, 8. August 1981
[165] Ebenda

des Innern veranlasst, den Übergang am Brandenburger Tor am 14. August 1961, 14 Uhr, vorübergehend zu schließen.“[166]

„Diese »vorübergehende« Schließung dauert auch zwanzig Jahre danach noch an“[167], merkte Peter Jochen Winters sarkastisch an. Bereits mit diesem Artikel konnte der Leser spüren, wie bei manchem Journalisten noch im Jahre 1981 die Empörung gegen das Ulbricht Regime, gegen das sozialistische System im Allgemein präsent war.

Zum 25. Jahrestag der DDR-Gründung berichtete Lothar Loewe für den *Spiegel*. Der Stil in den Berichten von Lothar Loewe war anders als der von den drei anderen Journalisten. Er drückte sich spontaner, sarkastischer aus – vielleicht weil er nicht direkt als *Spiegel*-Journalist berichtete, sondern als Fernsehkorrespondent für die ARD, der seine Erfahrung im *Spiegel* schilderte. Der Leser gewann schnell den Eindruck, dass er kein Blatt vor den Mund nahm, und keine Angst vor Repressalien hatte. Diese Informationen sind wichtig, um seine Berichte richtig zu begreifen.
Lothar Loewe berichtete in dem ersten Teil der *Spiegel*-Serie *Abends kommt der Klassenfeind*[168], was er anlässlich des 25. Jahrestag der DDR-Gründung vor hatte. Sein Fernsehteam und er wollten einen Bericht über Kienitz drehen. Kienitz war das erste Dorf westlich der Oder, das von sowjetischen Truppen besetzt wurde, „eine Art Geburtsstätte der sowjetischen Besatzungszone“[169]. Dort fragte Lothar Loewe Bauarbeiter, was für sie der 25. Jahrestag der DDR bedeute. Tenor: „Wir kriegen auch nicht mehr Geld. Ist ein Tag wie jeder andere“. Der Bürgermeister Emil Krüger äußerte seinerseits Stolz auf den Wiederaufbau der Stadt. Loewe schrieb nun nicht mehr über das journalistische Arbeiten in der DDR, sondern stellte seine Reportage selbst in den Vordergrund. Über die westdeutsche journalistische Arbeit in der DDR wird im zweiten Kapitel dieser Arbeit im Unterteil *Die westdeutsche journalistische Arbeit in der DDR* noch zu berichten sein. Was hier notiert werden kann sind die Konsequenzen, die die Übertragung des Berichts im westdeutschen Fernsehen nach sich zog:

„Die Kienitz-Reportage wurde am 16. Mai 1974 in der SFB-Sendung *Kontraste* ausgestrahlt. Anschließend zeigte der Sender einen Film über das westdeutsche Grenzstädtchen Roetgen, dem es ähnlich wie Kienitz ergangen war: Es war im

[166] Ebenda
[167] Ebenda
[168] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil I.* in: *Der Spiegel*, n°33/1977, 8. August 1977
[169] Ebenda, S. 93

> Herbst 1944 von Truppen der westlichen Alliierten besetzt worden. Daraus ergaben sich bemerkenswerte Aufschlüsse über die unterschiedliche Entwicklung zweier deutscher Ortschaften. Das aber war den Aufpassern im DDR-Außenministerium nun auch wieder nicht recht. Prompt bedeutete mir ein Mitarbeiter der unvermeidlichen Abteilung, ich würde in Zukunft keine Drehgenehmigung mehr erhalten, wenn die ARD die Absicht habe, solche »Systemvergleiche« fortzusetzen.“[170]

Anlässlich der Vorverhandlungen des IX. Parteitags der SED, im Frühjahr 1976 wurden in der DDR die ersten Straßenbefragungen von ARD und ZDF durchgeführt. Das Ziel war, die Erwartungen der Bevölkerung zu spiegeln. Es ergab sich, dass die Bevölkerung von dem Parteitag vor allem soziale Zugeständnisse erwartete: erstens die Einführung der 40-Stunden-Woche, zweitens die Erhöhung des Mindesturlaubs und der Renten, und drittens die Zuteilung neuer Wohnungen oder Genehmigungen zum Bau von Eigenheimen.[171]

> „Unsere Mikrophone fingen Stimmen der Hoffnung, aber auch der Skepsis und Kritik ein. »Ich hoffe, dass es besser wird und man keine Sorgen mehr hat«, erklärte ein Mann. Eine Frau: »Was sollen wir eigentlich noch erwarten, es ist doch alles schön, sehr schön bei uns«. Ein Mann: »Ich habe Schwierigkeiten mit einer Wohnung und so. Und ich habe überall an den Staatsrat geschrieben, habe auch mehrere Antworten gekriegt, aber die reden immer noch drumrum«. Ein anderer: »Da halte ich mich raus, da sage ich gar nichts«.“[172]

Auf diese Weise spiegelten die Berichte von Lothar Loewe die Meinung der Bevölkerung aus kurzer Distanz, was die SED beunruhigte:

> „Die vom westdeutschen Fernsehen ausgestrahlten Straßenbefragungen, nahezu in jeder DDR-Wohnung empfangen, führten zu mancher heftigen Diskussion auf Parteiversammlungen.“[173]

Doch die SED-Führung hielt es für opportun, die Debatte zwischen Volk und Regime nicht abzuwürgen:

---

[170] Ebenda, S. 94
[171] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil III.* in: *Der Spiegel*, n°35/1977, 22. August 1977, S. 118
[172] Ebenda
[173] Ebenda

„Westdeutsche Korrespondenten wurden ermuntert, über den Parteitag ausführlich zu berichten, ja uns wurde sogar erlaubt, war es für westliche Journalisten noch nie gegeben hatte: die Parteidelegierten unkontrolliert zu interviewen.“[174]

Die Eröffnung der IX. Parteitag war die Gelegenheit für Lothar Loewe und seine Fernsehteam, diese neue Erlaubnis zu testen. Am 18. Mai 1976, im Palast der Republik bat er einige Delegierte vor Mikrophon und Kamera:

„Ein paar Minuten hilfloser Interview-Antworten zeigten, dass die Parteiveteranen von ihrer Führung nicht rechtzeitig gewarnt worden waren.“[175]

Alle Persönlichkeiten, die Loewe zu interviewen versuchte, hatten ihn abgewimmelt:

„Als ich einen General der Nationalen Volksarmee fragte, ob der Parteitag wohl die Einführung der 40-Stunden-Woche beschließen werde, sah er mich so fassungslos an, als sei ich soeben vom Klassenfeind mit einem Fallschirm im Republik-Palast abgesetzt worden. Nur mühsam fand er eine Antwort: »Nein!«.

Nicht beweglicher reagierte ein hoher Eisenbahnbeamter, der gefragt wurde, wie er es beurteile, dass im neuen Parteistatut jeder Hinweis auf die deutsche Einheit fehle. Er murmelte nur etwas davon, »dass die Formulierungen, die dort drin sind, unserer sozialistischen Entwicklung entsprechen«.“[176]

Auch als er das mit Margot Honecker versuchte, wimmelte sie ihm erstmals ab:

„Ein besonders delikates Gespräch führte ich mit Margot Honecker, der Ehefrau des SED-Chefs und Volksbildungsministerin der DDR Als ich sie […] um ein kleines Interview bat, fuhr sie mich an: »Ich finde es äußerst uncharmant, dass Sie mich hier noch einmal ansprechen« […] Als Toningenieur Erich Schnernus laut und vernehmlich »Ton läuft« rief begriff Margot Honecker blitzschnell die Situation und flötete freundlich: »Bitte fragen Sie«

Loewe: »Darf ich Sie fragen, ob Sie glauben, dass auf diesem Parteitag die Renten erhöht werden und dass die 40-Stunden-Woche eingeführt wird?

[174] Ebenda
[175] Ebenda
[176] Ebenda

> Frau Honecker: »Der Parteitag erhöht nie die Renten, der Parteitag kann darüber beraten, wie man das alles vorbereitet. Wir haben eine Regierung und die entscheidet über solche Sachen auf Vorschlag der Partei«
>
> Die Antworten der Delegierten wirkten auf die Öffentlichkeit so fatal, dass die Parteiführung rasch auf die Bremse trat. Den Gesichtern der Spitzengenossen war deutlich abzulesen, wie sehr sie ihre eigene Freizügigkeit schon wieder bereuten. […] Wie sehr sich der Wind schon wieder gegen uns gedreht hatte, erfuhren wir auf einem journalistischen Empfang am Ende des Parteitags. Heinz Geggel, Abteilungsleiter für Agitation im ZK, sagte mir süffisant: »Sie wollen uns das Gesetz des Handelns aufzwingen. Das wird Ihnen nicht gelingen!«.“[177]

Im fünften und letzten Teil der *Spiegel*-Serie *Abends kommt der Klassenfeind* berichtete Lothar Loewe über die politischen Änderungen vom Oktober 1976. Honecker war Staatsoberhaupt geworden:

> „Völlig überraschend kam die Meldung, dass der SED-Chef Honecker nunmehr auch Vorsitzender des Staatsrates und damit Staatsoberhaupt der DDR geworden war. Willi Stoph wurde wieder Ministerpräsident, der bisherige Regierungschef Horst Sindermann, bei dem ich einige Sympathien genoss, wurde auf den unbedeutenden Posten des Volkskammerpräsidenten heruntergestuft.
>
> Die Machtverschiebung innerhalb der DDR-Führungsspitze war der sichtbare Beweis dafür, dass es hinter den Kulissen heftige Auseinandersetzungen gab, über das Verhältnis zur Bundesrepublik, über die Wirtschaftslage und über die innere Situation der DDR. Dabei dürfte auch die westliche Fernsehberichterstattung aus der DDR eine Rolle gespielt haben. Ich kam mir vor wie ein Bauer auf dem Schachbrett, der stets damit rechnen musste, aus dem Feld geschlagen zu werden.“[178]

Die DDR hatte nämlich zwei Tage früher seine Abberufung verlangt. Mehr zum Thema Ausweisungen wird im zweiten Kapitel dieser Arbeit im Unterteil *Die westdeutsche journalistische Arbeit in der DDR* entwickelt.

---

[177] Ebenda, S. 118-119
[178] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil V.* in: *Der Spiegel*, n°37/1977, 22. August 1977, S. 161

Im Oktober 1979 feierte man den 30. Geburtstag DDR, den „30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus“[179] wie Eva Windmöller in ihrem Bericht die Worte der SED-Führung wiederholte. Peter Jochen Winters für die *FAZ* konzentrierte sich seinerseits auf zwei Fakten.
Er beklagte das Fehlen an Charisma der DDR-Führung, und hob die im Gegenteil hervorragende Ausstrahlung Leonids Breschnew hervor:

> „Eine solche Versammlung von Ostblockführern hatte es bisher nur bei sowjetischen Feiertagen in Moskau gegeben. Honecker, der es miterlebt und sicher darunter gelitten hat, dass die DDR in der weltpolitischen Arena und vor allem auf diplomatischem Parkett lange Jahre die Rolle eines Mauerblümchens spielen und erleben musste, wie die strahlende Schwester Bundesrepublik Deutschland Erfolg auf Erfolg einheimste, tat es sichtlich wohl, dass nicht nur, wie vor fünf Jahren, Breschnew an die Spree gekommen war, sondern - wie jemand überschwänglich formulierte - die Welt, mindestens die kommunistische oder ihr wohlwollende, sich ein Stelldichein in Ost-Berlin gab.“[180]

Mit dem Wort „Mauerblümchen“ machte sich Peter Jochen Winters lustig über die DDR, mit dem letzten Satz wurde sein Spott noch heftiger. Der DDR-Prunk wurde lächerlich gemacht. Hier ist klar, dass die *FAZ* den 30. Geburtstag der DDR herabsetzte, indem sie ihre Stärke diskreditierte. Der Gedanke, dass die „Welt“ für das Ereignis gekommen sei, wurde als „überschwänglich“ bezeichnet. Die „Welt“ der DDR war aus ihrer Einsicht vielleicht groß und mächtig. Wenn diese Welt aus der Sicht des Westens, oder genauer gesagt der *FAZ* angesehen wurden, dann wirkte sie klein und floskelhaft.
Es folgte ein Porträt von Leonid Breschnew:

> „Die DDR wurde dreißig, doch im Mittelpunkt stand nicht sie nicht, sondern jener, der heute die Rolle des Ziehvaters dieses staatlichen Gebildes spielt - in der Nachfolge von Stalin und Chruschtschow. Leonid Iljitsch Breschnew, ein alter Mann, dem man die Last seiner fast 73 Jahre ansieht, der aber zäh und manchmal sicher mit letzter Kraft seine Pflichten wahrnimmt. Hier in Berlin, wo die Sowjetsoldaten die letzte Schlacht des Zweiten Weltkrieges geschlagen hatten, der immerhin zwanzig Millionen Sowjetmenschen das Leben gekostet hat, trat

[179] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S.49
[180] Winters, Peter Jochen. *Jubiläum in Ost-Berlin: verordneter Jubel, Treffen der Vasallen*, in: *FAZ*, n°239, 13. Oktober 1979

> Breschnew noch einmal als Gebieter des Sowjetimperiums auf, neben ihm wirkten die anderen Parteichefs kaum wie Prokuristen. Doch nicht als mächtiger Herrscher, als Friedensstifter und Friedensbewahrer möchte er in die Geschichte eingehen. Erich Honecker, der ein gutes Gespür hat für offene und geheime Wünsche der Mächtigen, huldigte Breschnew denn auch als dem »Bannerträger des Weltfriedens«.“[181]

Peter Jochen Winters zeigte sich skeptisch Breschnews Friedensinitiative gegenüber. Er erinnerte an die zwanzig Millionen Sowjetmenschen, die trotz des Siegs das Leben im zweiten Weltkrieg verloren hatten. Er wies auch auf die Widersprüche zwischen Worten und Fakten hin:

> „»In Europa, wie auch in allen anderen Regionen unseres Planeten, wollen wir Frieden, einen dauerhaften Frieden. Das ist die fundamentale Grundlage unserer Außenpolitik, ihr Rückgrat«. Man möchte dem alten Mann, der da so leidenschaftlich spricht, gern glauben…
>
> Am nächsten Tag ein gewandeltes Bild. Militärisches Schauspiel, Säbelrasseln und dröhnende Panzer modernster Bauart, Ehrenparade der Nationalen Volksarmee, die größte bisher. Selbstbewusst wird Stärke demonstriert. […] Er, der gerade zum Frieden gerufen hat, lässt Panzer und Raketen, modernste Waffen sowjetischer Bauart in den Händen deutscher Soldaten wohlgefällig an sich vorüberziehen.“[182]

Breschnew wurde als bewusster Mann beschrieben:

> „Dass der von Partei, Staat und Massenorganisationen verordnete Jubel der dafür abkommandierten Massen den alten Mann beeindruckt, muss man bezweifeln. Wenn er durch ein Spalier winkender Menschen fährt, spürt er die Hohlheit solchen Lärms, ist fast erstarrt und abwesend. Auch der monströse Fackelzug der FDJ, am Vorabend des »Nationalfeiertages« der Partei- und Staatsführung und ihren ausländischen Gästen Unter den Linden dargebracht, weckt vermutlich kaum innere Anteilnahme des alten Politikers, der die Welt kennt und weiß, dass auch die sozialistische Welt nicht heil ist. Während des Fackelzuges zieht ein Trupp sowjetischer Soldaten in den erdbraunen Uniformen und mit den Waffen von 1945

[181] Ebenda
[182] Ebenda

> vorbei, deutsche Kinder auf den Armen. Aber Breschnew weiß, dass es mit der so laut beschworenen deutsch-sowjetischen Freundschaft in der DDR nicht allzu weit her ist. Auch dreißig Jahre nach der Gründung der DDR sind die dort stationierten sowjetischen Soldaten völlig unter sich und bis auf einige organisierte und überwachte Kontakte von der deutschen Bevölkerung streng isoliert.“[183]

Für Peter Jochen Winters war alles nur Protokoll, Anschein, und im Hintergrund waren die Sachen nicht so schön, wie das Beispiel der isolierten sowjetischen Soldaten zeigte. „Kränze niederlegen, Orden empfangen und überreichen, bei der Unterzeichnung eines Abkommens anwesend sein - Breschnew absolviert brav sein Programm.“[184], dem Protokoll wurde streng gefolgt. Fraglich ist, steht das Volk auch dahinter?

> „Dreißig Jahre DDR - ein Triumph Erich Honeckers, ein Fest der Partei-und Staatsführung […] Es sind »die da oben«, die hier feiern, die führende Schicht, aber es ist nicht das Volk. gemessen an dem, was sie leisten - so meinen viele -, könnte es ihnen viel bessergehen. Der tägliche Blick nach Westen beweist es. Wer seit dreißig Jahren den Alltag der DDR erlebt hat, der ist abgestumpft gegen große Sprüche, der sorgt sich mehr um seine privaten Dinge. Dem ist es gleich, ob die DDR dreißig ist und der Bruderbund mit der Sowjetunion »unverbrüchlich«. Wer seit 1949 miterlebt hat, was die Partei, die ja immer Recht hat, so alles gemacht und verlangt hat, der hat längst den Abmarsch ins kleine private Glück angetreten. Und wenn man sich einer befohlenen Aktion gar nicht entziehen kann, dann macht man eben mit, ohne Anteilnahme.“[185]

Das Volk ertrug, es machte nicht wirklich mit, so Peter Jochen Winters. Dieser Rückzug in der Privatsphäre wird weiter entwickelt im dritten Kapitel dieser Arbeit, im Unterteil *Der Lebensstandard – Freizeit*. Diese Nacherzählung der Ereignisse zum 30. Geburtstag der DDR und die Beschreibung Honeckers als diskrete Person, sogar als „Mauerblümchen“ kontrastieren nicht viel mit der Beschreibung, die Theo Sommer 1986 über Erich Honecker machte:

> „Erich Honecker vermeidet sorgsam jeden Personenkult. Es heißt nie: »seit Erich Honeckers Amtsantritt«; es heißt stets: »seit dem VIII. Parteitag«. Doch läuft das auf dasselbe hinaus. Die meisten Neuerungen gehen auf das Jahr 1971 zurück, in

[183] Ebenda
[184] Ebenda
[185] Ebenda

> dem Honecker die Nachfolge Walter Ulbrichts antrat. Realismus statt Utopie, Vertrauen auf die Macht des Faktischen; bessere Befriedigung der materiellen Bedürfnisse; weniger Angst, mehr Angebot; Intensivierung der Produktion; Ankurbelung des Dienstleistungssektors; Umweltschutz; neue Freiräume für Kunst und Künstler; sogar die Einführung von Sexualberatungsstellen – alles wird Honecker gutgeschrieben und zugute gehalten.“[186]

Jedoch wurde hier nicht das Fehlen an Charisma beklagt, sondern es wurde im Gegenteil die Diskretion eines Mannes in den Vordergrund gestellt, ein Politiker der ohne prunken zu müssen, trotzdem sehr effizient ist. Peter Jochen Winters und Theo Sommer waren ganz klar von anderen politischen Auffassungen motiviert, doch es ist schwer, dem einen oder dem anderen zu widersprechen, da sie im Grunde dieselbe Sache erzählen, nur aus verschiedenen Blickwinkeln. Wichtig ist, dass beide Blickwinkel in der Presse dargestellt wurden. Der westliche Leser konnte also seine eigene Meinung bilden, ohne dass alle westlichen Zeitungen in der Beschönigung oder im Gegensatz der Hetze verfielen. Anders gesagt, die politische Vielfalt in der Presse der Bundesrepublik vor 1989 scheint gewahrt zu sein, unter Berücksichtigung der oben genannten vier Phasen von Christian Chmel. Doch die Analyse einiger weniger Berichte reicht nicht aus, um wirklich ein aufschlussreiches Bild zu skizzieren. Deshalb werden hier zahlreiche andere Aspekte der westdeutschen Berichterstattung weiter analysiert.

2.2. ORDNUNG UND SICHERHEIT

Angst vor der Stasi hatten die *Stern* Journalisten, Eva Windmöller und Thomas Höpker zunächst nicht. Sie erzählten von DDR-Bürgern, die sich nicht kennen, sich also misstrauten, was für die beiden Journalisten „vielfach übertrieben“[187] erschien: „Wer schimpft nicht alles, und nichts passiert. Aber es *könnte* etwas passieren, werden wir belehrt.“[188]

Angst hatte Lothar Loewe auch nicht, doch es war ihm bewusst, dass die Stasi ständig anwesend war. Zum Beispiel als er sich im September 1976 in der Leipziger Herbstmesse begab, bemerkte er, dass er von Stasi-Männern besonders scharf beobachtet wurde:

> „Die Zimmer, die mir und dem ZDF-Korrespondenten Hans-Jürgen Wiessner reserviert worden waren, waren so frisch renoviert, dass man förmlich die

[186] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 38
[187] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 214
[188] Ebenda

> Abhörmikrophone zu riechen meinte. […] Bei den Gängen durch die Leipziger Innenstadt fiel meinen Mitarbeitern und mir auf, dass wir von merkwürdigen Gestalten umgeben waren. Uns folgten Männer in den knielangen Synthetik-Mänteln des Typs »Spezitex 2000«, mit denen meist die Angehörigen der »Observationstrupps des Staatssicherheitsdienstes ausgestattet sind«. […] Sonderkommandos des Staatssicherheitsdienstes lagen einsatzbereit, Pressefunktionäre waren seit langer Zeit auf die Abwehr der allzu neugierigen West-Kollegen gedrillt.“[189]

Über Polizei und Sicherheit waren die Journalisten geteilter Meinung. Eva Windmöller bemerkte eine störend starke Anwesenheit der Polizei, doch musste sie gestehen die infolge dieser starken Anwesenheit entstandene Sicherheit nachts auf den Straßen sei beträchtlich:

> „Zu viel Polizei? DDR-Leute sagen uns, wir sähen das falsch, dafür gebe es bei ihnen auch weniger Überfälle als bei uns. Ob das kein Argument sei? Hier zeigt sich wieder einmal die Kehrseite der Medaille: Ordnung und Sicherheit. Ruhe nachts auf den Straßen. Ich weiß, ich weiß. Und trotzdem, das Unbehagen bleibt. In keinem Land Europas ist uns so viel geballte Staatsmacht entgegengetreten wie in der DDR.“[190]

Über diese beträchtliche, nicht unangenehme Sicherheit berichtete auch Theo Sommer:

> „Die Menschen in der DDR haben, was manche, die in die Bundesrepublik ausreisen, bald schon bitterlich vermissen: Sicherheit. Viel Gängelung, Planung, Fremdbestimmung bis tief hinein in den Lebensentwurf des einzelnen – aber eben auch Zuwendung, Fürsorge, eine Biographie ohne Knick, solange sie nicht aufmüpfig werden. Die risikolose Gewissheit, die das System bietet, ist ihm [einem DDR-Bürger] wichtiger als die riskante Beweglichkeit, die dem Westen sein Gepräge gibt.“[191]

Sommer beschrieb die zwei Seiten der Medaille. Für Sicherheit muss der DDR-Bürger dem Staat unterworfen sein. Hier kollidieren zwei Weltanschauungen miteinander. Der Vorteil der einen kann in dem anderen System schon als Nachteil gesehen werden. Es ist

---

[189] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil IV.* in: *Der Spiegel*, n°36/1977, 29. August 1977, S. 129
[190] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 136
[191] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 33

bemerkbar, dass Theo Sommer die positive Seite der Sicherheit in den Vordergrund stellte, während Eva Windmöller skeptischer blieb. Horst Krüger für die *FAZ* betonte seinerseits der Unterschied zwischen Polizei in der BRD und Polizei in der DDR. In seinen Berichten gab es keinen Zweifel darauf, welche der beiden Länder der „Polizeistaat" sei:

> „Es wird ja bei uns im Westen von besorgten Linken jetzt oft geklagt, die Bundesrepublik sei auf dem Weg zum Polizeistaat. Ich teile jede Sorge um den Verfall demokratischer Freiheiten. Ich bin nur nicht sicher, ob das Wort richtig gewählt ist. Ich weiß, was sie meinen. Der Begriff scheint mir falsch. Geht doch mal hier auf den Alex, zehn Uhr abends. Ihr könnt das ja; geht nur aus Gründen der Begriffsklärung. Da könnt ihr studieren, wie ein Polizeistaat aussieht, beschaffen ist, funktioniert: perfekt. Meint ihr dies?"[192]

Lothar Loewe, während der Ostsee-Woche aus dem Ostsee-Bad Warnemünde berichtend, betonte seinerseits die beängstigende Seite dieser überanwesenden Polizei:

> „Im Verlaufe des Gespräches drehte ich mich einmal um und sah durch die großen Fenster, die den Blick auf das nächtliche Warnemünde freigaben. Mir bot sich ein gespenstischer Anblick: Tief unten, am Wasser, tasteten die Suchscheinwerfer der Grenztruppen wie Leuchtfinger den Strand nach Flüchtlingen ab. Die Band spielte den Song »California Here I Come«. Markstein[193] hatte meinen Blick bemerkt. »Sehn Sie, lieber Herr Loewe«, sagte er, »wir haben hier alles unter Kontrolle. Wir haben auch in Berlin alles unter Kontrolle. Wo wir hinkommen, haben wir immer Vorfahrt. Auf gute Zusammenarbeit!« Er setzte ein Lächeln auf, das er wohl für besonders undurchsichtig hielt, und hob sein Whisky-Glas."[194]

2.3. PROPAGANDA/ KORRUPTION/ AGITATION

Gerhard Spörl, *Zeit*-Redakteur Mitreisender Theo Sommers, berichtete über die Stellung der FDJ in der DDR. Dafür interviewte er Hans-Dieter Schütt, Chefredakteur des FDJ-Zentralorgans *Junge Welt*:

---

[192] Krüger, Horst. *Ein deutsches Wiedersehen*, in: FAZ vom 13. Januar 1979

[193] Funktionär aus dem Ost-Berliner Regierungsapparat, der zur Protokoll-Abteilung des DDR-Außenministerium gehörte. Cf. Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil II.* in: *Der Spiegel*, n°34/1977, 15. August 1977, S. 110

[194] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil II.* in: *Der Spiegel*, n°34/1977, 15. August 1977, S. 110

„Bei Schütt klingt an, wie die DDR-Obrigkeit über ihr Volk denkt: eine eher unfügsame Masse, die ständig kujoniert werden muss, damit dieser Staat Bestand haben kann. Die Kader: immer auf Trab; die Menschen: immer auf dem Rückzug in die Nischen. Solange die Verhältnisse so sind, solange muss, das ist die Logik, die SED per Diktatur über ihr Volk herrschen. Die Jungen Menschen für den Sozialismus zu gewinnen – das ist die Aufgabe der FDJ. Sie stellt mit ihren 2,3 Millionen Mitgliedern eine zentral gelenkte Macht im Staate dar; Vergleichbares gibt es in anderen sozialistischen Länder kaum. Wer sein Abitur machen will, tut gut daran, in die FDJ-Schülergruppe einzutreten. Die FDJ redet an der Universität bei der Studienplanung mit, und sie besitzt Mitspracherecht bei Examensprüfungen. […] Die DDR – ein FDJ-Staat? »So hören wir das auch manchmal«, lacht Schütt dazu. »Aber denken Sie mal: Dreiviertel der heutigen Spitzenfunktionären in Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft, die nicht der Kriegsgeneration angehören, kommen aus der FDJ!«“[195]

Hier wurde die Wichtigkeit in die FDJ einzutreten deutlich in den Vordergrund gestellt. Diese Beschreibung des Systems war weder für die DDR-Obrigkeit noch für den Bürger schmeichelhaft. Erstere herrschte per Diktatur über ihr Volk und gab sich nicht die Mühe es anders zu betrachten als eine „unfügsame Masse“. Letzteres nutzte die Gelegenheit durch die FDJ einen Platz in der Gesellschaft zu finden, zog sich aber zurück, sobald es ihm nicht mehr gefiel.

In einem anderen Kapitel erkannte Theo Sommer die Korruption in der DDR:

„Das System [könnte] überhaupt nicht funktionieren, wenn es nicht das gäbe, was strenggenommen Korruption genannt werden muss: Beziehungen, Unterschleife, »Schwund« - jene schwarze Ökonomie, die allein der roten Erträglichkeit schafft.“[196]

Die Korruption in der DDR entging auch Eva Windmöller nicht: „Wer in die SED eintritt, steigt drei Stufen auf Chancenleiter nach oben“[197].
Die Allgegenwart der Propaganda betonte auch Horst Krüger in der FAZ, insbesondere wie die Propaganda im Rahmen des Wiederaufbaus Einfluss nahm:

[195] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 66
[196] Ebenda, S. 216
[197] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 212

„Sozialistischer Städtebau, man spürt sofort: das ist nicht ein Fernsehturm wie bei uns, etwa der in Stuttgart oder jener in Frankfurt-Ginnheim, also ein Funktionsträger der Fernmeldetechnik mit etwas Touristenschnickschnack drumrum. Das ist nun wirklich der große Bruder: seine phallische Demonstration. Damit die sozialistische Weltordnung nicht ins Wanken gerate: der in Moskau ist tatsächlich noch ein paar Meter länger. Die Stimme der Macht, die alles beherrscht, dirigiert, einschüchternd in ihrer himmelstürmenden Majestät. Von dort oben also werden jene Fernsehprogramme abgestrahlt, die niemand sieht? Man soll sich diesem Heiligtum der Republik nur mit festlichen Gefühlen nähern. Weite Grünanlage also davor, Blumenrabatten, breite Parkwege, viele Bänke zum Sitzen, Sinnen und Staunen und Hunderte von Springbrunnen - alles breit vor dem Ding gestaffelt.“[198]

2.5. ZENSUR

Eva Windmöller sprach von einen „permanent schlechtem Gewissen gegenüber der Obrigkeit“[199], und betonte die in der DDR herrschende Kriminalisierung der Opposition:

„Wir sind jedes Mal aufs neue geschockt, wenn wir an konkreten Beispielen erfahren, wie der Staat seine Bürger für abweichende Meinung bestraft, wie Opposition kriminalisiert wird.“[200]

Sie zeigte auch, wie in der DDR-Presse über die BRD berichtet wurde:

„Im einheitlichen Katalog der Negativ-Informationen steht die Dauerkrise des Kapitalismus oben an. Über Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, Entlassungen, Kurzarbeit und Streiks wird am häufigsten berichtet. […] DDR-Journalisten, mit denen wir auf Presse-Cocktails über die einseitige BRD-Beschimpfung diskutieren, halten uns entgegen, dass bestimmte Tageszeitungen in der Bundesrepublik dem Leser auch immer nur das Bild des hässlichen sozialistischen Deutschland mit Mauer, Stacheldraht, Selbstschussanlagen und Dissidenten-Protesten der Havemanns und Biermanns vor Augen führten. Das ist sicher richtig, nur gibt es in der politisch breitgefächerten westdeutschen Presse ja auch

[198] Krüger, Horst. *Ein deutsches Wiedersehen*, in: *FAZ* vom 13. Januar 1979
[199] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 214
[200] Ebenda

positive, zumindest objektive Berichte über den anderen deutschen Staat, was umgekehrt schon deshalb undenkbar ist, weil eine Meinungsvielfalt in der DDR-Presse nicht existiert.“[201]

Hier tauchte wieder die Wichtigkeit der Meinungsvielfalt auf. In den hier untersuchten Berichten der westdeutschen Journalisten zeichneten sich bisher verschiedene Bilder der DDR ab. Unabhängig davon, ob positiv oder kritisch berichtet wurde, wurden die Worte von Eva Windmöller bestätigt.
Die Zensur in der DDR fing bereits in der Schule an, und wurde hier einem Gesellschaftsspiel verglichen:

„Der Lehrer weiß, dass eine Menge von dem, was er da von sich gibt, mit der Realität nicht übereinstimmt, und der Schüler weiß es auch. So gibt es falsche Antworten auf falsche Fragen, aber beide spielen das Gesellschaftsspiel mit.“[202]

Damit zeigte sie, dass der Versuch des Staates, angepasste Bürger zu produzieren, nur scheinbar gelungen war. In den Köpfen bildeten sich viele ihre eigene Meinung. Damit denunzierte sie auch die Unfähigkeit des Staates, kritische Bürger zu ertragen[203].
Theo Sommer zitierte einen Schriftsteller, der meinte, es gäbe keine Zensur, sondern eine „Knautschzone“:

„»Immer die nächsthöhere Stelle [macht Ärger]«. Eine labyrinthischer Bürokratie, wo keiner mehr weiß, wer zuständig ist. Sie versuchen, das Verschwiemelte zu definieren, die Knautschzone.“[204]

Theo Sommer berichtete auch über einen anderen Schriftsteller, der die Sache anders sah. Es wäre nicht verschwiemelt, sondern übersichtlich:

„»Es lebt alles von den gestuften Privilegien der Menschen. Und weil jeder seine Stufe behalten will, funktioniert es. Das ist nicht die beste Möglichkeit des realen Sozialismus, aber es ist nicht kafkaesk«. Und wieder fällt der Satz: »Damit kann man leben«.“[205]

[201] Ebenda, S. 171
[202] Ebenda, S. 174
[203] Ebenda, S. 216
[204] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 37
[205] Ebenda

Die Schriftsteller wünschen sich mehr Offenheit, resümierte Theo Sommer. „Die Regierung soll sich nicht benehmen wie ein eifersüchtiger Ehemann, der dauernd fragt: Verrätst du mich? Gehst du fremd?“[206] Die Schriftstellerin Helga Schubert vertraute Theo Sommer an: „Mein Wunsch ist, dass die Leute, die die Macht haben, weniger Angst haben vor Neuerungen, vor Veränderung“[207].

3. INSTITUTIONEN

Eva Windmöller kritisierte, dass die beiden Paradeinstitutionen der DDR, das Gesundheits- und das Bildungswesen, hinter den eigenen Ansprüchen in der Praxis zum Teil noch weit zurücklagen.[208] Ein genauer Hinblick auf die beiden Paradeinstitutionen ist ein Muss, aber darüber hinaus soll auch das Wohnungswesen, Verkehrswesen und das Wirtschaftswesen untersucht werden.

3.1. BILDUNGS- UND KULTURWESEN

Hinsichtlich der Umstände des Schulwesens ging Eva Windmöller wieder auf die zwei Seiten der Medaille ein:

> „Der Schulstress drückt aufs Familienleben, die Lehrer sind überfordert, die Kinder müssen zu viel pauken, statt zu denken, politische Lippenbekenntnisse verführen zur Heuchelei. Grundsätzlich steht jedoch außer Zweifel, dass […] die Schulkinder in der DDR mehr vom sozialen Fortschritt profitieren als in der Bundesrepublik. […] Auf der zehnklassigen polytechnischen Oberschule wird allen Kindern zwischen Elbe und Oder, zwischen Ostsee und Erzgebirge nach einheitlichem Bildungsplan bis zum 16. Lebensjahr das gleiche breitgefächerte Grundwissen fürs Leben beigebracht.“ [209]

Die anderen Journalisten berichteten nicht viel über das Schulwesen in der DDR. Theo Sommer erwähnte die Fortbildung: „Die neue Führungselite ist eine Leistungselite von Fachleuten. Sie qualifiziert sich ständig weiter wie alle anderen Bürger; die DDR ist ein einziges, riesiges Fortbildungsinstitut.“[210]

---

[206] Ebenda, S. 38
[207] Ebenda
[208] Ebenda, S. 63
[209] Ebenda, S. 63-64
[210] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 30

Schwerpunktmäßig wurde jedoch über die Opposition in der Kultur berichtet. Alle sprachen über den Fall Biermann. Lothar Loewe für den *Spiegel* berichtete:

> „Am 16. November bürgerte die DDR-Regierung den kommunistischen Liedermacher Wolf Biermann aus. Begründung: Er habe auf einer Konzerttournee in Westdeutschland »feindseliges Auftreten« gegenüber der DDR gezeigt und sich damit »selbst den Boden für die weitere Gewährung der Staatsbürgerschaft der DDR entzogen«.“[211]

> „Der Schlag gegen Biermann, vermutlich lange Zeit vorbereitet, erregte die Menschen in der DDR wie kein anderes Ereignis des Jahres. Künstler, Schauspieler und Schriftsteller sammelten sich zum Protest gegen den Ausbürgerungsakt, drei Tage später hatten bereits 92 DDR-Intellektuelle Biermann-Resolutionen unterschrieben.“[212]

Eva Windmöller ihrerseits stellte die Frage: „Dichten und Denken: wie weit kann man gehen?“[213]

> „Die Ausbürgerung des in Westdeutschland gastierenden Liedermachers Wolf Biermann galt als ein Warnsignal für alle diejenigen DDR-Bürger, die seit der Konferenz von Helsinki mit zunehmender Offenheit Missfallen an ihrem Staat bekunden.“[214]

> „Durch die Ausbürgerung des Sängers und die Isolierung des Professors [215] demonstrierte die SED, dass sie nicht mehr gewillt ist, intellektuellen Widerstand zu dulden. Ihr Problem ist nur, dass die beiden populärsten Gegner keineswegs Konterrevolutionäre sind, sondern Idealisten, die mit Leidenschaft für einen demokratischen, menschlichen Sozialismus kämpfen.“[216]

Sie berichtete über die intellektuelle Opposition, 12 Schriftsteller, die in einem offenen Brief an die Regierung gegen Biermanns Rausschmiss protestierten und baten, die

---

[211] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil V*. in: *Der Spiegel*, n°37/1977, 22. August 1977, S. 161
[212] Ebenda, S.162
[213] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 180
[214] Ebenda
[215] „Chemieprofessor Robert Havemann, als Altkommunist und Widerstandskämpfer im dritten Reich zum Tode verurteilt, wurde 1964 aus der SED ausgeschlossen und von der Humboldt-Universität relegiert, weil seine offen geäußerten Ansichten der Parteidoktrin zuwiderliefen“. Cf. Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 182
[216] Ebenda, S. 182

beschlossene Maßnahme zu überdenken. „Es war das lang unterdrückte Aufbegehren der Künstler gegen die Gängelung durch den Staat“[217], erzählte Eva Windmöller weiter.

> „Kunst, fordert die SED, soll zur »Formung sozialistischer Persönlichkeiten« beitragen, »parteilich« sein. Das ist das Dilemma in der DDR: Wenn es zur schöpferischen Arbeit gehört, zu verändern, Utopien zu formulieren, so stößt sie sich hier an den Dogmen eines Systems, das sich im Besitz aller gültigen Antworten glaubt, das antiprogressiv, ja kleinbürgerlich-reaktionär geworden ist. Wenn aber nun so viele Prominente rebellieren, müsste das dem Staat nicht zu denken geben?“[218]

Es folgte ein Porträt von acht Künstlern, die wie Robert Havemann und Wolf Biermann von der SED stark enttäuscht wurden. Unter anderen Wilhelm Rudolph, ein großer deutscher Maler, verlor 1937 seine Professur unter den Nazis, 1948 unter der SED.[219] Der Schriftsteller Stefan Heym, der vor den Nazis in die USA emigrierte, bat 1953 aus Prostest gegen Koreakrieg in der DDR um Asyl. Er glaubte, in einen intakten sozialistischen Staat zu kommen, stattdessen stieß er auf Widersprüche, über die er selbstverständlich schrieb. Das Buch durfte nur im Westen erscheinen. [220] Der Schriftsteller Klaus Schlesinger seinerseits hoffte, dass sich etwas bewegt: „Wir befinden uns ja erst am Anfang vom Ende der Eiszeit. Der Schmelzprozess ist eingeleitet, aber es ist noch ganz schön kalt.“[221]
Die Kettenenttäuschung hätte die DDR bereut, so Theo Sommer:

> „Viele Schriftsteller sind nach Westen gegangen, manche – wie Wolf Biermann – sind hinausgeworfen worden. Da haben die Verantwortlichen jetzt Gewissensbisse. Kurt Hager macht daraus kein Hehl: »Seit Biermann ist ein ähnlicher Fall nicht mehr geschehen. Allerdings haben uns noch einige andere verlassen. Man könnte sagen: Jeder ist seines Glückes Schmied. Darüber rege ich mich nicht auf. Es ist bedauerlich. Vielleicht haben wir auch nicht genug getan, um manchen das Leben zu erleichtern oder ihre Probleme zu verstehen«“[222]

---

[217] Ebenda, S. 181
[218] Ebenda
[219] Ebenda, S. 184
[220] Ebenda, S. 186
[221] Ebenda, S. 188
[222] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 37

Peter Jochen Winters befand, dass die Ausbürgerungen Biermanns im Westen kaum Wellen geschlagen hatte und machte sich deshalb Sorgen um die Zukunft:

> „Im Westen ist diese zweite Ausbürgerung eines deutschen Schriftstellers nach Biermann aus der DDR ohne große Proteste zur Kenntnis genommen worden. Das könnte die DDR ermuntern, diese Waffe auch gegen weitere vorübergehend in der Bundesrepublik und West-Berlin lebende Schriftsteller und Künstler mit DDR-Pass anzuwenden.“[223]

3.2. Das Gesundheitswesen

Ähnlich ihrer Abhandlung des Schulwesens, betonte Eva Windmöller in ihrer Beschreibung des Gesundheitswesens zunächst die Nachteile:

> „Die Kliniken sind überaltert, die Zimmer überbelegt, die Wartezeiten zu lang, es fehlt an Ärzten, an Personal.“[224]

um dann mit den Vorteile zu enden:

> „Zweidrittel aller Werktätigen werden betriebsmedizinisch betreut, die Säuglings- und Müttersterblichkeit ist dank gesetzlich vorgeschriebener Prophylaxe und Nachuntersuchung fast überwunden, die ärztlichen Gemeinschaftspraxen in den klassenlosen Krankenhäusern der Polikliniken haben sich bewährt, vom Hustensaft bis zur Herzoperation ist – bei einheitlicher Beitragsleistung von 60 Mark Kranken- und Sozialversicherung im Monat – alles für alle kostenlos.“[225]

Dass sie beide Aspekte anführte, zeigte schon eine gewisse Objektivität, doch diese Art, erstmals die Nachteile, dann die Vorteile zu berichten wird bei dem Leser natürlich mehr gute Eindrücke als schlechte lassen.

3.3. Wohnungswesen und Verkehrswesen

Theo Sommer interviewte den Chefarchitekten Ostberlins, Roland Korn, über seine Projekte für die Stadt:

---

[223] Winters, Peter Jochen. *Wenig Chancen für Erstlingswerke junger DDR-Schriftsteller*, in: *FAZ* vom 31. Dezember 1982, S. 3
[224] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 63
[225] Ebenda

„»Wir entwickeln die Hauptstadt zu einer sozialistischen Metropole. […] Wir bauen Massenwohnungen, soziale Wohnungen für alle. Aus den Bedingungen werden dann Erscheinungen.«

Sieben Milliarden Mark stellt die DDR-Regierung jedes Jahr für Bauleistungen in Berlin zur Verfügung. Dafür bauen 40000 Bauarbeiter in sechs Kombinaten, unterstützt von 20000 FDJ-Angehörigen aus dem Rest der Republik, 33000 Wohnungen im Jahr; davon wird die geplante Renovierung von hundert Bahnhöfen der S-Bahn, U-Bahn und Fernbahn bezahlt.“[226]

Über Wohnungsbau berichtete er ziemlich optimistisch:

„Der Wohnungsbau ist Erich Honeckers ureigenstes Anliegen. Seit er 1971 Parteichef wurde, sind über zwei Millionen Wohnungen errichtet worden. Bis 1990 will er das Wohnungsproblem »gelöst« haben. Laut der Direktive des XI. Parteitags »ist die Bauproduktion der Volkswirtschaft bei überdurchschnittlich steigenden Baureparaturleistungen um 16 bis 18 Prozent zu steigern«. Wie es der Berliner Chefarchitekt ausdrückte: »Kernstück des sozialpolitischen Programms der Partei der Arbeiterklasse ist der Wohnungsbau«. Das erklärt, weshalb die DDR zu einer riesigen Großbaustelle geworden ist. Es erklärt, weshalb die Stimmung sich gebessert hat – das Verhältnis zwischen Volk und Obrigkeit entspannter ist als zuvor: Die Bürger sehen, dass es vorangeht.“[227]

Doch die Wohnungsfrage war ein kompliziertes Problem in der DDR. Wohnungen wurden wie am Fließband gebaut, manchmal zu Nachteil der Qualität. Darüber wird mehr im dritten Kapitel dieser Arbeit im Unterteil *Der Lebensstandard – Wohnen* ausgeführt.

3.4. WIRTSCHAFT

Eva Windmöller erklärte das Devisen-System, und beschrieb es wie einen Retter des Sozialismus:

„Wo Ost-Geld und Beziehungen versagen, hilft West-Geld weiter. Es sollte zwar nicht sein, aber durch Devisen lässt sich der Sozialismus unterlaufen. Vor den

[226] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 26-27
[227] Ebenda, S. 29

»Intershops«[228] stehen Schlangen von Leuten, die günstig Westwaren gegen D-Mark kaufen wollen. Über die »Genex« (Geschenkdienst-GmbH) […] können Westdeutsche ihren DDR-Verwandte und –Freunden gegen D-Mark alles sofort beschaffen, was an Qualitätswaren aus volkseigener Produktion begehrt ist.‘‘[229]

Nach einer Statistik der Bundesbank sind zwischen 1967 und 1989 den Genex-Vertretungen 3,3 Milliarden DM zugeflossen, was nicht unwesentlich war.[230]
Peter Christ für *die Zeit* beschrieb das Wirtschaftssystem der DDR mit ihren Lücken, ihrem Wettbewerb, und die Aussichten, die er für die Zukunft sieht.

„Unsere Gastgeber in der DDR haben keinen Türken gebaut. Sie haben uns durch ihre Spitzenbetriebe geführt, das ist üblich. Bei näherem Hinsehen können jedoch die vier Vorzeigebetriebe, die wir gesehen haben, über eines nicht hinwegtäuschen: Die DDR hinkt dem kapitalistischen Westen weit hinterher; sie ist überdies in Gefahr, noch weiter zurückzufallen. Gerade Musterbetriebe wie das *Mathias-Thesen-Werft* in Wismar, wie das *Eisenhüttenkombinat Ost* in Eisenhüttenstadt, wie *Planeta* im sächsischen Radebeul und *Carl Zeiss* in Jena offenbaren die Misere der DDR-Wirtschaft.‘‘[231]

Er betonte den Rückstand der DDR überall. In der Stahlindustrie:

„Die DDR investiert in Anlagen, die im hochindustrialisierten Westeuropa nur noch mit staatlichen Subventionen überleben könnten. Dazu muss sie dann auch noch teure technische Hilfe aus dem Westen holen.‘‘[232]

Bei der Elektronik:

---

[228] Kunstwort aus *international* und *shop*. Um den chronischen Devisenmangel der DDR zu beheben, wurden 1962 die Intershops gegründet. Die Geschäfte, die zunächst vor allem an belebten Grenzübergängen, Flughäfen und Bahnhöfen, in Hotels und Autobahnraststätten und später auch in den größeren Städten eröffnet wurden, hatten (westliche) Waren im Angebot, die von Reisenden in frei konvertierbarer Währung (v.a. DM) bezahlt werden konnten. Ab 1974 mussten DDR-Bürger ihr West-Geld bei der Staatsbank gegen Valuta-Gutscheine eintauschen, mithilfe derer sie dann ebenfalls Waren erwerben konnten. Viele der angebotenen Produkte wurden in den DDR-Geschäften nicht oder in deutlich schlechterer Qualität angeboten. Um Einbrüche von DDR-Bürgern in die Intershops zu verhindern und um dem Unmut der Bevölkerung entgegenzuwirken, wurden 1962 auch so genannte Exquisit-Läden eingerichtet, in denen hochwertige, aber stark überteuerte Importgüter mit DDR-Währung gekauft werden konnten. In den 1976 gegründeten Delikat-Läden wurden ebenfalls überteuerte Nahrungsmittel angeboten. Vgl. http://www.ddr-lexikon.de/Intershop
[229] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 98
[230] Wolle, Stephan. *Die heile Welt der Diktatur*. Econ Tb., 2001, S. 121
[231] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 83
[232] Ebenda, S. 84

„Der Ostblock ist gar nicht in der Lage, elektronische Speicher von dieser Qualität herzustellen, die in der Bundesrepublik, Japan und in den Vereinigten Staaten in Serie gefertigt werden.“[233]

Die Ursache für die Lücke erklärte er mit dem mangelnden Wettbewerb im eigenen Land und im gesamten RGW[234]. Betriebe hatten das Monopol für ihre Produktion. Er nahm das Beispiel von Robotron:

„Welch bequemes Leben Betriebe führen können, denen kein Konkurrent im Nacken sitzt, beweist das Kombinat Robotron, das unter anderem Personalkomputer baut. Die Robotron-Computer kosten zwischen 17 000 und 20 000 Mark (Ost); auf dem Weltmarkt sind sie für rund 1000 Mark (West) zu haben. Weil es nur diesen Hersteller in der DDR gibt, kann Robotron seine Produktion trotz des horrenden Preises absetzen. Die Nachfrage übersteigt das Angebot sogar bei weiterem. Diesen Nachfrageüberhang nutzt Robotron, um seinen Exportplan zu erfüllen, denn eigentlich sind die Computer im Westen unverkäuflich.“[235]

Ferner erwähnte er die „Geschenke“ vom Staat an den Betrieb, die den Wettbewerb bremsten:

„Dass die Staats- und Parteiführung gern Milde walten lässt, wenn es mit der Arbeit und der Planerfüllung nicht klappt, zeigt gelegentlich Erich Honecker selbst. In der Manier eines Landesfürsten erlässt er schon mal ganzen Betrieben, deren Produktion zu langsam läuft, die »Planschulden« - gleichsam ein Geschenk der Gesellschaft an den Betrieb.“[236]

Der Wettbewerb, berichtete Peter Christ, wird nicht so verstanden wie im Westen. Er tauchte im DDR-Wörterbuch der Ökonomie nur mit dem Adjektiv sozialistisch auf und wurde so definiert:

„»Umfassender Ausdruck der freiwilligen, bewussten und schöpferische Masseninitiative der Werktätigen zur Durchsetzung des wissenschaftlich-

[233] Ebenda, S. 85
[234] Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, entstand 1949 unter sowjetischer Führung als Reaktion auf den Marshallplan der USA zum Wiederaufbau Westeuropas. Cf. http://www.ddr-wissen.de/wiki/ddr.pl?RGW
[235] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 85
[236] Ebenda, S. 88-89

technischen Fortschritts, zur Erhöhung der Effektivität der Produktion, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen…«

Konkurrenz fehlt in der DDR nahezu völlig, seit die Kombinate als Mittel des Fortschritts entdeckt worden sind. Diese sozialistischen Konzerne umfassen oft ganze Branchen, in denen sie den Wettbewerb ersticken. Aber ohne echten Wettbewerb kann es keine grundlegenden Innovationen geben, und mit diesen Strukturen ist eine technologische Erneuerung nicht zu schaffen. Risiken werden in der DDR nicht belohnt. Maßstab für Erfolg oder Misserfolg ist der Grad der Planerfüllung, nicht das Mühen um neue Produkte oder Techniken.“[237]

Welche Aussichten sieht Peter Christ für die Zukunft? Sie sind ziemlich pessimistisch:

„Die Aussichten, dass die DDR-Wirtschaft in absehbarer Zeit den Rückstand zum Westen aufholen kann, sind schlecht. Das Gegenteil ist wahrscheinlich. Die Industrie des Landes ist in Gefahr, den Anschluss an das Weltniveau zu verlieren. In der Elektronik, einer Schlüsseltechnologie für die nächsten Jahrzehnte, hinkt sie schon weit hinterher. Die Ursachen für den ökonomischen und technischen Rückstand ist nicht die Qualität der Köpfe. Die Ursache liegt im System, in dem die DDR-Wirtschaft steckt. Es behindert den Forscherdrang, nimmt den Mut zum Risiko und hemmt den technischen Fortschritt, der Voraussetzung für bessere Lebensbedingungen ist. In der DDR blättern nicht nur die Fassaden, es blättert auch die Hoffnung.“[238]

[237] Ebenda, S. 86
[238] Ebenda, S. 90

KAPITEL II.

DIE ENTWICKLUNG DER INNERDEUTSCHEN BEZIEHUNGEN

1. DIE WESTDEUTSCHE JOURNALISTISCHE ARBEIT IN DER DDR

1.1. ANFÄNGE

Ganz am Anfang seines Berichts, als seine Akkreditierung in Ost-Berlin noch nur ein Projekt war, gestand Lothar Loewe, dass es für ihn schwer vorstellbar war, „angesichts einer Mauer DDR-offiziellen Misstrauens normale journalistische Arbeit in Ost-Berlin zu leisten.“[239] Er war insofern fast hellseherisch. Die Berichterstattung aus der DDR hatte nichts „normales“ an sich. Dieser Abschnitt handelt fast nur von Lothar Loewes Berichten, da er der einzige war, der über die westdeutsche journalistische Arbeit in der DDR so ausführlich berichtete.

Am 8. November 1972 wurden die „Zwei Briefe zu dem Grundlagenvertrag“ unterzeichnet. Lothar Loewe berichtete:

> „Die Journalisten sahen zunächst nur die einzigartigen, ungeahnten Möglichkeiten, die der Grundlagenvertrag bot. Denn er öffnete den Journalisten die gesamte DDR. Zu dem Grundvertrag gehörten auch zwei Briefe, in denen Bahr und Kohl den Journalisten des Partnerstaates freie, ungehinderte Arbeit in dem jeweils anderen Staat zusicherten. »Die Deutsche Demokratische Republik«, so schrieb Kohl unter dem 8. November 1972, »gewährt im Rahmen ihrer geltenden Rechtsordnung Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland und deren Hilfspersonen das Recht zur Ausübung der beruflichen Tätigkeit und der freien Information und Berichterstattung«.“[240]

Erst im Januar 1973 wurde Lothar Loewe zum Fernsehkorrespondent in der DDR bestimmt:

---

[239] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil I.* in: *Der Spiegel*, n°33/1977, 8. August 1977, S. 88
[240] Ebenda, S. 92

„Jetzt kam die Stunde, auf die ich zwei Jahre lang gewartet hatte. Im Januar 1973 bestimmte mich die Chefredakteurs-Konferenz der ARD einstimmig zum Fernseh-Korrespondenten in der DDR, und fast zur gleichen Zeit trat unter dem damaligen NDR-Intendanten Gerhard Schröder eine ARD-Kommission zusammen, die mit Ost-Berlin über Einrichtung und Arbeitsbedingungen eines Redaktionsbüros verhandeln sollte. Der Leiter des NDR-Funkhauses Hannover, Helmut Reinhardt-Bischof, führte die ersten Gespräche mit den Pressefunktionären Ost-Berlins. Sie gerieten rasch in eine Sackgasse. Die Männer aus Rolf Muths[241] Abteilung zeigten keine sonderliche Lust, den Kohl-Brief in die Wirklichkeit umzusetzen. Vor den ARD-Unterhändlern türmten sie ein Hindernis nach dem anderen auf, als wolle die DDR Kohls schriftliche Zugeständnisse wieder rückgängig machen.“[242]

Am 21. Februar 1973 veröffentlichte die DDR-Regierung eine Verordnung über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten in der DDR. Lothar Loewe betonte das Fehlen an Bereitschaft von Seiten der DDR sich den westdeutschen Journalisten zu öffnen:

„Bald ließ denn Ost-Berlin auch deutlich durchblicken, wie wenig das Regime an einer freien unbehinderten westdeutschen Berichterstattung aus der DDR interessiert war. […] Verordnung und Durchführungsbestimmung verpflichteten fremde Korrespondenten in der DDR, Reisen über die Stadtgrenze Ost-Berlins hinaus vorher im DDR-Außenministerium anzumelden, staatliche Behörden, Wirtschaftsbetriebe und Genossenschaften nicht ohne vorherige Genehmigung des Ministeriums zu besuchen und Interviews mit »führenden Persönlichkeiten« nur über das Ministerium anzubahnen. Außerdem: Paragraph 5 der Verordnung hielt die Korrespondenten an, »wahrheitsgetreu. sachbezogen und korrekt zu berichten sowie keine böswillige Verfälschung von Tatsachen zuzulassen«. […] Wer dagegen verstieß, hatte mit empfindlichen Strafen zu rechnen […]: »Verwarnung des Korrespondenten, Entzug der Akkreditierung oder der Arbeitsgenehmigung und die Ausweisung des Korrespondenten aus der Deutschen Demokratischen Republik, Schließung des Büros des Publikationsorgans«.“[243]

[241] Leiter der Abteilung „Journalistische Beziehungen“ im Außenministerium. Er „steuerte die Betreuer, die das Ministerium den Journalisten aus dem Westen attachiert hatte“. Cf. Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil I.* in: *Der Spiegel*, n°33/1977, 8. August 1977, S. 90
[242] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil I.* in: *Der Spiegel*, n°33/1977, 8. August 1977, S. 92
[243] Ebenda

Erst am 24. Dezember 1974, zwei Jahren nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags, erhielt Lothar Loewe von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Erlaubnis, als erster Fernseh-Korrespondent der ARD in Ost-Berlin tätig zu werden. Gleichzeitig wurde die Einrichtung eines ARD-Büros in der DDR-Metropole genehmigt.[244]

1.2. MISSTRAUEN

Die ersten Schritte Lothar Loewes als Journalist in der DDR wurden markiert durch den Spagat zwischen den Widrigkeiten und große Begeisterung für die neue Aufgabe:

> „Markstein[245] und andere Funktionäre ließen deutlich das tiefe Misstrauen spüren, mit dem das Regime die Tätigkeit der Korrespondenten aus der Bundesrepublik verfolgte. Das änderte sich auch nicht nach meiner Zulassung als Korrespondent im Dezember 1974, im Gegenteil: Wir hatten das Gefühl, dass es in der DDR-Führung Personen gab, die längst bereuten, der Tätigkeit westdeutscher Korrespondenten in der DDR zugestimmt zu haben. […] Stets sollten wir uns nur als geduldete Fremdlinge fühlen. Auf die Schaltung einer Rundfunk-Sprechleitung von unserem Büro zum ARD-Sternpunkt in Frankfurt am Main warteten wir fünf Monate lang. […]
>
> Doch was bedeuteten schon solche Widrigkeiten angesichts der einzigartigen, noch vor wenigen Jahren für unvorstellbar gehaltenen Möglichkeit, die unbekannte DDR für das westdeutsche Fernseh-und Lesepublikum zu entdecken! Für die 17 bundesrepublikanischen Journalisten, die damals in Ost-Berlin akkreditiert waren, schien Deutschland kaum noch eine innere Grenze zu haben. »Der ARD-Fernsehkorrespondent in der DDR und seine Kollegen«, schrieb ich damals in einer Zeitschrift, »haben das erreicht, wovon Millionen Deutsche träumen. Sie reisen zu jeder Zeit schnell zwischen Saßnitz und Berchtesgaden, zwischen Frankfurt/Oder und Aachen hin und her, als sei es in den letzten dreißig Jahren nie anders gewesen«. […] 17 Bundesrepublikaner hatten die Terra

[244] Ebenda, S. 95
[245] Funktionär aus dem Ost-Berliner Regierungsapparat, der zur Protokoll-Abteilung des DDR-Außenministerium gehörte. Vgl. Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil II.* in: *Der Spiegel*, n°34/1977, 15. August 1977, S. 110

> incognita DDR betreten, […] das andere, scheinbar so fremd gewordene Deutschland neu zu entdecken.“[246]

In den Bedingungen in denen die westdeutschen Journalisten arbeiteten, spiegelte sich das generelle Klima, das zwischen den beiden deutschen Staaten damals herrschte, wieder. Die Vorfälle häuften sich, es wurde den Korrespondenten immer wieder Knüppel zwischen die Beine geworfen. Die kleinste Aufgabe, das kleinste Unternehmen war von Widrigkeiten begleitet. Lothar Loewe und sein Team erhielten zum Beispiel die Genehmigung zu einem Interview mit dem Stadtarchitekten Ost-Berlins erst zwei Tage vor der Sendung, was eine echte Vorbereitung unmöglich machte. Dieses wurde von Lothar Loewe als „Kinderkrankheiten der Entspannung“ bezeichnet:

> „Solche Vorfälle [hielten wir] für Kinderkrankheiten der Entspannung, für Überreaktionen einer misstrauischen Partei- und Staatsbürokratie, die noch nicht erkannt hatte, welche Chance die westliche Pressearbeit auch der Präsentation ihres Staates bot. Diese Verkrampfung, so glaubten wir, würde hoffentlich im Laufe der Zeit ebenso verschwinden wie der Aufpasser Markstein, der inzwischen in Ungnade gefallen und an die DDR-Botschaft in Peking abgeschoben worden war.“[247]

Die Unschlüssigkeit der SED der Ost-West Annäherung gegenüber, kontrastierte aber mit der Bereitschaft der DDR-Bürger, den westdeutsche Journalisten bei ihrer Arbeit zu helfen:

> „Zudem ließ uns selbst die restriktive Presse-Verordnung den Zugang zu einem wichtigen Objekt westdeutscher Berichterstattung offen: zu dem DDR-Bürger, zu den unprominenten Menschen im anderen Deutschland. Gerade die waren es auch, die dem Auftauchen des kleinen Haufens bundesrepublikanischer Journalisten neugierig-erwartungsvoll entgegenblickten. Schon in der vertraglosen Zeit, bei der noch eingeschränkten Berichterstattung über die Bahr-Kohl-Verhandlungen in Ost-Berlin, hatten die westdeutschen Journalisten die Sympathie vieler DDR-Bewohner zu spüren bekommen.“[248]

---

[246] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil II.* in: *Der Spiegel*, n°34/1977, 15. August 1977, S. 110-112
[247] Ebenda, S.113
[248] Ebenda

Diese Rolle als Helfer gefiel der SED nicht. Sie sah sogar darin einen guten Vorwand, den westdeutschen Journalisten etwas vorzuwerfen: eine Anklage über „Einmischung“, so Lothar Loewe:

> „Namentlich die Arbeit der bundesdeutschen Fernsehkorrespondenten geriet in die Schusslinie der SED-Propaganda. »Wir können unsere Augen nicht davor verschließen, dass ARD und ZDF in manchem Familien ein- und aus-gehen«, stichelte die *Deutsche Lehrerzeitung*, und rasch kam der Vorwurf auf, unsere allzu intime (man sagte auch gerne: taktlose) Berichterstattung über das Leben in der DDR stellte eine unstatthafte Einmischung in deren innere Angelegenheiten dar.“[249]

So waren „Einmischung“ und „Verleumdung“ regelmäßig Vorwände, um Strafen gegenüber den Journalisten auszusprechen. Das erste Opfer war Jörg R. Mettke, *Spiegel*-Korrespondent:

> „Eine Geschichte seiner Redaktion über die Praxis der DDR-Behörden, die Kinder republikflüchtiger Bürger zur Adoption freizugeben, war für Wolfgang Meyer[250] und dessen Auftraggeber Anlass genug, den Spiegel-Korrespondenten am 16. Dezember 1975 wegen »grober Verleumdung der DDR« auszuweisen.
>
> Der Schlag gegen Mettke erschreckte alle westdeutschen Journalisten in Ost-Berlin und Staatssekretär Günter Gaus, denn er bestätigte, was die Beschwichtiger unter den Offiziellen in Bonn nicht hatten glauben wollen: Das SED-Regime wandte tatsächlich jenen Knüppel-Paragraphen der Presse-Verordnung von 1973 an, der einen Korrespondenten bereits zum Verleumder der DDR machte, wenn er auch nur einen kritischen Artikel seiner Heimatredaktion zuließ. Mettke hatte die inkriminierte Geschichte weder geschrieben noch unterstützt, er hatte sie allenfalls vor Drucklegung gekannt.
>
> Wir Korrespondenten setzten uns zusammen und verfassten einen Protest gegen Mettkes Ausweisung; jeder von uns unterschrieb. Ich übernahm es, die Resolution

---

[249] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil III.* in: *Der Spiegel*, n°35/1977, 22. August 1977, S. 113

[250] ADN-Korrespondent (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst) und Leiter der Hauptabteilung *Presse und Information* im Außenministerium, die alle fremden Informationsaktivitäten in der DDR kontrollierte: „Botschafter Wolfgang Meyer war der Mann, den die Presse-Verordnung mit der Befugnis ausgestattet hatte, unliebsam gewordene westdeutsche Korrespondenten zu bestrafen - durch Erteilung einer Verwarnung, Einziehung des Presseausweises und Hinauswurf aus der DDR“. Vgl. Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil II.* in Der Spiegel, n°34/1977, 15. August 1977, S. 118

im Außenministerium abzuliefern. Dort wurde der Brief geöffnet und der Text sicherlich auch gelesen.

[…] Im Briefkasten des ARD-Büros fand ich dann den geöffneten und wieder verschlossenen Briefumschlag mit der Protestresolution. Auf dem Kuvert war ein Vermerk: »Annahme verweigert«.

Die westdeutschen Korrespondenten wurden damit nicht populär bei den Herren der Abteilung Journalistische Beziehungen. Schon Monate vorher hatten Presse-Funktionäre auf einer Sitzung in Leipzig vorgeschlagen: »Die vom West-Fernsehen müssen raus. Vielleicht können wir sie mit einer Währungsmanipulation aufs Kreuz legen, dann sind wir sie endlich los«. Doch der besonnene Rolf Muth, Mitglied der SED-Kreisleitung im Außenministerium, wiegelte ab: »Genossen, dafür ist die Zeit noch nicht reif«.“[251]

1.3. ENTSPANNUNGSPOLITIK: ZWISCHEN ENTKRAMPFUNG UND RÜCKGANG

1986 behauptete Rudolf Walter Leonhardt – Mitglied der Expedition der *Zeit*-Redakteure in die DDR - er habe sich in der DDR als Tourist gefühlt, was 1964 bei der erste Reise gar nicht der Fall gewesen wäre, was zeigte, wie die Bedingungen zwanzig Jahren später anders geworden sind:

„Wir sind uns der Gefahr bewusst, die daraus für unseren Bericht entsteht, dass wir privilegierte Touristen waren, die beinahe mühelos Zugang zu den Spitzen von Staat und Gesellschaft der DDR fanden, die dabei natürlich auch »agitiert« worden sind, wie das in jenem anderen deutschen Staat heißt. Jeder von uns hat auf seine Weise dem gegenzusteuern versucht, ist aus dem ihr oder ihm unbehaglichen Zustand der privilegierten Touristen mit journalistischem Auftrag ausgebrochen, wann und wo immer es möglich war.“[252]

Dieses Zitat ist wichtig. Rudolf Walter Leonhardt zeigte, dass es ihm bewusst war, dass die Informationen zu denen er Zugang hatte, sicher nicht die ganze Wahrheit zeigten:

[251] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil II*. in *Der Spiegel*, n°34/1977, 15. August 1977, S. 124
[252] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 43-44

„dabei [sind wir] natürlich auch »agitiert« worden“. Wie stark die Informationen filtriert waren, war ihm und seinem Team 1986 bestimmt nicht bewusst:

> „Die durch den seit 1990 fast uneingeschränkt möglichen Zugang zu den historischen Quellen des »ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden« gewonnenen Erkenntnisse haben das Bild von ihm zweifellos verschlechtert, und sogar mehr, als wegen seines schnellen Unterganges nach der demokratischen Revolution vom Herbst 1989 angenommen werden konnte. Die durch eine Vielzahl wissenschaftlicher Untersuchungen begleitete, auch von Publizisten vollzogene retrospektive Analyse der DDR-Geschichte hat im Ergebnis zur notwendigen Revision früherer, von Illusionen um die vermeintliche Stabilität der DDR geprägten Darstellungen geführt. Doch es sind Forschungsergebnisse, die auf Unterlagen beruhen, die vor 1989 nicht einmal für die linientreuesten DDR-Historiker verfügbar gewesen waren. So konnte das Ausmaß der innerstaatlichen Repression in der DDR und die dabei angewendeten Methoden nur ungenau erkannt werden.“[253]

Viele Informationen waren also vor 1989 nicht verfügbar. Zu den versteckten Informationen hatten sie keinen Zugang. Manche Journalisten wie Lothar Loewe betonten regelmäßig, wie die DDR ihnen die Arbeit schwer machte. Andere Journalisten zeigten eher ihre Eindrücken, was konkrete, sichtbare Sachen betrifft. Die Situation im Vergleich zu 1964 hatte sich dank dem Grundlagenvertrag deutlich verbessert, gerade auch was die Kontrolle an der Grenze betrifft:

> „Wie sehr die Verhältnisse gewandelt haben, ergibt sich schon aus einem Vergleich unseres ersten Tages damals vor 22 Jahren mit dem ersten Tag diesmal. Mein Resümee damals: »Sechzehnmal an einem einzigen Tag kontrolliert zu werden… das ist für den Normalbürgern westkapitalistischer Staaten einfach fünfzehnmal zu viel«. Diesmal beschränkte sich die Kontrolle auf jenes eine Mal, das wir bei den meisten Reisen innerhalb Europas und bei jeder Reise nach Amerika in Kauf zu nehmen gewöhnt sind.“[254]

---

[253] Judt, Matthias. *DDR-Geschichte in Dokumente. Beschlüsse, Berichte, interne Materialen und Alltagszeugnisse.* Bonn : Ch.Links, 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, S. 10-11

[254] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland.* Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 44

Ein Journalisten-Team, das die Lage vor und nach dem Grundlagenvertrag erlebt hatte, war selbstverständlich von den Fortschritten begeistert. Journalisten die hingegen die Lage vorher nicht gesehen hatten, waren dementsprechend auch weniger begeistert:

> „Die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik, für den Durchschnitts-Bürger nur unter Lebensgefahr oder nach einer Wartezeit von 20, 30, 40 Jahren im Rentenalter überwindbar: Wir fahren mal eben rüber zum Blumenholen.“[255]

Der ARD-Korrespondent Lothar Loewe erlebte 1976 die Entspannung dadurch, dass er von der Seite des Zentralkomitees positive Bewertung seiner Arbeit bekam:

> „Politbüro-Mitglied Werner Lamberz, Sekretär für Agitation im Zentralkomitee der SED und damit Chefpropagandist der Partei, erläuterte, wie wichtig nach der Ausschusssitzung der KSZE-Konferenz in Helsinki die Arbeit der Medien für die Entspannung und besonders für die Verständigung zwischen den Staaten geworden sei. Er verfolge meine Fernsehsendungen sehr aufmerksam und habe den Eindruck, ich sei dabei, die Entwicklung in der DDR besser zu verstehen. Zwar wurde er nicht alle meine Beiträge positiv bewerten, aber ich sei doch »viel sachlicher« geworden.“[256]

Seine Arbeit wurde sogar einmal als „die beste Propaganda“ vom Zentralkomitee der SED bezeichnet:

> „Als der Film *Menschen in der DDR* ausgestrahlt worden war, in dem ich vier DDR-Bürger (eine Stadtarchitektin, einen Hochofenmeister, einen LPG-Bauern und eine Pastorin) ihre Lebensgeschichte erzählen ließ, erhielt ich ungewohntes Lob von höchster Stelle. Professor Herbert Häber, Leiter der Westabteilung des Zentralkomitees der SED: »Das war für uns die beste Propaganda, die jemals im westdeutschen Fernsehen gelaufen ist«.“[257]

Doch das waren nur vereinzelte Stimmen, behauptete Lothar Loewe. Im Parteiapparat aber überwogen die „Apostel des Misstrauens“ und der totalen Gedankenkontrolle, die von den Reportagen der westdeutschen Fernsehanstalten eine „Untergrabung der SED-

[255] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 26
[256] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil III.* in *Der Spiegel*, n°35/1977, 22. August 1977, S. 110
[257] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil II.* in *Der Spiegel*, n°34/1977, 15. August 1977, S. 116

Herrschaft“ befürchteten. Die Sendungen von ARD und ZDF erreichten nämlich, mit Ausnahme des Dresdner Raums und des äußersten Nordostens, jedes Gebiet der DDR.[258]

Lothar Loewe berichtete weiter über die Schlussakte von Helsinki, die zu einem Eklat zwischen Bonn und Ost-Berlin führte. Sie erlaubte zwar Propaganda für den Kommunismus, nicht aber „Hetze“ gegen den Kommunismus:

> „Die Propaganda der Ideen des Sozialismus steht in voller Übereinstimmung mit der Pflicht zum Frieden und zur friedlichen Zusammenarbeit der Völker. Völlig anders verhält es sich mit der antikommunistischen und gegen die sozialistischen Länder gerichteten Hetze in den westlichen Massenmedien. Sie verletzt aufs gröbste den Sinn der Schlussakte, die Forderung nach Nichteinmischung“[259]

Diesen Worten folgten bald Taten: die Interviews wurden nicht mehr genehmigt, DDR-Bürger von Kontakten mit westdeutschen Journalisten abgeschreckt, Journalisten für Einmischung in die inneren Angelegenheiten ausgewiesen.[260] Ein neuer Tiefstand deutsch-deutscher Beziehungen drohte, notierte Lothar Loewe. Doch damals machte der Kulturminister der SED, Klaus Höpcke, eine erstaunliche Erklärung: „Wir halten den Kampf gegen Antikommunismus und Antisowjetismus… für einen Beitrag zur internationalen Entspannung“[261]. „Da schien mir die DDR-Führung bereits erste Anzeichen einer beginnenden Entkrampfung zu verraten“[262], berichtete Lothar Loewe. Dazu folgte nämlich eine Reihe von Maßnahmen der DDR-Regierung im Interesse einer besseren Zusammenarbeit mit den Korrespondenten in Ost-Berlin: eine generelle Genehmigung für alle Korrespondenten, mit den Pressestellen der DDR-Behörden direkt zu verkehren, eine Ausgabe von „Grenzempfehlungen“ für die Sekretärinnen, Fahrer und Ehefrauen der Korrespondenten, die eine beschleunigte und unkontrollierte Abfertigung an den Grenzkontrollpunkten in Berlin ermöglichen sollen, und endlich eine Erteilung von Schul-Visa für Korrespondenten-Kinder, die in West-Berlin zur Schule gingen.[263] Doch in der Praxis war die Öffnungspolitik immer noch nicht erreicht, da die leitenden

[258] Ebenda, S. 118
[259] Ausschnitt aus den Schlussakte von Helsinki, in: Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil III.* in *Der Spiegel*, n°35/1977, 22. August 1977, S. 113
[260] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil III.* in *Der Spiegel*, n°35/1977, 22. August 1977, S. 113
[261] Ebenda
[262] Ebenda
[263] Ebenda, S. 116

Funktionäre zu wenig auf die vorsichtige Öffnungspolitik vorbereitet waren, erklärte Lothar Lowe nach einer enttäuschenden Erfahrung.[264]

Als Schluss für diesen Teil können die Worte von Eva Windmöller zitiert werden, da sie die Situation der Journalisten in der DDR ansprechend resümieren:

> „In den journalistischen Alltag eintauchend, bekommen wir bald zu spüren, dass die DDR ein Land ist, an dem man sich alle Zähne ausbeißen kann. Wo ist die Wirklichkeit zu fassen? Wie viele Ideale zeigen bei näherem Hinsehen Risse. Wie viel Fragwürdiges hat in der Praxis sein Gutes. Beim Schreiben kommt man leicht in die Gefahr, zu scharf oder zu positiv zu berichten, eine ausgewogene Mitte erscheint nicht darstellbar. Wichtig ist schon die Erkenntnis, dass es sehr häufig zwei Seiten einer Medaille gibt: Das Positive erweist sich als Kehrseite des Negativen, und umgekehrt.“[265]

2. Das diplomatische Ping-Pong Spiel 1969 – 1974

2.1. Lage vor 1969/ Anfänge Ostpolitik

In diesem ersten Unterteil wird hauptsächlich der Blick der *FAZ* dargestellt. Im August 1981, zwanzig Jahre nach dem Bau der Mauer fasste Peter Jochen Winters die Ereignisse zusammen. Zunächst beschrieb er die Lage Berlins vor dem Mauerbau:

> „Obwohl seit 1948 politisch geteilt - es gibt zwei Stadtverwaltungen, zwei Polizeien, zwei Währungen, unterschiedliche Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtssysteme -, war Berlin bis zu jenem Augusttag vor zwanzig Jahren immer noch eine Einheit. Berlin war der Ort, wo sich Deutsche aus Ost und West legal treffen konnten. Die Sektorengrenze wurde täglich von etwa 500000 Menschen in beiden Richtungen überschritten. Acht bis zehn Millionen Bewohner Ost-Berlins und der DDR besuchten jährlich Kultur- und Sportveranstaltungen in West-Berlin. Fast 60000 Ost-Berliner und Bewohner der umliegenden DDR-Bezirke kamen täglich als Pendler zur Arbeit nach West-Berlin. Doch auch Westberliner arbeiteten in Ost-Berlin. Die Komische Oper Walter Felsensteins zum Beispiel konnte nur mit Hilfe von Westberliner Künstlern und Technikern ihren Betrieb

[264] Ebenda, S. 118
[265] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 67

aufrechterhalten. U- und S-Bahnen fuhren zwischen Ost- und West-Berlin sowie zwischen West-Berlin und den die Stadt umgebenden Kreisen in der DDR.“[266]

Er erklärte, wie es zum Mauerbau gekommen war. Der Verlust an Arbeitskräften war zu groß; die Zahl der Flüchtlinge erhöhte sich jedes Jahr:

„1959 verließen etwa 144 000 registrierte Flüchtlinge die DDR, 1960 waren es schon 199 000, und 1961 kamen bis zum 13. August 155 000. […] die Hälfte der Flüchtlinge war unter 25 Jahren.“

Zugleich wollte damit die DDR-Regierung West-Berlin politisch isolieren:

„Auch wenn der Abzug der Westalliierten nicht zu erreichen war, entschlossen sich die Sowjetunion und die DDR schließlich zum Bau der Mauer in Berlin. […] »So hat die Regierung der DDR Maßnahmen gegen den Menschenhandel beschlossen und dem Vorschlag des Magistrats der Hauptstadt zugestimmt, dem Grenzgängerunwesen ein Ende zu bereiten« [267].“[268]

Der Bau der Mauer wurde von Peter Jochen Winters als Zeichen der Schwäche der DDR dargestellt:

„Die Sowjetunion und die DDR mussten Abschied nehmen von der Hoffnung, die Westalliierten aus Berlin vertreiben und die ganze Stadt übernehmen zu können; der Westen musste akzeptieren, dass die DDR nicht ausblutete, sondern sich im Schutz der Mauer - die als Zeichen ihrer Schwäche errichtet worden war - langsam zu einem wirtschaftlich starken Gebilde mit eigener Staatlichkeit entwickelte.“[269]

Weiter berichtete er über den Schock, den dies damals für die Bevölkerung darstellte:

„Als die Reichshauptstadt an diesem Sonntag erwacht, ist sie brutal durch eine militärische Frontlinie in zwei Stücke geteilt. […] Mit Maschinenpistolen oder aufgepflanztem Bajonett bewaffnete DDR-Soldaten, Kampfgruppenangehörige und Volkspolizisten bilden an diesem Morgen eine lebendige Mauer und halten die Menschen westlich und östlich der Grenze auf Distanz. Fassungslos winken

[266] Winters, Peter Jochen. *Der 13. August 1961*, in: *FAZ* vom 8. August 1981
[267] Rede von Walter Ulbricht, 10.8.61, in: Winters, Peter Jochen. *Der 13. August 1961*, in: *FAZ* vom 8. August 1981
[268] Winters, Peter Jochen. *Der 13. August 1961*, in: *FAZ* vom 8. August 1981
[269] Ebenda

sich diese zu. Gemeinsam hoffen sie, dass die Westmächte dem schändlichen Tun ein Ende setzen werden. Auch der Berliner Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Brandt und die Bundesregierung unter Kanzler Adenauer hoffen das. Doch die drei Westmächte tun nichts. Sie respektieren die Grenze des sozialistischen Lagers, die auch von den bewaffneten Uniformierten der DDR nicht überschritten wird. Was innerhalb des sozialistischen Lagers geschieht, zu dem der Ostsektor von Berlin faktisch gehört, ist für die Westmächte tabu.“[270]

Mit Empörung beschrieb der *FAZ*-Korrespondent zwanzig Jahre später die schändliche Maßnahme und bedauerte das Nichtstun der Westmächte. Im Kontext der Entspannung am Anfang der achtziger Jahre diente dieser Bericht wie eine Erinnerungsspritze an alle, die dazu tendierten, die Grausamkeit der Wirklichkeit zu vergessen.
Obwohl die DDR mit dem Bau der Mauer ein negatives „Erkennungsmerkmal“ der DDR schuf, erreichte sie gleichzeitig, dass der Westen sie nunmehr als Staat ernstnehmen musste. Tatsächlich konnte sie danach ihre deutschland- und außenpolitischen Aktivitäten wesentlich verstärken, was sie mit dem Passierscheinabkommen zeigte. Dieses wertete sie als de-facto-Anerkennung, weil es für ihren Abschluss erstmals zu offenen Kontakten zwischen Regierungsstellen der DDR und dem Senat von West-Berlin gekommen war.[271]

2.2. 1969 – 1971: ZUM GRUNDLAGENVERTRAG

In seinem Bericht vom 8. August 1981 über den Bau der Mauer berichtete Peter Jochen Winters auch darüber, wie die ersten Zeichen der Ostpolitik von Willy Brandt angekommen wurden:

„Nach dem Schock des Mauerbaus begann in West-Berlin das Nachdenken darüber, wie man die Folgen der Teilung für die Menschen in beiden Teilen der Stadt lindern könne. Auf Grund eines Briefes des stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Abusch an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, kam es nach sieben Besprechungen zwischen dem DDR-Staatssekretär Wendt und dem Westberliner Senatsrat Horst Korber am 17. Dezember 1963 zur ersten Passierscheinvereinbarung. […] Die Überlegungen, die 1963 zum Abschluss der Berliner Passierscheinvereinbarung geführt haben, sind nach 1969

[270] Ebenda
[271] Judt, Matthias. *DDR-Geschichte in Dokumente. Beschlüsse, Berichte, interne Materialen und Alltagszeugnisse.* Bonn : Ch.Links, 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, S. 504

> auch zur Grundlage der Vertragspolitik der Bundesregierung mit der DDR geworden, deren erklärtes Ziel es ist, »in Verhandlungen über praktische Fragen zu Regelungen zu kommen, die das Leben der Menschen im gespaltenen Deutschland erleichtern können«. Viele kleine Schritte waren seitdem nötig, um die Mauer durchlässiger zu machen. Es hat Rückschläge und Enttäuschungen gegeben. Doch solange die Mauer in Berlin steht, muss es Aufgabe deutscher Politik bleiben, beharrlich alle Anstrengungen zu unternehmen, sie mit friedlichen Mitteln zu durchlöchern, um sie schließlich ganz zu beseitigen.‘‘[272]

Genau diese Handlungen waren die für die DDR erstes Zeichen ihrer Anerkennung. Doch wie Peter Jochen Winters in seinem Bericht notierte war das Ziel, am Ende die Mauer abzubauen. Hauptsache war, dieses Ziel mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Die Anerkennung – oder die Nichtanerkennung – der DDR erschien erstmals nicht die Priorität zu sein.

Zu diesem langwierigen Weg die Mauer mit friedlichen Mitteln zu durchlöchern, gehörte die am 12. August 1970 Unterzeichnung des Moskauer Vertrages. In diesem Vertrag verpflichten sich die Bundesrepublik und die UdSSR, den internationalen Frieden aufrechtzuhalten und den Entspannungsprozess zu fördern, damit sich die Lage in Europa normalisiert. Gleichermaßen verzichtete Willy Brandt auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete.[273] Am fünften Jahrestag der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages analysierte die *FAZ*, inwiefern dieser Vertrag zur Verbesserung der Lage geführt hatte oder nicht. Dafür stellte sie die Bewertung der verschiedenen politischen Parteien in der Bundesrepublik dar:

> „Koalition und Opposition haben anlässlich des Jahrestages der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages, die an diesem Dienstag vor fünf Jahren in Moskau stattfand, die deutsch-sowjetischen Beziehungen unterschiedlich bewertet. Bundesaußenminister Genscher sprach am Montagabend im sowjetischen Fernsehen von einer »soliden und tragfähigen Grundlage« für ihren Ausbau. Der ehemalige Bundeskanzler Brandt, der am 12. August 1970 gemeinsam mit KP-Generalsekretär Breschnew seine Unterschrift unter das Dokument setzte, vertrat die Ansicht, die Lage habe sich durch den Vertrag spürbar gebessert. […]

---

[272] Winters, Peter Jochen. *Der 13. August 1961*, in: *FAZ* vom 8. August 1981

[273] Lebendiges virtuelles Museum Online (LeMO), Deutsches Historisches Museum. *1963-1974: Neue Ostpolitk: die Verträge von Moskau und Warschau.* http://www.hdg.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/KontinuitaetUndWandel/NeueOstpolitik/dieVertraegeVonMoskauUndWarschau.html

> Bundeskanzler Schmidt bewertete den Moskauer Vertrag als »ein solides Fundament für die Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Ländern und für die Entspannung in Europa«. […] Ein Sprecher der FDP sagte, der Moskauer Vertrag habe als »Initialzündung einer Politik der Entspannungsbemühungen« gewirkt. Die darauf folgenden Abkommen hätten die politische Atmosphäre entscheidend verändert. […] Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Carstens, meinte, die in den Vertrag gesetzten Erwartungen hätten sich nicht erfüllt. Zwar seien »klimatisch gewisse Entschärfungen« festzustellen, an den Grundtatsachen habe sich in den letzten fünf Jahren jedoch nichts geändert. […] Der CSU-Generalsekretär sagte in München, die Äußerungen der SPD zum 5. Jahrestag der Unterzeichnung des »Moskauer Vertrages« seien eine grobe Verfälschung der Wirklichkeit, denn konkrete Beweise für die positiven Auswirkungen des Vertrages würden von der Bundesregierung nach wie vor durch hohle Phrasen ersetzt. [274]

Allerdings öffnete die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages das Tor zu anderen Verträgen, die die Lebensbedingungen der Menschen im geteilten Deutschland erleichterten, wie z.B. das Transitabkommen über Berlin vom 17. Dezember 1971. Die *FAZ* berichtete:

> „Nach dem Bau der Mauer, die auch Sinnbild ist für die Konfrontation von Ost und West, hat es immerhin zehn Jahre gedauert, bis sich die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zu einem Abkommen über Berlin verständigen konnten, das nicht nur ihre jeweiligen Rechte in Berlin bestätigt, sondern auch eine entscheidende Verbesserung der Lebensfähigkeit West-Berlins gebracht hat.“[275]

Im Rahmen der Bahr-Kohl Verhandlungen berichtete Lothar Loewe über seine ersten Erfahrungen als Journalist in der DDR. Die Verhandlungen gaben ihm die Möglichkeit den Zustand der deutsch-deutschen Beziehungen einzuschätzen:

> „Am 27. Oktober 1971 war es geschafft. Die ARD ließ verlauten, sie habe »zum ersten Mal von den DDR-Behörden die Erlaubnis erhalten, in Ost-Berlin zu drehen«. Zur gleichen Zeit erhielt ich von der ARD den Auftrag, mit einem Kamera-Team die nächste Runde der Bahr-Kohl-Verhandlungen in Ost-Berlin zu

[274] *Die Koalition sieht ihre Ostpolitik bestätigt*, in: *FAZ* vom 12. August 1975
[275] Winters, Peter Jochen. *Der 13. August 1961*, in: *FAZ* vom 8. August 1981

filmen. Erwartungsvoll fuhr ich mit meinen Kollegen in den Ostsektor. […] Keine Aufmerksamkeit erregen, keine menschlichen Begegnungen zulassen, keine Spontaneität dulden -- das schien die Parole der DDR-Offiziellen zu sein. Muth[276] und seine Mitarbeiter achteten strikt darauf, dass wir nur Bahr und die Verhandlungs-Delegation filmten. Andere »journalistische Vorhaben« (DDR-Jargon) wie Reportagen über den Weihnachtseinkauf waren tabu. Nichts fürchteten die Funktionäre mehr als Straßenbefragungen westdeutscher Fernsehjournalisten in Ost-Berlin. […] Michael Kohl wich den Journalisten aus. […] Einmal allerdings bekam ich ihn doch vor die Kamera. Das war am 11. Dezember 1971 auf dem Flughafen Schönefeld. Ich fragte ihn: »Könnten Sie sich freundschaftliche Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik vorstellen?« Da zeigte Kohl, wie schlagfertig er sein kann: »Nun, wir haben 20 Jahre feindliche gehabt. Sie sind auch jetzt nicht gerade sehr erfreulich, obwohl ich mit Herrn Staatssekretär Bahr sehr sachliche und faire Verhandlungen führen konnte. Gott, unmöglich ist es nicht, aber es würde dann schon ein ganzes Weilchen dauern«. Die Verhandlungen nahmen einen erfolgversprechenden Verlauf. […] Am 17. Dezember 1971 unterzeichneten sie das Transitabkommen, einige Monate danach den Verkehrs-Vertrag und im Dezember 1972 den Grundlagenvertrag. Wir filmten jede Phase dieses mühevollen Weges, doch unsere Arbeitsbedingungen blieben beschränkt und ärmlich: keine Sujets außerhalb des Konferenzthemas, keine Straßenbefragungen oder unpolitischen Reportagen. […] Man merkte es ihnen deutlich an: Sie befürchteten, neugierige Ost-Berliner könnten Bahr ähnlich zujubeln wie einst die Erfurter dem Bundeskanzler Willy Brandt im März 1970.“[277]

Von einem Auftauen der Beziehungen war noch keine Rede. Auch wenn Kohl sehr reserviert, skeptisch und pessimistisch erschien, gerade weil die Bedingungen für die westdeutsche Journalisten noch an die „Kinderkrankheiten der Entspannung“ erinnerten, war es in diesem Bericht schon zu spüren, dass die Verhandlungen ein Erfolg für den deutsch-deutschen „Wandel durch Annäherung“ waren.

Die *FAZ* ihrerseits betonte zunächst die kritische Sichtweise Barzels dem Grundlagenvertrag gegenüber. Doch auch dieser Artikel ging auf positive Aussichten in den deutsch-deutschen Beziehungen ein:

---

[276] Rolf Muth, Leiter der Abteilung *Journalistische Beziehungen* im Außenministerium

[277] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil I.* in: *Der Spiegel*, n°33/1977, 8. August 1977, S. 89-91

„Zur Unterzeichnung des Grundvertrages hat sich der CDU-Vorsitzende Barzel am Donnerstag kritisch geäußert: »Wir bejahen Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen beiden Teilen Deutschlands, die das Leben im geteilten Land erleichtern, die Fundamente künftiger Einheit erhalten und den Weg zu einer friedlichen Ordnung in Europa ebnen. Diesen Erfordernissen entspricht der Grundvertrag nicht. Es ist weder gelungen, die Einheit der Nation bei der Existenz von zwei Staaten in Deutschland zur Grundlage des Vertrages zu machen, noch ist es gelungen, die Freizügigkeit in beiden Richtungen wenigstens stufenweise verbindlich und dauerhaft abgesichert im Vertrag herbeizuführen, noch Zusicherungen zu erhalten über die Verwirklichung der Grundsätze und der Menschenrechte, wie die Vereinten Nationen sie bestimmen«, sagte Barzel.

Zu der Anerkennungswelle für die DDR meinte der Oppositionsführer im Zweiten Deutschen Fernsehen, die Staaten, die die DDR anerkennen, wollten natürlich nicht hinter einer deutschen Regierung hinterherhinken, die es so eilig habe, die DDR ins internationale Leben einzuführen. »Das ist ein ganz großer Erfolg für die DDR, der ein vergleichbarer Erfolg unserer Seite nicht gegenübersteht.«

Der CDU-Politiker Schröder schreibt im Deutschland-Union-Dienst, die Union könne dem Grundvertrag nicht zustimmen, weil sie das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen offenhalten wolle und die Anerkennung des Status quo ablehne. Diese nüchterne und sachliche Ablehnung widerspreche nicht dem Wunsch nach möglichst viel Gemeinsamkeit in außen- und Deutschland-politischen Fragen. Es gehe um ein ernstes Bemühen um gemeinsame Positionen und um faire Auseinandersetzung in strittigen Fragen. Die Außen- und Deutschland-Politik solle aus der Atmosphäre des Glaubenskriegs herausgehalten werden.

Bundeskanzler Brandt hat die Unterzeichnung des Grundvertrages am Donnerstagabend in einer Erklärung, die über alle Rundfunk- und Fernsehanstalten der Bundesrepublik ausgestrahlt wurde, als eine wichtige Etappe im Prozess der Normalisierung der Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander bezeichnet. Brandt sagte, die Bundesregierung werde sich weiter hartnäckig und mit Geduld darum bemühen, Freizügigkeit zu erreichen und die Beseitigung von Mauer und Stacheldraht zu betreiben. Beides bringe der Vertrag noch nicht, jedoch rechtfertige es jeder Fortschritt in dieser Richtung, dass man

Illusionen hinter sich lasse. Das sei der einzige Weg, in der heute gegebenen Lage die deutsche Nation zu bewahren.

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, Mischnick, sagte im Zweiten Deutschen Fernsehen, das Nein der Opposition sei ein Sieg der CSU über die CDU. Für ihn sei die sichtbarste Auswirkung des Vertrages nicht die Anerkennungswelle, sondern die Tatsache, dass jetzt Millionen Deutsche in die DDR und Tausende aus der DDR in die Bundesrepublik reisen könnten. Die Anerkennung der DDR wäre so und so gekommen, und es sei durchaus nicht schädlich, wenn die beiden deutschen Staaten nebeneinander in den Hauptstädten der Welt vertreten seien. Der Vertrag werde das Empfinden stärken, zu einer Nation zu gehören.[278]

Dank dieser beide Ansichten kann festgestellt werden, dass der Grundlagenvertrag seitens der Presse die Hoffnung erweckte, dies sei ein erster Schritt auf dem Weg zur Einheit.

2.3. Die Anerkennung der DDR 1972-1974

Gleichzeitig führte die Unterzeichnung des Grundlagenvertrages aber auch zu einer fast polemischen Diskussion was die Anerkennung der DDR betrifft. War sie durch den Grundlagenvertrag völkerrechtlich oder staatlich anerkannt? Und wenn ja inwiefern? Wenn nur die staatliche Existenz der DDR anerkannt war, und nicht die Existenz einer DDR-Nation, konnte dies wirklich als Anerkennung gesehen werden? Lothar Loewe stellte daraufhin Überlegungen über die Fortexistenz einer deutschen Nation an:

„Wer will es uns bundesdeutschen Journalisten verargen, dass auch wir von der Euphorie des deutsch-deutschen Neubeginns angesteckt waren? Manchem schien es, als gebe es doch noch Wege, die Deutschen in Ost und West in irgendeiner Form wieder zusammen zu bringen, ihnen zumindest das Gefühl zu geben, Menschen einer deutschen Nation zu sein. Solche Überlegungen haben mich wohl bewegt, als ich in der folgenden internationalen Pressekonferenz Kohl die Frage stellte, ob er eine Deutschen aus Frankfurt am Main als Ausländer betrachten würde. Kohl antwortete gereizt: „ich betrachte ihn jedenfalls nicht als Inländer. Kohl muss gespürt haben, wie brisant die Frage war, denn er tat darauf etwas Ungewöhnliches. Vor allen meinen Kollegen richtete er an mich die Frage, was denn für mich ein DDR-Bürger aus Frankfurt an der Oder sei. Meine Antwort:

[278] *Barzel: Die Einheit der Nation ist nicht die Grundlage,* in: *FAZ* vom 22. Dezember 1972, S. 3

> Zunächst sei dieser Mann ein Bürger des anderen Staates, er sei in Frankfurt/Oder auch nicht Bundesbürger, vor allem aber sei er »für mich ein Deutscher«. Ich konnte damals noch nicht wissen, wie sehr diese gegensätzliche Auffassung dereinst meine Arbeit in der DDR beeinflussen und behindern sollte. Dass einer nicht die amtliche These von der sozialistischen Sonderexistenz der DDR-Nation akzeptierte, ja an die Unteilbarkeit der gesamtdeutschen Nation glaubte und sie sogar noch durch viele Fernsehberichte aus eben dieser DDR belegte -- das machte meinen späteren Sündenfall aus. ‘‘[279]

In der *FAZ* zeigte sich Peter Jochen Winters skeptisch und ließ offen, ob der Vertrag die Beziehungen verbessern wird. In dem Alltag der DDR-Bürger würde dieser nicht zu große Unterschiede. Die DDR-Bürger werden trotz des Vertrages Angst haben, West-Besuch zu empfangen:

> „Dieser 21. Dezember 1972 ist für die Bürger Ost-Berlins - oder, wie es hier amtlich heißt, der »Hauptstadt der DDR« - ein Vorweihnachtstag wie jeder andere. Dass der Grundvertrag unterzeichnet wird, interessiert sie nicht sonderlich. Willy Brandt ist ja nicht zur Unterzeichnung gekommen, und im Übrigen hat man sich hier ein gesundes Maß an Skepsis, ja Misstrauen gegenüber den schönen Worten der Partei-und Staatsführung bewahrt. Die Kampagne zur ideologischen Abgrenzung gegenüber dem »imperialistischen« Westen ist in vollem Gang, und immer wieder hört man von »Maßnahmen«, durch die DDR-Behörden die mit dem Inkrafttreten des Verkehrsvertrages wirksam gewordenen Reiseerleichterungen einschränken wollen. […] »Da heißt es in der Präambel des Grundvertrages feierlich, man habe sich von dem Wunsch leiten lassen, zum Wohl der Menschen in den beiden deutschen Staaten die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu schaffen«, meint ein Herr mittleren Jahrgangs, »aber in der Wirklichkeit predigt die SED Abgrenzung und verdächtigt jeden der ideologischen Aufweichung, der seine Verwandten aus dem Westen zu Besuch einlädt.« Er nennt Fälle, um seine Enttäuschung zu belegen. […] Dieser 21. Dezember 1972 wird in die Geschichte der Deutschen als historisches Datum eingehen wie der 13. August 1961 oder der 8. Mai 1945, ohne die es ihn nicht gegeben hätte. Ob dieser Tag dereinst als Anfang einer »entscheidenden Wende zum Besseren« bewertet werden wird - wie

[279] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil I.* in *Der Spiegel*, n°33/1977, 8. August 1977, S. 91-92

> DDR-Staatssekretär Kohl meint - oder ob er - wie andere meinen - die deutsche Teilung endgültig besiegelt und damit nun alles nur noch schlimmer wird, das wird die Geschichte lehren. Wobei man sich freilich kaum vorstellen kann, was zwischen Deutschland-West und Deutschland-Ost noch schlechter werden könnte, als es in den letzten mehr als zwei Jahrzehnten schon war. Skepsis mischt sich mit vorsichtiger Hoffnung an diesem Tag in Ost-Berlin, an dem man in Moskau den 50. Jahrestag der Gründung der Sowjetunion feiert, aber auch in der DDR niemand mehr davon spricht, dass Josef Stalins Geburtstag sich heute zum 93. Mal jährt.“[280]

Eva Windmöller sah den Anfang des Anerkennungsprozesses durch die Mitgliedschaft der DDR in den Vereinten Nationen im Jahre 1973 als unumkehrbar begonnen an. Sie bedauerte das Fehlen an „ernsthaften Auseinandersetzungen“ zwischen den beiden deutschen Staaten, was ihrer Meinung nach daran liegt, dass die Westdeutschen dafür nicht bereit worden wären:

> „Sie existiert seit 1973 als Mitglied der Vereinten Nationen, diplomatisch anerkannt von mittlerweile 121 Ländern. Es wäre an der Zeit, nach zwanzig Jahren kaltem Krieg die DDR so zu sehen, wie sie sich unter sozialistischen Bedingungen entwickelt hat, den Mechanismus dieser geschlossenen Gesellschaft wenn nicht zu verstehen, so doch wenigstens sich dafür zu interessieren, nach welchen Gesetzen er tickt – aber das würde ernsthafte Auseinandersetzung mit unserem Nachbarn Deutschland bedeuten, und die ist, machen wir uns doch nichts vor, den meisten Westdeutschen unbequem und lästig.“[281]

Dies kontrastierte mit den anderen Berichten, die die mangelnde Kooperationsbereitschaft der DDR im Rahmen des Wandels durch Annäherungen in den Vordergrund stellten. Die Stellungnahme Windmöllers ist insofern auch inkonsequent, als dass der Wandel durch Annäherung ja eine Initiative des Westens, beziehungsweise des Kanzlers Willy Brandt und seines Mitarbeiters Egon Bahr, war. Dass auch die DDR aktiv und produktiv daran teilnimmt konnte insofern nicht selbstverständlich erwartet werden.
Theo Sommer seinerseits empörte sich über die CDU/CSU, die sich gegen die Wandel durch Annäherung stellte. Er hielt die Politik der kleinen Schritte für notwendig und sah keine andere Alternative:

---

[280] Winters, Peter Jochen. *Die Unterzeichnung des Grundvertrags*, in: *FAZ* vom 22. Dezember 1972, S. 3
[281] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S.32

„Es hatte nach dem Bau der Berliner Mauer in der CDU/CSU ja noch lange die Meinung gegeben, man solle »abwarten, bis der Zeitpunkt der deutschen Einheit von irgendwoher kommt« (eine Meinung, die Rainer Barzel damals verurteilte), man solle darauf bauen, dass die »berechtigte Ungeduld des deutschen Volkes« eines Tages Früchte trage, ja, man solle ganz gewollt die deutsche Wunde offenhalten, damit das Deutschlandproblem stets im Bewusstsein der Öffentlichkeit hafte – so der Berliner CDU-Chef Franz Amrehn. Diese Haltung führte sich bald ad absurdum. Wer das Los der Menschen jenseits der Trennlinie Hof-Lübeck verbessern wollte, wer darauf ausging, die Mauer allmählich wieder durchlässig zu machen, wer die Kontakte zwischen den beiderlei Deutschen zu fördern und zu erleichtern suchte, der musste mit den Herren der DDR sprechen. Er musste den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik aufgeben und die Staatlichkeit der DDR anerkennen. Er musste, da die Wiedervereinigung nicht zu erreichen war, zunächst eine Politik der Nichtwiedervereinigung entwerfen, die das Wohl der Menschen über die Einheit des Staates stellte. Und er musste wohl oder übel nach dem Grundsatz »Menschlichkeit gegen Kasse« handeln, der 1962, in einer ersten Diskussion über Kredite für die DDR, noch verworfen, seitdem aber vielfach praktiziert wurde.

Nach diesen Maximen ist alles erreicht worden, was im vergangenen Vierteljahrhundert den beiden deutschen Staaten möglich war. Das gilt für die vertraglichen Abmachungen: Grundlagenvertrag, Viermächteabkommen und Verkehrsvertrag, Kulturabkommen. Es gilt für alle konkreten Ergebnisse: die Besucherregelungen zumal, den kleinen Grenzverkehr, die Post- und Telefonverbindungen, die Autobahn Hamburg-Berlin. Und es gilt, so abstoßend uns diese Übung auch anmuten mag, für den Freikauf vieler politischer Häftlinge aus den Gefängnissen der DDR. Nach diesen Maximen werden wir auch verfahren müssen, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik noch mehr Entkrampfung, Lockerung, Zusammenarbeit möglich werden soll.“[282]

Doch die Stellung der CDU/CSU war zumindest für die damalige Zeit verständlich. Dass die Annäherung den Wandel fördern würde, war im Jahre 1972 „nur“ eine Hoffnung, bzw. eine Theorie. Deshalb entstanden in der ersten Hälfte der siebziger Jahre auch

[282] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 218

gegenteilige Eindrücke. Außerdem war damals das deutsch-deutsche Vertragswerk mit einer festeren Einbindung der DDR in das östliche Bündnis „gegengesichert“, was die Begeisterung insofern gebremst hat.[283]

2.4. FRIEDLICHE KOEXISTENZ

Eva Windmöller relativierte die Bedeutung einer „friedlichen Koexistenz“ für den Ostblock:

> „Friedliche Koexistenz heißt ja für Moskau und also auch für Ost-Berlin nicht Umarmung mit den Kapitalisten. Der Wettkampf der Systeme geht weiter, nur hat die Sowjetunion Strategie und Taktik seit langem geändert und ist bestrebt, unter Verzicht auf gewaltsame Auseinandersetzung durch verstärkten ideologischen Kampf die Weltrevolution voranzutreiben. Agitation ist eine Hauptwaffe in diesem Kampf, auch für den Westen natürlich, und so gesehen, ist die Abgrenzung für die DDR eine Lebensnotwendigkeit. Als jüngstes Land der Ostblockgemeinschaft steht sie noch mitten in dem historischen Experiment, auf den Trümmern jahrhundertealter Gesellschaftsstrukturen die marxistische Ideologie des wissenschaftlichen Sozialismus in die Praxis umzusetzen. Eine gewaltige Maschinerie wurde angeworfen, um den Bürger in seinem Denken und Fühlen von der Richtigkeit des sozialistischen Lebens zu überzeugen.“[284]

Sie betonte hier die Anwesenheit zweier gegensätzlicher Ideologien, die das Leben der Deutschen jenseits der Elbe prägten, trotz des Wandels durch Annäherung. „Hier also stößt Berlin an Berlin, Deutschland an Deutschland, Kapitalismus an Sozialismus, Weltmacht West an Weltmacht Ost“[285]:

> „Zu den Realitäten gehört, dass die westdeutsche Demokratie sich durch den Grundvertrag von 1972 verpflichtet hat, »gutnachbarliche Beziehungen« zu einem Staat zu unterhalten, dessen Ideologie sie ablehnt. […] In der heißen Phase des Bundestagswahlkampfs 1976 wurde die DDR von Politikern der CDU verteufelt wie in den fünfziger Jahren zu Zeiten des kalten Krieges.“[286]

---

[283] Judt, Matthias. *DDR-Geschichte in Dokumente. Beschlüsse, Berichte, interne Materialen und Alltagszeugnisse.* Bonn : Ch.Links, 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, S. 505

[284] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 29
[285] Ebenda S.27
[286] Ebenda, S. 220

Weiter beschrieb sie „eine Art Hassliebe wie zwischen Geschwistern, die sich trotz tiefer Entfremdung zu gut kennen, um neutral miteinander umzugehen“[287].

3. Das Diplomatische Ping-Pong Spiel nach Willy Brandt

3.1. Kurz nach Brandt

Über die erste öffentliche Rede des SPD-Vorsitzenden Brandt nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler berichtete 1974 Peter Jochen Winters:

> „»Herr Honecker mag in der Lage sein, zum Rücktritt des Bundeskanzlers beizutragen, aber niemand sollte ihm gestatten, die Entspannungspolitik im Zentrum Europas zu unterlaufen«. Dieser mit viel Beifall bedachte Satz Willy-Brandts stand nicht in dem 18-Seiten-Manuskript der ersten Rede, die der SPD-Vorsitzende nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler am Wochenende vor rund 2000 SPD-Funktionären in Berlin hielt. Dennoch oder gerade deshalb wirft er ein Schlaglicht auf Motive und innere Verfassung dieses Mannes, der die »Normalisierung« unseres Verhältnisses zu den osteuropäischen Staaten mit Einschluss der DDR als seine historische Aufgabe empfand, der aber letztlich doch an dem scheiterte, was heute noch normal ist zwischen den unterschiedlichen, ja gegensätzlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen in Ost und West.
>
> Willy Brandt »blickte nach den Sternen«, versuchte die große Vision eines friedlichen Nebeneinanders, ja gutnachbarlichen Miteinanders in unserer Zeit Wirklichkeit werden zu lassen, doch er sah die tausend Details des ostpolitischen Alltags nicht - oder wollte sie nicht sehen -, in denen auch hier der Teufel steckt. Er glaubte wohl, auf der anderen Seite Partner zu haben, die - wie er - unbefangen, ohne Misstrauen und ohne Arg nur das große Ziel im Auge hätten und mit denen er im gegenseitigen Vertrauen aufeinander das große Werk gemeinsam bauen könne. Er vertraute, wo Misstrauen am Platz gewesen wäre. Und als er erkannte, dass er sich in den Breschnews und den Honeckers getäuscht hatte, dass sie sein Vertrauen keineswegs erwiderten, da sah er menschlich und politisch nur noch den

[287] Ebenda, S.117

> Ausweg des Rücktritts: einzig auf diese Weise schien ihm noch zu retten zu sein, was er als sein Lebenswerk empfindet.“[288]

Hier wurde Brandt vorgeworfen an einem schon im Voraus verlorenen Kampf teilgenommen zu haben, da die politischen Systeme, die er annähern wollte, sich diametral und gegensätzlich gegenüber standen.

3.2. Die Anerkennung der DDR 1975

Eva Windmöller bewertete die Konsequenzen der Helsinki-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als Auslöser einer Frostperiode, die die SED benutzte, um ihre Abgrenzungstaktik zu stärken:

> „Nach der Helsinki-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im August 1975 setzte nicht etwa Tauwetter ein, sondern das Gegenteil, nämlich eine Frostperiode. Die im »Korb drei« der Schlussakte erhobenen Forderungen nach freizügigem Austausch von Menschen und Ideen erweckten in der DDR-Bevölkerung Hoffnungen von unvorhergesehenem Ausmaß, und die SED hatte in den nächsten Wochen und Monaten allerhand zu tun, die Gefahr einer Entspannungseuphorie durch verstärkte Abgrenzungstaktik in Schach zu halten.“[289]

Lothar Loewe schrieb über die heikle Frage der Souveränität der DDR, beziehungsweise über die Anerkennung der Existenz einer DDR-Staatsangehörigkeit, und stellte die Sichtweise beider Seiten dar:

> „Wir sprachen über die Wirtschaftslage der DDR und über die Stimmung in der Bevölkerung. Für Lamberz[290] gab es an diesem Abend keine Tabus. Ich versuchte ihm zu erklären, wie wichtig es nach meiner Erfahrung in der DDR sei, den Bürgern seines Staates in größerem Umfang als bisher Reisen nach dem Westen zu ermöglichen.

---

[288] Winters, Peter Jochen. *Willy Brandt webt in Berlin an seinem Nachruhm*, in: *FAZ* vom 13. Mai 1974
[289] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 59
[290] Werner Lamberz, Politbüro-Mitglied, Sekretär für Agitation im Zentralkomitee der SED und damit Chefpropagandist der Partei. Cf: Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil III.* in *Der Spiegel*, n°35/1977, 22. August 1977, S. 110

> Ich sagte: »die zentrale Frage in ihrer Bevölkerung ist nicht die Ausreisefrage, sondern das West-Reiseverbot«. Lamberz machte die Lösung dieser Frage vom weiteren Verlauf des Entspannungsprozesse abhängig: »Für uns ist das wichtigste, dass die Bundesrepublik die DDR-Staatsangehörigkeit formell anerkennt«
>
> Mein Hinweis, dass dies nach dem Grundgesetz ohne Verfassungsänderung nicht möglich sei und dass es für einen derartigen Schritt in keiner Partei des Bundestages eine Mehrheit gäbe, ließ er nicht gelten: »Die DDR ist ein souveräner Staat mit mündigen Staatsbürgern. Glauben Sie mir, die deutsche Frage ist nicht mehr offen. Sie in der Bundesrepublik müssen endlich die letzte Konsequenz aus den Realitäten in Mitteleuropa ziehen«.“[291]

Theo Sommer nahm 1986 wieder auf sein Resümee von 1964 Bezug und notierte, dass 1986 sein Resümee kein Jota anders lauten würde:

> „Nach zehn Tagen im Reich der deutschen Kommunisten fällt es schwer zu leugnen, was drüben Realität ist – und sei diese Realität uns auch noch so sehr zuwider. Die DDR existiert, mit und ohne Gänsefüßchen, und sie wird auch weiter existieren. Zwar kann das System wohl nie so gut funktionieren, dass die Bevölkerung wirklich glücklich wird, doch wird es wohl auch nie mehr so schlecht funktionieren, dass sich die Menschen in purer Verzweiflung dagegen auflehnen. Nicht, dass ich die DDR für die Zukunft Deutschlands halte, wie Ulbrichts Propagandisten es auf ihren Plakaten verkünden. Aber ich habe doch das Gefühl, die beiden permanenten Provisorien – Bundesrepublik hüben, Deutsche Demokratische Republik drüben – werden auf einige Zeit Deutschlands Gegenwart bleiben.“[292]

Sehr verwirrend war die Behauptung, dass es „wohl auch nie so schlecht funktionieren [wird], dass sich die Menschen in purer Verzweiflung gegen [den System] auflehnen“. Wie konnte er das behaupten, obwohl er und sein Team im selben Bericht erzählt hatten, wie krank die Wirtschaft der DDR 1986 war?[293] In der Folge seiner Analyse ist es spürbar, dass die Überschätzung des ostdeutschen Systems aus dem Kontrast zwischen 1964 und 1986 stammte:

---

[291] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil III.* in *Der Spiegel*, n°35/1977, 22. August 1977, S.111
[292] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 213
[293] Cf. I.3.4.

„die Wandlungen springen jedem ins Auge. Vieles hat sich gebessert. Der Führung ist nicht nur ihr zukunftsgewisser Größenwahn vergangen, sondern auch ihr gegenwartsverzagter Minderwertigkeitskomplex. Beides hat sie so lange unfähig gemacht zu selbstsicherem und sachlichem Umgang mit den westlichen Nachbarn wie mit dem eigenen Volk. Nicht, dass die kommunistische Ideologie zum bloßen liturgischen Element geworden wäre; sie hat noch immer antreibende und ahndende Funktion. Aber das Herbeten des marxistischen Breviers will nicht viel besagen.“[294]

Der *Zeit*-Redakteur, der bei der ersten Expedition nicht dabei war, sah die DDR dementsprechend mit viel weniger Begeisterung als die anderen:

„Vor allem wirkt das Land bunter, seine Menschen sind fröhlicher geworden (obwohl einer der jüngeren *Zeit*-Reisenden, der die heutigen Zustände nicht aus eigener Anschauung mit den früheren vergleichen kann, rasch zu dem Urteil fand, die DDR mache einen »unfrohen« Eindruck).“[295]

Hier war schade, dass die *Zeit*-Redakteure diese andere Sichtweise in ihren Analysen so wenig genutzt haben. Folglich kann vermutet werden, dass die ganze *Zeit*-Expedition eine Spiegelung der Kontraste in der DDR zwischen 1964 und 1986 darstellte. Die Objektivität der Analyse wurde durch das persönliche Empfinden der Redakteure somit gehemmt.

3.3. Die Verschärfung von 1976

In seinem Bericht legte Lothar Loewe die Worte Willy Stophs vom 1. November 1976 dar:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist an keiner Verschärfung der Situation interessiert, denn dadurch würde nicht nur das Verhältnis zwischen der DDR und der BRD, sondern die internationale Lage insgesamt belastet werden. Alle Schritte seitens der Bundesrepublik Deutschland, die vom Streben nach Frieden und einem

[294] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 213
[295] Ebenda, S. 20

realistischen Verhalten gegenüber der DDR getragen sind, werden bei uns ein positives Echo finden.“[296]

Doch das Klima verschärfte sich unter anderen wegen der Ausbürgerung Biermanns im selben Jahr. Lothar Loewe berichtete:

„Die deutsch-deutschen Beziehungen näherten sich wieder dem Nullpunkt, während sich das innenpolitische Klima in der DDR weiterhin verschlechterte: Eine Welle von Verhaftungen und Verhören traf das Häuflein der Biermann-Sympathisanten.“[297]

„Die Menschen in der DDR verspüren die politische Kursverschärfung ganz deutlich. Die Zahl der Verhaftungen aus politischen Gründen nimmt im ganzen Land zu. Ausreiseanträge von DDR-Bürgern werden immer häufiger in drohender Form abgelehnt. Hier in der DDR weiß jedes Kind, dass die Grenztruppen den strikten Befehl haben, auf Menschen wie auf Hasen zu schießen.“[298]

Die Situation an der Grenze verschärfte sich ganz besonders im Sommer 1976:

„Der italienische Lkw-Fahrer und Kommunist Corghi war von DDR-Grenzern erschossen worden, zwei Bundesgrenzschützer waren jenseits der Demarkationslinie von DDR-Posten gefangengenommen worden; den auf DDR-Gebiet geratenen Bundesbürger Willi Bubbers hatten östliche Grenzwächter nach einem Wortwechsel durch Schüsse verletzt. Die Lage an der deutsch-deutschen Grenze war höchst gefährlich. Bonn protestierte gegen die Schüsse der DDR-Grenzer. Zweifel und Irritationen der DDR-Bürger blieben uns nicht verborgen. Jede Straßenbefragung erwies aufs Neue, wie sehr die deutsch-deutsche Grenze für viele DDR-Bürger noch immer »Thema Nummer eins« war.“[299]

Im September 1976 bei der Leipziger Messe wurde Honecker von Lothar Loewe und seinem Kollege Wiessner über die Schüsse an der Grenze interviewt:

„Wiessner: »Was würden Sie vorschlagen für eine Normalisierung auf diesem Gebiet zwischen den beiden deutschen Staaten?«

---

[296] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil V.* in *Der Spiegel*, n°37/1977, 22. August 1977, S.161
[297] Ebenda, S. 169
[298] Ebenda, S.172
[299] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil IV.* in *Der Spiegel*, n°36/1977, 29. August 1977, S. 130

Honecker: »Die Achtung der Grenzen!«

Ich: »Sehen Sie die Möglichkeit, dass doch eine Situation geschaffen wird, in der Schüsse an der Grenze nicht mehr vorkommen und Menschen nicht mehr zu Schaden kommen?«

Honecker: »Wissen Sie, ich möchte nicht über die Schüsse sprechen. In der Bundesrepublik fallen soviel Schüsse täglich, wöchentlich, monatlich, die möchte ich nicht abzählen«.

Wiessner: »Könnten Sie sich vorstellen, dass man auf beiden Seiten kraft Vereinbarung auf Schüsse verzichtet?«

Honecker: »Das Wichtigste ist, man darf an der Grenze nicht provozieren, und wenn man an der Grenze nicht provoziert, dann wird es ganz normal sein. Es war lange Zeit normal, und es wird auch in Zukunft so sein«.

Eingekeilt zwischen Funktionären der DDR-Führungsspitze und Kollegen brachte ich noch eine Frage an. Honeckers Antwort wurde zwar auch im DDR-Fernsehen gesendet, aber in sämtlichen DDR-Zeitungen unterschlagen. Die Frage lautete: »Herr Honecker, sehen Sie die Möglichkeit, dass in der Frage der Ausreisen von Bürgern der DDR in die Bundesrepublik noch weitere Erleichterungen geschaffen werden?«

Honecker: »Wissen Sie, ich habe die Zahl nicht im Kopf, soweit ich weiß, besuchen gegenwärtig 1,4 Millionen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik jährlich die Bundesrepublik Deutschland. Wenn unsere Devisenlage noch besser wird, werden noch mehr fahren, – und wenn Herr Gaus mehr Zeit hat zum Verhandeln und weniger in Anspruch genommen wird durch Proteste«.

Honecker machte also in seiner Antwort die Frage der Ausreisen in die Bundesrepublik vom Devisenzufluss abhängig.“[300]

[300] Ebenda, S. 132-134

3.5. PROGNOSE

In dem Resümee D*eutschland: nichts Halbes und nichts Ganzes* am Ende des *Zeit*-Berichtes widmete sich Theo Sommer einer Prognose, was die Zukunft des geteilten Deutschlands angeht:

> „Die Linie, die Deutschland seit vierzig Jahren trennt, fällt mit der internationalen Spannungslinie zusammen, die zugleich das wichtigste Ergebnis und das bedeutsamste Überbleibsel des Kalten Krieges ist. So verlockend auch der Gedanke ist, den Händeln der großen Mächte dadurch zu entfliehen, dass sich die beiderlei Deutschen zwischen den Blöcken eine Insel der Seligen schaffen – eine Chance der Verwirklichung hat er nicht, während der Ost-West-Gegensatz fortdauert. Solange der Konflikt anhält, werden die Supermächte schon aus gegenseitigem Argwohn die Entstehung einer Zwischenzone, eines Vakuums in der Mitte nicht zulassen, und ebensolange wird auch die Mehrheit der Deutschen dem Frieden einer riskanten Isolierung in der Europäischen Gemeinschaft werden? Umgekehrt wird ein Schuh draus: Erst muss der Ost-West-Konflikt abflauen, dann lassen sich die Bündnisstrukturen abbauen. Was bis dahin an westeuropäisch-osteuropäisch, auch an westdeutsch-ostdeutscher Annäherung möglich ist, wird sich nicht in großartigen internationalen Akten vollziehen, in Konferenzen und Verträgen, sondern in der lebendigen Begegnungen der Menschen, in der Köpfen also und auf dem Markt. Noch einmal: Zunächst muss die globale Spannung weichen, danach erst kann die deutsche Grenze entschärft werden. Welche Umbauten dies dann im europäischen Haus ermöglichen oder erzwingen wird, lässt sich heute noch nicht einmal in Umrissen erahnen.[301]

Es ist sehr spürbar, wie sehr die Frage der Entspannung verankert war. Sie war nach Meinung Sommers unabdingbar. Keine Entspannung ohne Entschärfung im Vorfeld. Über die Widervereinigung redete er nur mit Vorsicht:

> „Alle Geschichte ist nach vorn offen, auch die deutsche. Dies gilt jedoch in einem gleichsam philosophischen Sinn, nicht unbedingt im politischen Betracht. […] Dass die deutsche Frage auf das Ziel der Wiedervereinigung oder Neuvereinigung hin noch offen ist, kann *eine* Zukunftsmöglichkeit sein, aber sie ist weder die einzige noch die wahrscheinlichste. […] Keiner der sich noch ein Quentchen

[301] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 219

> deutsches Zusammengehörigkeitsgefühl bewahrt hat, wird der staatlichen Einheit der Nation für alle Zeiten abschwören wollen – auch drüben nicht. […] Und wenn nicht die Erinnerung an die gemeinsame Geschichte das Zusammengehörigkeitsgefühl lebendig hielte, so täte es – selbst unter den Jüngeren – der Gedanke an die zerrissenen Familien. […] Und tatsächlich hat Honecker ja 1981 gesagt: »Der Sozialismus klopft eines Tages auch an eure Tür, und wenn der Tag kommt, an dem die Werktätigen der BRD gehen, dann steht die Frage der Vereinigung beider Staaten vollkommen neu. Wie wir uns dann entscheiden, daran dürfte wohl kein Zweifel bestehen«. Aber das war ein gefühliges Bekenntnis, nicht der Ausdruck einer Einheitskampagne.“[302]

Die Wiedervereinigung schien weder der wahrscheinlichste Ausgang zu sein, noch die Priorität:

> „Es muss uns wichtiger sein, die DDR menschlicher und freier zu machen, als sie mit uns zu vereinigen. Die realpolitische Auslegung der Grundgesetzpräambel kann nur lauten: »Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, wenn Einheit und Freiheit Deutschlands nicht zusammen zu haben sind, Zustände herbeizuführen, in denen wir auf die Einheit verzichten könnten.“[303]

[302] Ebenda, S. 221
[303] Ebenda, S. 223

KAPITEL III.

DER ALLTAG IN DER DDR

1. DER LEBENSSTANDARD

1.1. ALLGEMEINES

1986 schrieb Theo Sommer in seinem Bericht, die DDR hätte ihren Rückstand was den Lebensstandard betrifft fast wiedereingeholt. Er beschrieb diesen spektakulären Fortschritt als ein „zweites deutsches Wunder“:

> „Im Vergleich mit dem materiellen Lebensstandard der Bundesrepublik zieht die DDR den kürzeren, kein Zweifel. Sie liegt noch immer zurück. Aber der Abstand beträgt nicht mehr zwölf, fünfzehn Jahre, wie 1964. Vielleicht bemisst er sich heute nur noch auf sechs, acht Jahre. Und wichtiger für die DDR-Bürger ist ohnehin, wie sie bei dem Vergleich ihrer Lage heute mit ihrer Lage damals abschneiden. Da ist die Bilanz eindeutig positiv. Drüben hat sich ein zweites deutsches Wunder vollzogen – ein gedämpftes, gebremstes Wunder, aber dennoch. Und für die siebzehn Millionen Deutschen in der DDR liegt Hoffnung in Honeckers Wort: »Das Erreichte ist noch lange nicht das Erreichbare«.“[304]

Das heißt es existierte ein „wirtschaftlicher“ Abstand von sechs bis acht Jahren anstatt zwölf bis fünfzehn Jahren. Doch im selben Bericht erklärte ein anderen *Zeit*-Redakteur, die DDR hätte keinen Abstand wiedereingeholt, sondern wäre immer weiter zurückgefallen. Im Bereiche der Technik zum Beispiel seien selbst sechs Jahre viel zu viel:

> „Die DDR ist in den vergangenen Jahren technisch vermutlich weiter zurückgefallen. Heute liegt sie etwas vier bis sechs Jahre hinter der Entwicklung der führenden westlichen Industriestaaten zurück – beim Tempo des technischen Wandels ein immenser Abstand.“[305]

Eva Windmöller betonte ihrerseits vor allem die Widrigkeiten des Alltages in der DDR:

---

[304] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 39
[305] Ebenda, S. 87

„Ein Scheißspiel, der Alltag. Allmählich fangen wir an, die Menschen zu bewundern. Mit welchem Gleichmut sie das alles tragen, das frühe Aufstehen, die Hetze, das Schlangenstehen in Läden und Restaurants, den Ärger auf den Ämtern.“[306]

„Erst dachten wir, es sei Zufall, doch es scheint normal zu sein, dass der sozialistische Alltag aus einer Kette von Pannen, Frustrationen und Ungereimtheiten besteht. Das hat mit der Überbürokratisierung einer zentralistisch gelenkten Wirtschaft zu tun, mit der Unbeweglichkeit des Plans, der Drosselung der Privatinitiative, dem Fehlen echter Konkurrenz, dem Arbeitskräftemangel. »Wir vergammeln«, notiere ich […]. »Man kommt zu nichts«.“[307]

„»Unser Stress beginnt nach Feierabend«. Wir spüren in ihrem Verhältnis zu uns Verletzlichkeit und den Stolz, es schwerer zu haben, die Herausforderung des Alltags zu bestehen. »Es erhält natürlich fit«, sagt einer. »Das ist ein Sport, das ist spannend. Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie ich in einer Überflussgesellschaft wie eurer existieren könnte«. Wir sehen ihn zweifelnd an. »Reiner Selbstschutz«, lenkt er ein. »Es gehört schon Idealismus dazu, in unserem Alltag als Sozialist bei der Stange zu bleiben. Aber zu schaffen ist es. Ihr seht’s ja an mir«.“[308]

1.2. ARBEITSBEDINGUNGEN

Eva Windmöller diskutierte das fehlende Streikrecht mit zwei Studenten. Aus deren Perspektive brauchten die Leute in der DDR keine Opposition:

„»Wozu brauchen wir Streik? Wir würden doch nur gegen uns selber streiken. Der Staat sackt die Gewinne doch nicht ein, sondern steckt sie in den Wohnungsbau, ins Gesundheitswesen, in die Subventionen für die niedrigen Mieten, Tarife, Lebensmittel. Je besser wir arbeiten, desto besser geht’s uns allen«. Ob die beiden später im Berufsalltag noch genauso denken werden? Nach unsere Erfahrung jedenfalls ist die marxistische Idealvorstellung, dass die gesellschaftlichen und die persönlichen Interessen im Sozialismus grundsätzlich übereinstimmen, dass folglich der SED-Staat, der ja vorgeblich nur das Glück der Menschen will, mit

[306] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 87
[307] Ebenda, S. 91
[308] Ebenda, S. 99

seinen Bürgern identisch ist, bei der breiten Bevölkerung nicht auf fruchtbaren Boden gefallen.“[309]

Damit wollte Eva Windmöller den eklatanten Bruch zwischen Ideologie und Alltagspraxis betonen. Der Arbeiter in der DDR sei eben so wenig Herr seines Schicksals wie sein Pendant in der Bundesrepublik:

„Was er ihm voraus hat, ist neben der sozialen Sicherheit das Arbeitsklima in den Kollektiven, in denen mehr Kameradschaft und Zusammenhalt herrschen als unter westdeutschen Belegschaftsmitgliedern. Ein Streikrecht hat er nicht. Noch schuftet er länger und für niedrigeren Lohn als der Arbeiter in der Bundesrepublik.“[310]

1.3. WOHNEN

Was den Wohnungsbau angeht, ähneln sich die Berichte der Korrespondenten. Die Schlagwörter lauten „Massenwohnungsbau“, „Wohnblocks am Fließband“ oder „Großblockmontage-Bauweise“. Die Journalisten waren alle erstaunt und berichteten über ihre persönlichen Eindrücke, was dieses Wohnungsbausystem betrifft. Eva Windmöller lehnte sich gegen die Ärmlichkeit des Lebens in diesen Umständen auf:

„Schon allein das Leben im sozialistischen Massenwohnungsbau ist ein Hammer, der einen erschlagen kann. Uniformität ist der Preis der schnellen, rentablen, bis zum letzten durchrationalisierten Montagebauweise.“[311]

Sie betonte den Wohnungsmangel und den Mangel an Kaufkraft mit einem eindrucksvollen Beispiel:

„Frauen leben jahrelang mit Freund und Ex-Mann in der gleichen Wohnung, keiner ist in der Lage, auszuziehen.“[312]

Lothar Loewe beschrieb seine Eindrücke in einem Bericht über die architektonische Neugestaltung der DDR-Hauptstadt:

„Wohnblocks am Fließband. Das größte Neubauvorhaben Ost-Berlins befindet sich im Nordosten, am Weißenseer Weg in Lichtenberg. In zweieinhalb Jahren aus

[309] Ebenda, S. 118
[310] Ebenda, S. 210-211
[311] Ebenda, S. 86
[312] Ebenda, S. 89

> dem Boden gestampft. 50000 Menschen in 15730 Neubauwohnungen. Durchschnittsgröße einer Wohnung 58 Quadratmeter. […] Für die meisten, die hier wohnen, ist der Traum von den eigenen vier Wänden endlich in Erfüllung gegangen. Die Nervenkrisen kommen später.“[313]

Wiederum wurde der Bruch zwischen Ideologie und Alltagspraxis deutlich herausgestellt. Peter Jochen Winters betonte seinerseits, wie der Wohnungsbau förmlich „hingeschludert“ war:

> „Möglichst schnell möglichst viele Wohnungen zu errichten, das war damals auch in Ost-Berlin das Hauptziel des Wiederaufbaus. So vernachlässigte man jahrelang die Instandsetzung und Erhaltung derjenigen Wohnungen, die den Krieg überstanden hatten. Saniert wurde vor allem mit der Spitzhacke. Ganze Straßenzüge wurden abgerissen und an die Stelle der alten Häuser schnell hochgezogene, qualitativ minderwertige Wohnblocks gesetzt. […] Diese Bauweise, die in den folgenden Jahren noch perfektioniert wurde, prägte das Ost-Berliner Stadtbild immer mehr: monotone Wohnsilos, Massenquartiere, genormte und typisierte Wohnwaben ohne Individualität und Charakter.“[314]

Rudolf Walter Leonhardt für die *Zeit* betonte 1986 immer noch denselben Mangel:

> „Einen riesigen Nachholbedarf gibt es noch im Wohnungsbau. Da bröckelt der Putz von baufälligen Fassaden; da fehlt es an Toiletten und Badezimmern; da finden sich viele noch zusammengepfercht in den Silos der sechziger Jahre, aus groben grauen Betonplatten zusammengeschustert, mit denen verglichen ein westdeutscher Wohnblock wie Hamburg-Mümmelmannsberg geradezu luxuriös wirkt. Aber das Problem ist erkannt: Wohnungsbau hat in allen Bezirken der DDR erste Priorität.“[315]

Im selben Bericht fügte Theo Sommer die Reaktion der Regierung hinzu:

> „Die SED weiß das. So verlangt denn die Parteitags-Direktive zum Fünfjahresplan 1986-90 bessere Ausstattung, moderneren Wohnkomfort, »hochmodische Sortimente«. Das Regime kennt seine Schwächen und verspricht Besserung. […]

---

[313] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil II.* in *Der Spiegel*, n°34/1977, 15. August 1977, S. 114
[314] Winters, Peter Jochen. *Stalinallee, Staatsoper, Hotel Stadt Berlin: Der Wiederaufbau in Ost-Berlin*, in: *FAZ* vom 18. September 1981, S. 11
[315] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 45

> Die Menschen hören's gern und warten ab, was daraus wird. Sogar ganz wohlgemut; auf anderen Gebieten haben sie ja erlebt, dass die Partei ihre Versprechen einlöst. Das gilt zumal für den Wohnungsbau. […] Es gibt noch graue Dörfer, trostlose Stadtviertel. Aber sie setzen nicht länger die dominierenden Akzente. Überall haben die Ortschaften dicke Wachstumsringe angesetzt, sind große Wohnsiedlungen entstanden – anfangs in recht einfallsloser Architektur, neuerdings indes auch immer öfter in eindrucksvoller baulicher und städteplanerischer Gestaltung. Allenthalben wird rekonstruiert, modernisiert, saniert. Die Zeit des besinnungslosen und bedenkenlosen Niederreißens ist lange her. Zwar hilft auch heute noch manchmal nur die Abrissbirne, doch wo es irgend geht, wird liebevoll restauriert – und nicht nur in Berlin."[316]

Was die Miete angeht gibt es keinen bemerkenswerten Unterschied zwischen dem was 1976 von Eva Windmöller und 1986 von Theo Sommer dargestellt wurde. Die Mieten bleiben niedrig.

> „Familie Krüger, Ost-Berlin, 3 Zimmer für 109,75 Mark. Ulrich Breuer mit Ehefrau in seiner zweieinhalb-Zimmer-Teileigentumswohnung, 57 Mark."[317]

> „49 bis 69 Mark für eine Zweizimmerwohnung mit Fernheizung; durchschnittlich nicht mehr als vier Prozent vom Nettoeinkommen."[318]

1.4. FREIZEIT

Betont wurde in den Berichten von Theo Sommer und Eva Windmöller, wie die Rückkehr in die Privatsphäre in der DDR wichtig war:

> „Die Menschen drüben genießen denn, wo sie schon die große Freiheit nicht haben, die kleinen Freiheiten, die ihnen ihr Staat gewährt. […] Die private Sphäre dient wieder einmal als Zufluchtsstätte, in die man sich vor dem Zugriff der Politik rettet, die Intimsphäre desgleichen**.** Auch Bildung und Ausbildung bieten eine Zuflucht. Günter Gaus hat dafür den Begriff »Nischengesellschaft« geprägt. Die Nische – das ist in seiner Definition »der bevorzugte Platz der Menschen, drüben, an dem sie Politiker, Planer, Propagandisten, das Kollektiv, das große

[316] Ebenda, S. 25
[317] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 149
[318] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 34

> Ziel, das kulturelle Erbe – an dem sie das alles einen guten Mann sein lassen… und mit der Familie und unter Freunden die Topfblumen gießen, das Automobil waschen, Skat spielen, Gespräche führen, Feste feiern. Und überlegen, mit wessen Hilfe man Fehlendes besorgen, organisieren kann, damit die Nische noch wohnlicher wird«. Es ist nicht anders als bei uns; warum sollte es auch. Eine gewisse Staatsferne prägt das Leben in den Nischen schon, aber sie existieren innerhalb des Sozialismus, nicht außerhalb des Sozialismus. Es handelt sich nicht um Brutstätten der Opposition. Die Partei, die gesellschaftlichen Organisationen und die Betriebe tun sogar viel, um den Menschen das Nischendasein überhaupt erst zu ermöglichen. […] Die liebste Nische ist den Menschen drüben jedoch die eigene »Datsche«. Das kann ein Schrebergarten sein mit Laube, eine alte Kate auf dem Lande oder eine Hütte im Forst.“[319]

Eva Windmöller beschrieb das einfache Glück, getrennt von dem Materiellen:

> „Sie haben mehr Talent, mit wenig Mitteln etwas Erfreuliches zu improvisieren. An den Wochenenden ziehen sie ins Grüne oder ans Wasser, breiten Decken zum Picknick aus, sitzen und reden. Kleine Gärtchen sind das große Hobby. Aus der alles durchdringenden Politik ziehen sich die Leute privat in eine Idylle zurück, die so liebevoll im Westen nicht gepflegt wird.“[320]

Sie begleitete ihre Worte mit Fotos ihres Mannes Thomas Höpker: gemütliche Familienszenen, die „Flucht aus dem politisierten Alltag in die private Idylle“.[321] In einem ganzen Kapitel ihres Buch, das *Die Idylle ist noch ist noch unzerstört*[322] heißt, beschrieb sie die DDR wie ein Land, in dem alles intakt geblieben ist, denn dort „war noch nicht Amerika“[323]. Eine spürbare Nostalgie entstand aus diesem Kapitel, das dem westdeutschen Besucher versprach, er werde die Gefühle seiner Kindheit dort wieder spüren. Dazu folgen zehn Fotos, unter anderen eines Seebads „wie zu Großvaters Zeiten“: „Keine Betonhochhäuser zerstören das Bild der Küste wie bei den westlichen Stränden, dafür sind Hotels und Gaststätten knapp.“[324]

Was die Freizeit angeht wurde ein zweiter Aspekt in den Berichten von *Stern* und *FAZ* hervorgehoben: die merkwürdige Leere, die abends in der DDR herrschte:

---

[319] Ebenda, S. 36
[320] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 93
[321] Ebenda, in den Fotos in der Mitte des Buchs
[322] Ebenda, S. 68-85
[323] Ebenda, S. 69
[324] Ebenda, S. 75

„Das Lebensgefühl einer Arbeitsgesellschaft überträgt sich auf uns. Die merkwürdige Leere nach Feierabend schlägt uns in allen Städten, die wir besuchen, aufs Gemüt. Wir vermissen Straßencafés, Boutiquen, Galerien, Diskotheken, Betrieb. Engpässe im Dienstleistungsgewerbe machen relativ einfache Dinge wie Reisen, Tanken, Essengehen, ein Taxi bestellen, im Hotel Übernachten zu komplizierten Unternehmungen. Kaum glaublich, wie oft Restaurants wegen Renovierung, Krankheit, Urlaub, Inventur, geschlossene Gesellschaft, Ruhetag, Betriebsferien oder Personalmangel den Gast abweisen.“[325]

„Das Komische ist, trotz dieser imponierenden Einladungsgebärde wirkt dieser Brennpunkt der Republik, des Abends vor allem, leblos und leer. Ein öffentliches Glück wird zelebriert, das nicht stattfindet. Das Land ist tot, hat Biermann gesungen, geschrien, geklagt. So weit will ich nicht gehen. Wir sind eine Woche lang um zehn Uhr abends über diesen neuen Alexanderplatz gelaufen. Wir kamen meist aus dem Theater, wollten zurück ins Interhotel, das gleich hinter dem Turm liegt. Kein Pärchen flanierte, kein Hund war zu sehen: menschenleer. Manchmal ein Betrunkener, der ganz rechts an den Passagen vorbeitorkelte. Es sind fast bewusstlose Wracks, die man - pardon - nur besoffen nennen kann. Schon um Mitternacht, wo es am Kurfürstendamm ziemlich verrückt tobt, ist der Alexanderplatz ausgestorben, eine Mondlandschaft, über die von Zeit zu Zeit Polizisten patrouillieren, immer mit Sprechfunk und Schusswaffen, manchmal auch von Hunden begleitet. Wo glimmt hier ein Funke? Wo ist hier wer aus der Reihe getanzt? In welcher Diskothek wurde was gesagt? Immerhin hat es hier am Alexanderplatz schon einige Tote und die Rufe: Russen raus! gegeben. Auch von Hakenkreuzschmierereien ist die Republik nicht so frei, wie sie tut. Man braucht sich trotzdem nicht zu sorgen: Magst ruhig sein, lieb Vaterland, sozialistisch. Wenn hier was glimmt, sie werden es eisern austreten. Da bleibt dann kein Auge trocken. Ich sah es einmal am S-Bahnhof Jannowitzbrücke. Die schlagen zu, dass es nur so kracht in den Knochen.“[326]

Damit zeigte Horst Krüger, dass Ruhe abends nicht unbedingt Gewaltfreiheit bedeutete. Dies kontrastiert mit der im ersten Kapitel dieser Arbeit erwähnten „Guten Sicherheit“, von Eva Windmöller und Theo Sommer vorgebracht, die als positive Nebenerscheinung

[325] Ebenda, S. 93
[326] Krüger, Horst. *Ein deutsches Wiedersehen*, in: FAZ vom 13. Januar 1979

der starken Anwesenheit der Polizei beschrieben wurde. Die Frage der Entnazifizierung wird hier auch erwähnt. Die DDR war nämlich sehr stolz darauf, dass die Entnazifizierung bei ihr effizienter gewesen wäre als im Westen. In seinem Bericht behauptete Horst Krüger, die DDR sei nicht so frei von Nazis, wie sie es behauptete, was auch zutraf. Nach dem Fall der Mauer wurden Ex-Nazis in führenden Stellen der SED entdeckt. Unter anderen saßen vierzehn ehemalige Mitglieder der Nazi-Partei im SED-Zentralkomitee[327].

Über das kulturelle Angebot in der DDR berichtete Eva Windmöller:

> „Es wirkt sich aus, dass der Staat den Bürger seit drei Jahrzehnten dazu erzieht, Kultur höher einzuschätzen als Konsum. Das kulturelle Angebot ist groß, und das Volk macht davon Gebrauch, zum Teil organisiert, aber auch aus eigener Initiative. […] ungezählte Zirkel, Arbeitsgemeinschaften und Klubs, in denen sich jedermann kostenlos in seiner Freizeit künstlerisch betätigen kann.“[328]

Kultur höher einzuschätzen als Konsum klang interessant, war in der Lage der DDR, deren Bürgern es an Kaufkraft mangelte, sogar ein guter Kompromiss. Doch genau wie die Leute sich in der Privatsphäre aus dem politisierten Diskus zurückzogen, existierte dies auch in der Kultur, im Sinne einer „kulturellen Nische“: die Entwicklung einer Alternativkultur, die von den etablierten Strukturen abwich.[329]

1.5. KAUFKRAFT

Eva Windmöller und Theo Sommer betonten in ihren Berichten, wie die Grundnahrungsmittel wirklich billiger waren im Vergleich zu Westberliner Supermarktpreisen. Doch dafür gab es keine Auswahl und Produkte wie Kaffee, Wein, Zigaretten, Textilien, Möbel, Haushaltsgeräte und das Angebot der Rundfunk-, Fernseh- und Phonoindustrie waren unverhältnismäßig teuer[330]. „Der große unsubventionierte Rest ist teuer“, sagte Theo Sommer. Im Endeeffekt verfügten DDR-Bürger nur über halb so viel Kaufkraft wie in West-Deutschland, schätzte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung[331]. Die Preise für Grundnahrungsmittel, die Eva Windmöller als

---

[327] Fuhrer, Armin. *SED: die Große Mutter der kleinen Nazis*, in: Focus-Online vom 8. Mai 2010
[328] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 94
[329] Judt, Matthias. *DDR-Geschichte in Dokumente. Beschlüsse, Berichte, interne Materialen und Alltagszeugnisse.* Bonn : Ch.Links, 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, S. 305
[330] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 88-89
[331] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 89

billiger bezeichnete als in der Bundesrepublik, waren außerdem während einem Vierteljahrhundert nicht erhöht worden, dank der Subventionen des Staates, so Theo Sommer:

> „Der Staat schießt dem Lebensunterhalt seiner Bürger jährlich 24 Milliarden Mark an Subventionen zu. »Wenn Sie bei uns in der Kaufhalle für 100 Mark einkaufen, dann legt die Regierung 30 Mark dazu«, erklärte ein Gesprächspartner.“[332]

Die umfassende Subvention von Preisen stellte ein wichtiges Prinzip der Verteilungspolitik dar. Gestützt wurden nicht nur Grundnahrungsmittel, sondern auch Mieten, Kinderkleidungen, Kindertagesstätten, öffentliche Verkehrsmittel, Urlaubseinrichtungen, Dienstleistungen sowie das Taxifahren.[333]
Was den Mangel betrifft bemerkte Theo Sommer ironisch:

> „An Lebensmitteln herrscht für jemanden, der so gut wie ich auf Bananen verzichten kann, kein Mangel, solange der Verteilungsapparat funktioniert. Manchmal klemmt er, wie die Fahrstühle in den älteren Hotels, zum Beispiel im geliebten Weimarer »Elephant«.“[334]

Aber das zentralistische Verteilungssystem bewirkte, dass die Möglichkeiten zur selbstbestimmten Auswahl von Gütern sehr begrenzt waren. Diese Situation machte aus der DDR eine „Mangelgesellschaft“, in der verschiedene Etappen zu unterscheiden sind[335]. Die fünfziger Jahre waren aufgrund der Abwesenheit des Marshallplans und der hohen Reparationslasten gegenüber der Sowjetunion mit erheblichen Entbehrungen verbunden. Seit dem Beginn der siebziger Jahre entspannte sich hingegen die Versorgungssituation durch das sozialpolitische Programm der SED[336]. Das Gefühl der Unzufriedenheit mit dem Waren- und Dienstleistungsangebot stieg jedoch gerade weil sich der Lebensstandard verbessert hatte. Der Mangel wurde von den Bürgern mit Humor genommen: „Warum kostet eine S-Bahn-Fahrkarte bei uns zwanzig Pfennig und im Westen zwei Mark? Bei uns musst du zehnmal fahren, um etwas zu kriegen.“[337]

---

[332] Ebenda, S. 34
[333] Gesicherter Mangel für alle: Die materielle »Gleichstellung« der DDR-Bürger, in: Judt, Matthias. *DDR-Geschichte in Dokumente. Beschlüsse, Berichte, interne Materialen und Alltagszeugnisse.* Bonn : Ch.Links, 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, S. 170
[334] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 45
[335] Judt, Matthias. *DDR-Geschichte in Dokumente. Beschlüsse, Berichte, interne Materialen und Alltagszeugnisse.* Bonn : Ch.Links, 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, S. 170
[336] Ebenda, S. 194, Dokument G25
[337] Ebenda, S. 198, Dokument G34

2. MENSCHEN

2.1. KONFORMISMUS

In dem Bericht von Eva Windmöller wurde besonders stark betont, wie der Mensch in der DDR als konform angepasster Bürger aussah. „Es gibt keine tollen Mädchen, keine verrückten Leute, keine Skurrilität. Alles ist artiges Mittelmaß, und das ist für einen Fotografen das Schwerste“[338], bedauerte Evas Manns Thomas Höpker. Sie ihrerseits denunzierte die „schweigende Anpassung“[339], die „lähmende Bravheit“[340] die in der DDR herrschte. „Warum müssen die Menschen im Sozialismus immer so aussehen, als kämen sie eben von der Arbeit?“[341]. Sie erklärte das mit der Kollektiv-Erziehung, die eine zentrale Kategorie im Gesellschaftsmodell der DDR war:

> „30 Jahre Kollektiv-Erziehung haben im sozialistischen Deutschland den Typ des angepassten Bürgers hervorgebracht, dessen Arbeit und Leistung auf das Gemeinwohl bezogen werden, für persönlichen Ehrgeiz ist da wenig Spielraum. […] In der DDR hat sich eine nivellierte Gesellschaft herausgebildet, die so viele vernünftige Menschen hervorbringt und so wenig Originale.“[342]

Der „neue Mensch“ in der DDR sollte nämlich als Angehöriger eines Kollektivs frei von Eigennutz seine „Fähigkeiten allseitig entfalten“ und ganz „in den Dienst des Sozialismus stellen“[343]. Um die „gemeinschaftliche Erziehung zum neuen Menschen“ zu erreichen wurde für die Bürger vieles geregelt, Spielräume für eigene Initiativen und persönliche Strategien systematisch beschränkt. Erst seit der Mitte der siebziger Jahre erweiterten das gestiegene Lebensniveau und die relative Normalisierung der Ost-West-Beziehungen die Möglichkeiten, individuelle Lebensvorstellungen zu entwickeln.[344] Deshalb merkte Theo Sommer 1986: „Vor allem wirkt das Land bunter, seine Menschen sind fröhlicher geworden“[345].

---

[338] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 62
[339] Ebenda, S. 140
[340] Ebenda
[341] Ebenda, S. 145
[342] Ebenda, S. 145-146
[343] *Leben in der Familie und im »Kollektiv«*, in: Judt, Matthias. *DDR-Geschichte in Dokumente. Beschlüsse, Berichte, interne Materialen und Alltagszeugnisse.* Bonn : Ch.Links, 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, S. 171
[344] Ebenda, S. 172
[345] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 20

2.2. KINDER/ JUGEND

Um diesen Konformismus zu erreichen war das Leben eines DDR-Bürgers schon im frühen Alter ganz genau geregelt, berichtete Eva Windmöller in ihrem Kapitel *Jugend in der DDR: Erziehung zum Hass, Freude am Beat.* Mit 9 Monaten wurde das Kind in die Krippe gebracht, mit 3 in den Kindergarten, wo es sich an das Spiel in der Gruppe gewöhnte. Mit 6 kam es in die Schule, da wurde es Thälmannpionier[346]. Mit 14 bei der Jugendweihe[347] erlernte es die Liebe zum sozialistischen Vaterland, den glühendes Hass auf den Klassenfeind [348] . Dann konnte es FDJ- Mitglied werden, und endlich Gruppenpionierleiter. Damit kritisierte Eva Windmöller die Gehirnwäsche, der Kinder die in der DDR unterzogen wurden:

> „Im Ganzen sind sie – wieder die Kehrseite der Medaille – sicherlich weniger labil oder gefährdet als ihre freier aufwachsenden Altersgenossen im Westen. Die Gemeinschaftserziehung bietet ihnen wenig individuelle Entfaltung, dafür Zusammenhalt und eine gewisse Geborgenheit. Feste Regeln und Verbote engen ihr Leben ein, erleichtern aber auch die Orientierung. Gelegenheit zum Ausflippen gibt es so gut wie keine. Ist das schlechter? Damit die Jugendlichen nicht »mit dem Transistor an der Straßenecke stehen« - für Kulturfunktionäre ein Horrorbild –, wird eine Vielzahl außerschulischer (kostenloser) Arbeitsgemeinschaften und Zirkel angeboten.“[349]

Die Jugend in der DDR sollte nämlich für den Aufbau des Sozialismus ideologisch gewonnen und aktiviert werden. Dieses Ziel wurde durch Bildung und „Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit“ verfolgt. Dazu diente, außer der Schule, die FDJ und die 1948 gegründete Pionierorganisation „Ernst Thälmann“.

> „Die Freie Deutsche Jugend erzieht die Jugend im Geiste des Fortschritts, der Liebe und Treue zur Deutschen Demokratischen Republik und der brüderlichen Verbundenheit mit den demokratischen Kräften der ganzen Welt. Sie kämpft in den Reihen der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands und anerkennt die führende Rolle der Arbeiterklasse und der großen Sozialistischen

[346] Pionierorganisation »Ernst Thälmann«
[347] Zeremonie für die Integration der Jugendliche in der Gesellschaft
[348] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 100
[349] Ebenda, S.139

> Einheitspartei Deutschlands auf allen Gebieten des demokratischen Aufbaus in der DDR“[350],

heißt es in der Verfassung der FDJ. Diese „kollektiv“ geprägte Erlebniswelt von Kindern und Jugendlichen beeinflusste sie zweifellos ideologisch. Doch dies verhinderte nicht, dass die Jugendlichen sich trotzdem über das politischen System in der Bundesrepublik informierten. Die *FAZ* berichtete:

> „Die jungen Leute aus der DDR haben von der Bundesrepublik Vorstellungen, die der Wirklichkeit nahe kommen. Keiner, der nicht regelmäßig die westlichen Fernsehprogramme einschaltete. »Gefördert wird das bei uns natürlich nicht. Aber der Ausbilder im Betrieb hat uns manchmal schon empfohlen, politische Sendungen anzusehen«. Es ist offensichtlich, dass das auch zu Verzerrungen führt; an die hiesige Pressefreiheit hat keiner der Besucher geglaubt. Wenn so viel Schlechtes schon im Fernsehen gezeigt wird, müsste die Wirklichkeit doch noch schlimmer sein.“[351]

2.3. FRAUEN

Frauen waren „das Beste an der DDR“, so Eva Windmöller. Sie wurden als Superheldinnen dargestellt:

> „Sie wollen alles auf einmal: Mann und Kinder und Beruf und Haushalt und Erfolg und Glück, […] alles unter einen Hut zu bringen. Sie explodieren, wenn’s mal wieder nicht funktioniert, aber nie hören wir auch nur eine von ihnen jammern, wie ihre westdeutschen Schwestern das so häufig tun.“[352]

Die ostdeutsche Frau „repariert den kaputten Staubsauger oder das defekte Bügeleisen eben selbst, und meist mit positivem Ausgang“[353]. Eva Windmöller erklärte, dass das Selbstbewusstsein der DDR-Frauen eine Menge mit der Gleichberechtigung zu tun hatte. Das Recht auf „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ wurde den Frauen in der DDR zusammen mit dem „Recht auf gleiche Bildung“ und den „gleichen Rechten in der

---

[350] Die Verfassung der FDJ von 1952, in: Judt, Matthias. *DDR-Geschichte in Dokumente. Beschlüsse, Berichte, interne Materialen und Alltagszeugnisse.* Bonn : Ch.Links, 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, S. 64, Dokument P23

[351] Reißmüller, Johann Georg. *Auf den höchsten Plätzen der Macht: Karrieren im Ostblock*, in: *FAZ* vom 11. Dezember 1982

[352] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 192

[353] Ebenda, S. 193

Familie“ bereits in der ersten Verfassung von 1949 garantiert (in der Bundesrepublik wurde ein entsprechendes Gesetz erst 1957 verabschiedet). Die Befreiung der Frau von tradierten Zwängen wäre im sozialistischen Deutschland um vieles selbstverständlicher als in der Bundesrepublik, behauptete die Stern-Journalistin. Die Mädchen in der DDR lernten Berufe kennen, die keineswegs „typisch weiblich“ waren.[354]

> „Die »Nur«-Hausfrau gilt als gesellschaftlich rückständig. […] Die aktive Mitarbeit der Frau im Arbeitsprozess und im öffentlichen Leben gilt in der DDR als ideologisch notwendig.“[355]

Dies erklärte Eva Windmöller nicht mit einer besonders gelungene Emanzipation der Frauen in der DDR, sondern mit dem chronischen Arbeitskräftemangel, der in der DDR herrschte:

> „»Ohne Heranziehung der Frauen« sei der Aufbau des Sozialismus undenkbar. […] Bei ihrem chronischen Arbeitskräftemangel kann die Wirtschaft auf keine »menschliche Produktivität« verzichten. Frauen können sich es einfach nicht leisten, zuhause zu bleiben, vor allem, wenn Kinder da sind und Ansprüche stellen.“[356]

Doch Marlies Menge für die *Zeit* berief sich 1986 auf die Meinung einer DDR-Bürgerin, die das Gegenteil behauptete:

> „»Es ist ein altes Argument des Westens, dass wir für die Frauen nur so viel getan haben, weil wir sie für die Produktion brauchten«. Das ärgert die Frauenprofessorin immer noch.“[357]

Eigentlich stimmten beide Sichtweisen. Die offizielle Frauenpolitik in der DDR beruhte auf traditionellen Vorstellungen in der Arbeiterbewegung von einer Gleichbehandlung der Geschlechter in einer sozialistischen Gesellschaft. Gleichzeitig erwuchs sie aus der Notwendigkeit, alle erwerbsfähigen Bürger aufgrund des dauernden Mangels an Arbeitskräften in den Produktionsprozess einzubeziehen. Die Frauen der DDR hatten diese Möglichkeiten und Herausforderungen als Chance genutzt.[358] Dennoch nahmen sie

---

[354] Ebenda, S. 194
[355] Ebenda
[356] Ebenda, S. 194-195
[357] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 184
[358] Judt, Matthias. *DDR-Geschichte in Dokumente. Beschlüsse, Berichte, interne Materialen und Alltagszeugnisse.* Bonn : Ch.Links, 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, S. 173-174

innerhalb der Berufsstruktur eher untere Positionen und Arbeitsplätze mit geringerem Prestige ein, darüber waren Eva Windmöller, Nina Grunenberg (Mitgliederin der *Zeit*-Expedition) und Marlies Menge sich einig:

> „Bei allen schönen Siegen auf dem Felde der Gleichberechtigung: […] im Arbeiter- und Bauernstaat müssen sich die Frauen wie altersher in einer Gesellschaft behaupten, die von Männern für Männer gemacht ist. Wo es um wirkliche Macht geht, um Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft, stehen die Frauen zurück.“[359]

> „Die Frauen in der DDR haben es weit gebracht, aber in »Leiterpositionen« haben wir sie dort auch nicht getroffen.“[360]

> „Die Gesprächspartner auf unsere Reise waren meist Männer. Frauen gossen den Kaffee ein, servierten das Essen. Wir redeten vor allem mit Politbüromitgliedern, Bezirksparteisekretären, Generaldirektoren, Ministern. In solchen hohen Rängen sind Frauen selten. Im Politbüro, dem wichtigsten DDR-Gremium, ist nicht eine einzige vertreten. Inge Lange und Margarete Müller sind seit dem VIII. Parteitag, also seit 1971, Kandidatinnen, werden aber wohl in Rente gehen, ohne vorher das Ziel der Klasse zu erreichen. Wer hoch hinaus will, ist auch in der DDR besser ein Mann.“[361]

Außerdem wurde die Berufstätigkeit in Eva Windmöllers Bericht als „alles andere als ein Mittel der Selbstverwirklichung“ bezeichnet, nämlich eine Plackerei[362]:

> „Nun bedeutet Berufstätigkeit ja noch keine Emanzipation, auch nicht im sozialistischen Deutschland. Von dem marxistischen Idealzustand, dass der Mensch sich in der Arbeit schöpferisch entfalte, sind gerade die Angehörigen der herrschenden Klasse, nämlich die Produktionsarbeiterinnen, weit entfernt.“[363]

Da die Maßnahmen, die in der DDR für Frauen eingeleitet wurden, letztendlich durch Entscheidungen von Männern zu Stande kamen, ergaben sich daraus Schwierigkeiten beim Emanzipationsprozess. Maßnahmen wie die Reduzierung der Arbeitszeit für

---

[359] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 205
[360] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 47
[361] Ebenda, S. 183
[362] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 197
[363] Ebenda, S. 195

berufstätige Frauen nach den Geburten der Kinder erschwerten zum Beispiel die wirklichen Gleichstellungsprozesse im Alltag und im Beruf[364]. Damit wurden Frauen für bestimmte Seiten des familiären Lebens verantwortlich gemacht. Darüber berichteten die hier vorgestellten Berichte nicht. Sie betonten eher alle Vorteile, die diese Politik brachte:

> „In Deutschland-Ost wird vom Staat eine ganze Menge mehr für die Frauen getan als in Deutschland-West. […] [DDR-Frauen] rechnen es ihrem Staat hoch an, dass es mit ihrer Eigenverantwortlichkeit ernst nimmt und ihnen 1972 trotz sinkender Geburtenzahlen das gesetzlich verbriefte Recht zusicherte, in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft über einen (kostenlosen) Abbruch selbst zu entscheiden. […] Durch sozialpolitischen Beschluss vom 27. Mai 1976 wurde der Schwangerschafts- und Wochenurlaub auf ein halbe Jahr bei Zahlung des vollen Nettodurchschnittsverdienstes verlängert. Berufstätige Mütter können überdies vom zweiten Kind an ein Jahr zuhause bleiben, sie bekommen Krankengeld von mindestens 300 Mark im Monat, der Arbeitsplatz bleibt ihnen erhalten.“[365]

2.4. Beziehungen BRD-Journalisten mit DDR-Bürgern

Bei der Fußballweltmeisterschaft im Sommer 1974 berichtete Lothar Loewe, wie die DDR-Bürger sich als Helfer für die BRD-Journalisten anboten:

> „Neugierige und Hilfsbereite waren zusammengeströmt. […] Als ich kurz vor 21 Uhr mit meiner Reportage begann, war ich von etwa 30 bis 40 DDR-Bürger umringt. Ich nahm das Mikrophon und begann meine erste Straßenreportage aus der DDR. »Hier, vom Ost-Berliner Alexanderpatz aus, sind es eigentlich nur 30 S-Bahn Minuten bis zum Olympia-Stadion im Westen Berlins. Hier in Ost-Berlin gibt es sicher zehntausende von Fußballfreunden, die liebend gerne wie früher einfach mit der S-Bahn ins Olympia-Stadion fahren würden, um ihre Mannschaft gegen Chile spielen zu sehen. […] «. Da hörte ich hinter meinem Rücken eine ärgerliche Stimme: »Was quatschen Sie von dieser S-Bahn, Sie vergessen wohl unsere Staatsgrenze und dass wir ein souveräner Staat sind!«. Es war die Stimme eines […] überzeugten SED-Genossen. Er führte sich so laut auf, dass ich meinen Bericht unterbrach und ihn bat, ans Mikrophon zu kommen und seine Meinung zu

[364] *Geschlechterpolitik im Wandel*, in: Judt, Matthias. *DDR-Geschichte in Dokumente. Beschlüsse, Berichte, interne Materialen und Alltagszeugnisse.* Bonn : Ch.Links, 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, S. 176
[365] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 197, 201

sagen. Doch die anderen Zuhörer verdrängten ihn rasch, er tauchte in der Menge wieder unter. Ich beendete meine Vier-Minuten-Reportage und hielt den Umstehenden mein Mikrophon hin: Jeder sollte sagen, auf wen er als neuen Fußball-Weltmeister tippe. Zu meiner Verblüffung gab es nicht einen einzigen, der die DDR-Mannschaft nannte. Fast alle sagten den Sieg der „BRD-Mannschaft" voraus. Straßenbefragungen, vom Regime unkontrolliert und doch zugelassen – das war unsere Chance, der Realität DDR näherzukommen. Ich […] fuhr kreuz und quer durch die DDR, immer auf der Suche nach einer Story, nach Menschen, die uns etwas über ihren Staat erzählen konnten. […] Wir ließen keinen Bezirk der DDR aus, vor unseren Kameras und Mikrophonen entfaltete sich ein Stück Leben des Arbeiter-und-Bauern-Staates mit all seinen Hoffnungen, Errungenschaften, Enttäuschungen, Sorgen und Ängsten."[366]

Der Kontakt mit DDR-Bürgern war schwieriger für Eva Windmöller. Sie beklagte zu viel Misstrauen seitens der DDR-Bürger:

„Das Gespräch steuert sofort ins tiefe Gewässer hinein und kreuzt durch alle Klimazonen zwischen Misstrauen, Zweifel, Höflichkeit, Erkennen, Offenheit, Werben, Gegensatz und Kälte. Nirgends auf der Welt habe ich bei raschen Bekanntschaften solche Wechselbäder erlebt wie in der DDR."[367]

2.5. VÖLKER DES OSTENS

Peter Jochen Winters bemerkte eine Fremdenfeindlichkeit in der DDR vor allem gegen Russen. Er berichtete:

„Dreißig Jahre offiziell betriebene deutsch-sowjetische Freundschaft und die Anwesenheit von rund vierhunderttausend sowjetischen Soldaten in der DDR haben nicht vermocht, die Einstellung der DDR-Deutschen zu den Russen zu jenem vertrauensvollen und herzlichen »brüderlichen Verhältnis« werden, zu lassen, von dem die DDR-Propaganda immer spricht. Eher ist das Gegenteil der Fall. »Freunde kann man sich aussuchen, Brüder nicht«. Oder: »In diesem Jahr wird tausendundeinmal der rote Oktober, der Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gefeiert. Einmal in der Sowjetunion und tausendmal in der

[366] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil II.* in *Der Spiegel*, n°34/1977, 15. August 1977, S. 113
[367] Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S. 117

DDR.«

Erstaunlich, ja erschreckend für den westlichen Besucher ist die Ablehnung, oft sogar der Hass auf alle Ostvölker, der bei den DDR-Deutschen mit einer fast immer unkritischen Bewunderung des Westens einhergeht. Viele der antislawischen und antibolschewistischen Klischees der Goebbelschen Propaganda haben sich in der DDR bis auf den heutigen Tag erhalten - trotz der vielfältigen persönlichen Erfahrungen mit Russen, Polen, Tschechen und Slowaken.“[368]

3. ALLTÄGLICHE KÄMPFE

„Die zugeteilte Freiheit, die lebenslange Gängelung, der nervtötende Umgang von Partei und Ämtern mit den Bürgern, entweder agitatorisch aufputschend oder schikanös maßregelnd, der Zwang zur Anpassung, dem jeder einzelne unterliegt – das alles schreckt ab, vieles widert an. Dazu die tausend Ärgerlichkeiten des Alltags.“[369]

3.1. AUSREISEFRAGE

Die Ausreisefrage wurde in den vier untersuchten Berichten mehr oder weniger betont. Eva Windmöller erwähnte die Wartezeiten, um die Staatsgrenze zu überwinden:

„Die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik, für den Durschnitts-Bürger nur unter Lebensgefahr oder nach einer Wartezeit von 20, 30, 40 Jahren im Rentenalter überwindbar: Wir fahren mal eben rüber zum Blumenholen – welch unzulässiger, taktloser Snobismus in den Augen eines Grenzers:“[370]

Sie erklärte auch später, wie die Masse der DDR-Bevölkerung sich mit der Mauer als einer Realität, gegen die sie nichts tun kann, abgefunden hatte und wie diese Masse gelernt hatte, Emotionen durch rationale Argumente zu verdrängen:

„»Ohne Abgrenzung vom westdeutschen Wirtschaftswunderland wären wir politisch und ökonomisch ausgeblutet. Auf die psychologische Kriegsführung des

[368] Winters, Peter Jochen. *Hilfe, die Russen kommen*, in: *FAZ*, n°269, 19. November 1977
[369] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 216
[370] Windmöller, Eva. Leben in der DDR. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977, S.26.

> Westens waren drakonische Maßnahmen die einzig mögliche Antwort. Durch den Mauerbau hat die DDR sich politisch und wirtschaftlich konsolidiert«. Im übrigen verstärkt die SED den Verdrängungsmechanismus der Bürger durch die Sprachregelung, statt des Mauerjubiläums den »Jahrestag des sicheren Schutzes der Staatsgrenze« zu begehen. […] Der Gedanke, damit zugleich die tödliche Grenze zu feiern, die sie bis zum Rentenalter in ihrem Land einsperrt, erscheint den Ost-Berlinern offensichtlich nicht so makaber wie uns Bundesdeutschen."[371]

Lothar Loewe seinerseits berichtete über kleine Geschichten von DDR-Bürgern, die mit dem Kampf um Ausreise zu tun hatten. In den Büros der ARD und ZDF bekamen nämlich die Korrespondenten oft Hilferufe von DDR-Bürgern, die bei ARD und ZDF Rat und Unterstützung im täglichen Umgang mit den Behörden suchten. Das galt vor allem für die Menschen, die um jeden Preis die DDR verlassen und in die Bundesrepublik umsiedeln wollten. Da erzählte Lothar Loewe die Geschichte von Dieter Schmidt aus Rathenow: „Der 22jährige […] wollte von mir wissen, ob mir ein Gesetz der DDR bekannt sei, dass einem DDR-Bürger verbiete, ein Mädchen aus der Bundesrepublik zu heiraten." Er wollte erst einmal in die BRD auswandern, um dann dort ein Mädchen zu finden und zu heiraten:

> „Ich erklärte ihm, die DDR-Behörden würden schwerlich Verständnis für seine Heiratspläne haben. […] Doch Schmidt schüttelte nur den Kopf und sagte: »Ick will hier raus«. Am 23. Februar 1976 stellte er beim Rat des Bezirks Potsdam, Abteilung Innere Angelegenheiten, den Antrag, ihm die Übersiedlung in die Bundesrepublik zu genehmigen. […] Was seine Überzeugung sei, ließ er den Rat deutlich wissen: »Ich bin mit dem Sozialismus einschließlich mit der Staats- und Gesellschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik nicht mit einverstanden und sehe meine politische und familiäre Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland voll nach meiner Überzeugung zur Ehe und Familie in der Bundesrepublik Deutschland zufriedenstellend gesichert.« […] Am 5. April erneuerte er seinen Antrag und schrieb diesmal an Innenminister Friedrich Dickel: »Hiermit beantrage ich mit Wirkung vom 5.4.1976 die ständige Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland. Mir ist es in der Deutschen Demokratischen Republik aufgrund des Sozialismus einschließlich der Diktatur des Proletariats sowie der Staats- und Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen

[371] Ebenda, S. 221

Republik, denen ich ablehnend gegenüberstehe, unerträglich, mein weiteres Leben hierzulande weiter zuzubringen. Daher ersuche ich Sie bitte, mir die Möglichkeit zu geben, das Land, dessen ich innewohne, frei zu verlassen«.“[372]

Lothar Loewe erzählte weiter, wie Schmidt auf dem Volkspolizeikreisamt Rathenow erscheinen musste und dort seinen Personalausweis abliefern, weil er unter Fluchtverdacht stand:

„Kurz darauf schaltete sich der Staatssicherheitsdienst ein und stellte Schmidt unter Beobachtung. Wenn er nach Berlin fuhr, folgten ihm Stasi-Männer. […] Als er wieder in Rathenow war, luden ihn die Typen zu einer mehrstündigen Vernehmung auf der örtlichen Dienststelle des Staatssicherheitsdienstes vor. »Die sagten mir«, erzählte er, »es sei verboten, die Büros von Westkorrespondenten zu besuchen. Ich müsste doch wissen, dies seien Klassenfeinde, mit denen ein anständiger DDR-Bürger nichts zu schaffen habe.« Doch Schmidt mochte davon nichts hören. Wer habe denn diese Klassenfeinde in die DDR gelassen? Das müsse der Stasi erst einmal untersuchen. Und das mit den Klassenfeinden könne ja auch nicht stimmen; er sehe doch im Fernsehen, wie sich der Honecker und andere Funktionäre mit den West-Journalisten unterhielten, und was Honecker könne, dürfe er, Schmidt, als DDR-Bürger auch.

Die Stasi-Vernehmer gaben es auf und entließen Schmidt. Am Ende gelang ihm, was wir für völlig ausgeschlossen gehalten hatten: Im Juni 1976 durfte er die DDR in Richtung Bundesrepublik verlassen.

Nicht alle Kontroversen zwischen Bürgern und Staat enden so harmlos wie die des Arbeiters Schmidt. Mancher Zuschauerbrief, der uns zuging, spiegelte die Spannungen und Frustrationen des Lebens in der DDR wider, erzählte die ewig-alte Geschichte von Zwang, Verzweiflung und Behördenwillkür.“[373]

1976 bemerkte Lothar Loewe in der DDR einen wachsenden Wunsch nach Ausreise:

„Die Anzeichen der Unruhe waren unverkennbar: Immer mehr Menschen bekundeten den Wunsch nach Ausreise in die Bundesrepublik, in Film und Literatur regte sich der Drang nach Emanzipation von steriler

[372] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil III.* in *Der Spiegel*, n°35/1977, 22. August 1977, S. 120-121
[373] Ebenda, S. 121

> Parteivormundschaft, immer häufiger forderten Bürger ungeniert, die KSZE-Beschlüsse auch in der DDR zu verwirklichen.“[374]

Die Situation eskalierte mit dem Bürgerprotest von Riesa. 67 Menschen forderten in einer gemeinsamen Petition von der Regierung der DDR das Recht, in die Bundesrepublik auswandern zu dürfen, unter Berufung auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die KSZE-Schlussakte und die DDR-Verfassung.[375] „Eine gemeinsame Petition von DDR-Bürgern an die Staatsmacht – das hatte es vorher noch nicht gegeben.“[376] Der Ursprung dafür war Dr. Karl-Heinz Nitschke. Er hatte eine Klage gegen die DDR eingereicht wegen „Verletzung der Menschenrechte“ und wurde dafür verhaftet.[377] Die Situation seiner Umgebung wurde von Lothar Loewe als Hölle bezeichnet: „Stasi passte auf, Tag für Tag, 24 Stunden um die Uhr. Die Szene war beängstigend.“[378] Loewe berichtete für die ARD:

> „Hier in Riesa, […] in dem Haus hinter mir, im zweiten Stockwerk, wohnt der Arzt Dr. Karl-Heinz Nitschke mit seiner Frau und seiner Tochter. Wegen der Ablehnung seiner Ausreiseanträge hat Dr. Nitschke kürzlich eine Petition zur vollen Erlangung der Menschenrechte verfasst. Diese Petition ist von weiteren 66 DDR-Bürgern unterzeichnet worden. Alles Bürger, die die DDR verlassen wollen. Auf die Petition reagierten die DDR-Behörden mit Verhaftungen, Haussuchungen und mit dem intensiven Verhör aller Unterzeichner, […] Am 31. August wurde Dr. Nitschke hier in seiner Wohnung mittags von Beamten des Staatssicherheitsdienstes verhaftet. […] Die wachsende Unzufriedenheit über fehlende Reisemöglichkeiten nach dem Westen und über die Entwicklung der politischen Verhältnisse in der DDR sind die Hauptursachen für diese Bürgerinitiative ... Die Führung der DDR muss daher eine sehr schwierige Entscheidung fällen: Wird sie die Bürgerinitiative von Riesa mit den Mitteln der polizeilichen Einschüchterung beantworten, oder wird sie die zur Ausreise Entschlossenen in Frieden ziehen lassen?“[379]

Im Herbst des Jahres 1976 schwoll in der Ständigen Vertretung der Strom der Besucher an, die in der Ausreisefrage Rat suchten, berichtete Lothar Loewe in einem weiteren

---

[374] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil IV.* in: *Der Spiegel*, n°36/1977, 29. August 1977, S. 130
[375] Ebenda, S. 134
[376] Ebenda
[377] Ebenda
[378] Ebenda, S. 135
[379] Ebenda, S. 137

Bericht. Hundert DDR-Besucher täglich waren keine Seltenheit. Und auch vor dem Studio und vor den Büros von ARD und ZDF warteten manchmal schon morgens früh ganze Familien. Gleichwohl mussten die Korrespondenten den Ratsuchenden immer wieder nahelegen, die DDR-Gesetze nicht zu verletzen. „Wir waren Seelsorger, Beichtväter und Rechtsberater in einer Person.“[380]

In den Bericht von Peter Jochen Winters wurden zunächst die Opfer der Mauer in den Vordergrund gestellt:

> „Seit nun zwanzig Jahren steht das Ungetüm der Mauer in Berlin, ist West-Berlin von einer militärischen Frontlinie umgeben, die inzwischen so perfekt ausgebaut worden ist, dass jeder Versuch, sie zu überwinden, ein tödliches Risiko birgt. Soweit im Westen bekannt wurde, sind vom 13. August 1961 bis zum 28. Februar 1981 bei dem Versuch, diese Frontlinie zu überqueren und nach West-Berlin zu gelangen, 72 Menschen zu Tode gekommen. Davon wurden 56 von »Grenzorganen« der DDR erschossen, sechzehn kamen ums Leben, als sie Grenzgewässer zu durchschwimmen versuchten oder aus Wohngebäuden an der Grenze in den Westen sprangen. Die inzwischen abgerissenen Häuser in der Bernauer Straße lagen im Ostsektor, der Bürgersteig davor gehörte zu West-Berlin. Bevor Fenster und Haustüren zugemauert wurden, sprangen viele Bewohner auf die Straße. Einige verfehlten die Sprungtücher. Zu diesen Opfern der Mauer kommen weitere, nämlich Angehörige der Grenzorgane der DDR, die »in Ausübung ihres Dienstes« an der Frontlinie rings um Berlin von Flüchtlingen, fliehenden Kameraden oder durch Schüsse von Westberliner Gebiet aus tödlich verletzt wurden. Auch zwanzig Jahre nach dem 13. August 1961 wird an den Grenzen West-Berlins - etwa 45 Kilometer Sektorengrenze und etwa 115 Kilometer Grenze zur DDR -, die durch Wohn-, Industrie-und Waldgebiete, Wasserläufe, Seen und Kanäle, auf Bahndämmen und durch Felder und Wiesen verlaufen, immer noch geschossen.“[381]

Am Ende forderte Peter Jochen Winters, die Mauer und die DDR als Realität zu akzeptieren:

---

[380] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil V.* in: *Der Spiegel*, n°37/1977, 22. August 1977, S.161
[381] Winters, Peter Jochen. *Der 13. August 1961*, in: *FAZ* vom 8. August 1981, Seite BuZ1

> „Für die Deutschen in Ost und West aber bedeutete der Mauerbau den schmerzlichen Abschied von der Hoffnung auf eine Wiedervereinigung Deutschlands mit der Hauptstadt Berlin in naher Zukunft. Die Trennung der beiden Teile Deutschlands und der beiden Teile Berlins musste hingenommen werden. Man musste sich jetzt auf größere Fristen einrichten und in Ost und West Realitäten anerkennen, die man zuvor nicht wahrhaben wollte.“[382]

Diese Stellungnahme, die 1981 erschien, in einer Zeitung, deren politische Richtung die Opposition zur Linie der SPD darstellte, zeigte, dass die Anerkennung der DDR, oder die Resignation, was die Grenze betrifft, nicht Konsequenz einer sozialistischen Ideologie der SPD war, sondern eine viel allgemeinere Bewegung in der Bundesrepublik. Diese Analyse trafen nämlich auch die Publizisten, die oft als Sprachrohr der CDU/CSU dienten.

In dem Vorwort der *Zeit*-Reportage *Reise ins andere Deutschland* nahm Helmut Schmidt 1986 zur schmerzlichen Teilung Deutschlands Stellung. Er betonte die Tatsache, dass die Teilung ganz Europa betraf, dass Deutschland im Herzen dieser Teilung lag, dass der Ausgangspunkt für eine zukünftige Überbrückung der Teilung deshalb an der deutsch-deutschen Grenze lag. Erstaunlich in dieses Vorwort ist, wie er die DDR und ihre Regierung von jeder Verantwortlichkeit befreit und alles in die Verantwortung Moskaus legte:

> „Die Teilung Europas kann nicht überbrückt oder überwölbt oder gar überwunden werden, wenn nicht im gleichen Prozess auch die Mauer in Berlin und die Grenzsperren zwischen beiden deutschen Staaten überbrückt werden, die uns Deutschen das Leben schwermachen. […] Die gegenwärtige Selbst-Einkapselung der DDR ist für die Bürger der DDR sehr viel schwerer zu ertragen als für die Bürger der Bundesrepublik. Die ersteren leiden ja außerdem an der brutalen Form der über sie ausgeübten, ihnen oktroyierten Herrschaft. Auch Erich Honecker leidet darunter, dass er nicht in seine alte Heimat an der Saar reisen kann, solange dies in Moskau nicht ins taktische Kalkül passt – noch viel mehr leiden die übrigen Bürger der DDR darunter, den Pferch nicht wenigstens vorübergehend verlassen und frei reisen zu dürfen. […]

[382] Ebenda

> Für die Deutschen ist heute die Identifikation mit der eigenen Nation schmerzhaft und schwierig – und zwar nicht nur wegen Auschwitz, sondern auch wegen der rücksichtslosen, brutalen Art der Teilung. […] Wir müssen lernen, mit der Teilung zu leben, zugleich am moralischen Imperativ zur Freiheit der Person festzuhalten, gleichwohl aber das Ziel einer Überbrückung der Grenzen oder eines gemeinsamen Daches nicht aus den Augen zu verlieren. Und wir müssen lernen, das Augenmaß für das Mögliche und das Machbare zu pflegen.
>
> Zu dem für uns Möglichen gehört jedenfalls das Gespräch zwischen den Deutschen auf beiden Seiten.“[383]

Dieses Vorwort wurde im September 1986 geschrieben, und damals wirkte Michail Gorbatschow schon über ein Jahr als Wegbereiter für Reformen im Ostblock. Deshalb ist es erstaunlich, dass Erich Honecker als Opfer der Politik Moskau dargestellt wurde, während Moskau damals mit der Glasnost und der Perestroika auf dem Weg war, die Eigenständigkeit der Ostblock-Staaten zu achten sowie in keinem Fall militärisch einzugreifen. Das Problem der Freiheit in der DDR lag damals schon teilweise nicht mehr in der Verantwortung Moskaus, sondern stand immer mehr in der Macht der SED-Regierung, die an ihrem starren Kurs festhielt und die Reisefreiheit immer weiter unterdrückte.[384]
In einer Anmerkung zu einem *Zeit*-Gespräch merkte jedoch Theo Sommer, wie unnachgiebig Erich Honecker hinsichtlich der Ausreisefrage war:

> „Illusionen über Reiseerleichterungen sollte sich niemand machen. Über die Einbeziehung von Großstädten wie Hamburg oder Hannover in den kleinen Grenzverkehr lässt sich reden. Jugendaustausch und Reisen in dringenden Familienangelegenheiten sollen großzügig gehandhabt uns ausgebaut werden. Auf Städtepartnerschaften darf man keine übertriebene Hoffnung setzen. Einer Diskussion über allgemeine Reiseerleichterungen, vor allem eine Herabsetzung des Westreise-Alters, wich Honecker aus.“[385]

3.2. RELIGION

[383] Schmidt, Helmut. *Vorwort*, in: Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 12
[384] *Wandel im Osten: Glasnost und Perestroika*, in: Lebendiges virtuelles Museum Online (LeMO), Deutsches Historisches Museum. *1949–1989 : Das geteilte Deutschland.* http://www.dhm.de/lemo/home.html
[385] Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 237

Die SED bot mit ihrer Weltanschauung gleichzeitig eine antireligiöse Propagandaplattform und einen Religionsersatz[386]. Die atheistische Propaganda begann bereits 1948 in den Schulen, im Wissenschaftsbereich und in den Medien und war am stalinistischen Vorbild orientiert. Die Religion wurde so als Ideologie des Kapitalismus und Imperialismus denunziert. In den siebziger Jahren begann eine kontinuierliche Menschenrechtsarbeit in den Kirchen. Es entstanden mehrere Menschenrechtsgruppen, die scharf verfolgt wurden. 1978 probierte die DDR durch die Einführung des Unterrichts „Grundlagen des wissenschaftlichen Atheismus" die Religion wieder zu verdrängen. Peter Jochen Winters berichtete:

> „Nach dem Willen der SED soll der atheistische Charakter der marxistisch-leninistischen Weltanschauung in der DDR nach sowjetischem Vorbild jetzt »stärker und in vielfältiger Weise« zur Geltung gebracht werden. Dabei soll die Entwicklung des Atheismus als »eine Gesetzmäßigkeit des geistigen Fortschritts der Menschheit«, als Ausdruck des Prozesses der Befreiung des Menschen dargestellt und der »marxistisch-leninistische Atheismus« als höchste Form des Atheismus beschrieben werden. Bei der Erörterung der wissenschaftlich-weltanschaulichen Grundlagen des Atheismus soll die »prinzipielle Unvereinbarkeit« von wissenschaftlicher und religiöser Weltanschauung bewiesen und »die Haltlosigkeit der theologischen Versuche, Wissenschaft und Religion miteinander zu versöhnen«, dargetan werden."[387]

Er betonte die Widersprüche, die aus diesem System entstanden:

> „Christine Wedegärtner,. Mitglied des Büros des FDJ-Zentralrates und Redakteurin beim CDU-Organ *Neue Zeit*, die sich selber als »junge Christin« bezeichnete: »Ich halte es-für sehr wichtig, dass wir in der politisch-ideologischen Arbeit unseres Verbandes und in der erzieherischen Arbeit in unseren Grundorganisationen die Unterschiede sozialer Herkunft und weltanschaulicher Haltungen unserer Mitglieder nicht außer Acht lassen. Denn auch unter unseren Bedingungen finden die Menschen auf verschiedenen Wegen ihren Platz in unserer sozialistischen Gesellschaft«.Wie sind solche Versprechungen einer FDJ-Funktionärin in Einklang zu bringen mit der »Anleitung« für das FDJ-Studienjahr,

[386] Kirchenpolitik, in : Judt, Matthias. *DDR-Geschichte in Dokumente. Beschlüsse, Berichte, interne Materialen und Alltagszeugnisse.* Bonn : Ch.Links, 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, S. 372
[387] Winters, Peter Jochen. In der DDR wird jetzt Atheismus propagiert, in: *FAZ* vom 7. Februar 1978, S. 6

in der die Frage »Wie ist das Verhalten eines Studenten zu bewerten, der mit den Grundlagen des Marxismus vertraut ist und kirchliche Veranstaltungen besucht?« so beantwortet wird: »Inkonsequenz im Denken und Handeln, Unehrlichkeit gegenüber sich selbst und anderen, Scheu vor Entscheidungen«.“[388]

Doch die Religion sei in der DDR trotzdem stark geblieben und sei sogar attraktiver geworden:

„Weder ist der Religion im »real existierenden Sozialismus«, in dem es angeblich keine Ausbeuterklassen mehr gibt, ihre soziale Grundlage entzogen - was Marx und Engels prophezeit hatten -, noch ist es der marxistisch-leninistischen »Wissenschaft« gelungen, alle Lebensbereiche so zu okkupieren, dass für den Glauben kein Raum mehr wäre.

Religion und Kirche sind in der DDR nach wie vor lebendig und üben - reduziert auf den »harten Kern« - sogar eine zunehmende Attraktivität vor allem auf Jugendliche aus. So versucht die Partei, da sie nicht leugnen kann, dass gewisse Bereiche nur dem Glauben zugänglich sind, zwischen Religion und Glauben zu differenzieren und den Menschen so etwas wie einen »religionslosen Glauben« anzubieten. Kampf gegen die Religion ist dann nicht mehr ein Kampf gegen die Gläubigen, sondern ein Kampf um die Gläubigen.“[389]

Die Kirchen waren nämlich die letzten relativ freien öffentlichen Kulturräume. Kritische Autoren traten mit Lesungen auf, Musiker und Liedermacher fanden hier letzte Refugien. Trotz vieler Einschränkungen konnten die Kirchen ihre eigenen, kirchlichen Kunsttraditionen bewahren. Innerhalb der Kirche entwickelte sich auch die politische Opposition.[390] Lothar Loewe berichtete im August 1976 über die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz, Pfarrer und Gegner der SED, aus Protest gegen die Kirchenpolitik des Regimes:

„Kurz nach 11 Uhr war Brüsewitz mit seinem Wagen, einem Wartburg, auf den Platz vor der Michaeliskirche gefahren und hatte zwei Latten an den Wagen gelehnt, an denen er ein Plakat befestigte: »Die Kirchen klagen den Kommunismus wegen der Unterdrückung der Jugend an«. Dann hatte er einen

[388] Ebenda
[389] Ebenda
[390] Judt, Matthias. *DDR-Geschichte in Dokumente. Beschlüsse, Berichte, interne Materialen und Alltagszeugnisse.* Bonn : Ch.Links, 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, S. 376

> Benzinkanister geöffnet und dessen Inhalt über seinen Kopf, seinen Talar und den Wagen geschüttet, anschließend alles angezündet. Vor Schmerz aufschreiend, lief der brennende Mann über den Platz, bis ein Lkw-Fahrer herbeieilte und die Flammen mit seiner Jacke erstickte. Brüsewitz, tödlich verletzt, war in das Bezirkskrankenhaus in Halle eingeliefert worden. […] Der Staatssicherheitsdienst musste denn auch wieder in Aktion treten, um empörte DDR-Christen vor öffentlichen Sympathiebekundungen für Brüsewitz zu warnen und sie vor jedem Kontakt mit westlichen Journalisten abzuschrecken. Bei Pfarrern und Gemeindemitgliedern erschienen Stasi-Männer und wollten sie in zum Teil stundenlangen Befragungen veranlassen, Brüsewitz als einen geistesgestörten Menschen abzuqualifizieren. […] Für die westdeutschen Korrespondenten in der DDR aber brach eine neue Kältezeit an. Der Honeymoon zwischen DDR-Führung und bundesdeutschen Journalisten ging zu Ende, die hohen Genossen witterten immer misstrauischer und neurotischer »Einmischungen in die inneren Angelegenheiten unserer Republik«.“[391]

Der Tat des Pfarrers Brüsewitz war als eine Widerstandaktion in dem Kampf um individuelle Selbstbehauptung und gegen die totalen ideologischen Ansprüche der SED zu sehen. In seiner Anklage vom 18. August 1976 war nämlich zu lesen: „Wir klagen den Kommunismus an wegen Unterdrückung der Kirchen in Schulen an Kindern und Jugendlichen“ [392]. Ein Teil der Kirchenleitungen billigte seine Handlung nicht. Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen machte nämlich bekannt, dass sie dieser Tat nicht zustimmen konnte, und dass jeden Versuch, das Geschehene zur Propaganda gegen die DDR zu benutzen, zurückgewiesen wird.[393] Doch viele Christen und sogar junge Marxisten solidarisierten sich mit ihm.[394] Dieser Fall verriet in welcher Sackgasse sich manche DDR-Bürger fühlten.

---

[391] Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil III.* in *Der Spiegel*, n°35/1977, 22. August 1977, S. 124
[392] *Die Anklage von Oskar Brüsewitz*, in: Judt, Matthias. *DDR-Geschichte in Dokumente. Beschlüsse, Berichte, interne Materialen und Alltagszeugnisse.* Bonn : Ch.Links, 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, S. 411, Dokument K28
[393] *Kein Einverständnis mit Brüsewitz*, in: Judt, Matthias. *DDR-Geschichte in Dokumente. Beschlüsse, Berichte, interne Materialen und Alltagszeugnisse.* Bonn : Ch.Links, 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, S. 411, Dokument K29
[394] Ebenda, S. 376

FAZIT

1. RESÜMEE

1.1. WIE WURDE DAS SOZIALISTISCHE SYSTEM GESCHILDERT?

Die westdeutschen Journalisten betonten das politische und ideologische Auseinanderleben zwischen der Bundesrepublik Deutschlands und der DDR. Die Ideologie des sozialistischen Systems wurde durch ein anderes Demokratieverständnis als im Westen charakterisiert: Demokratie als Volksherrschaft im Sinne der Diktatur des Proletariats. Die *Stern*-Journalistin schilderte dies neutral, während der *Zeit*-Korrespondent fast Begeisterung für das System empfand. Die unterschiedlichen Positionen wurden mit Hilfe einer Untersuchung dargestellt, die vier Zeitphasen in der westdeutschen Berichterstattung unterschied. Mit ihrem 1974 – 1976 geschriebenen Bericht befand sich die *Stern*-Journalistin in einer Zeitphase, die von einer Ost-West Verschärfung gekennzeichnet war, während der Bericht der *Zeit*-Redakteure 1986 noch der verbalen Abrüstung Anfang der achtziger Jahre entsprach. Drei Punkte der Ideologie wurden in den Vordergrund gestellt: die Verteilung der Privilegien, das Kollektivgefühl und die Verwirklichung in der Arbeit. Für die drei Punkte präsentierten die Journalisten Vor- und Nachteile.

Die Politik der SED wurde im Kontext der Ereignisse dargestellt, vom Mauerbau bis zum 30. Geburtstag der DDR. Der *FAZ*-Korrespondent prangerte ein System an, das seine Bürger anlog und manipulierte und beklagte auch das Fehlen an Charisma der DDR-Politiker. Der *ARD*-Korrespondent, der zugleich für den *Spiegel* berichtete, beklagte hauptsächlich das Schweigen aller politischen Persönlichkeiten, die er interviewen wollte und wendete sich deshalb dem DDR-Bürger zu, um Informationen zu kriegen. Was die Ordnung und die Sicherheit betrifft, betonten die *Stern*-Journalistin und der *Zeit*-Redakteur Vor- und Nachteile des Systems: viel Polizei, dafür aber Sicherheit. Der *FAZ*-Korrespondent protestierte gegen den Polizeistaat DDR. In den *Spiegel*-Seiten des *ARD*-Korrespondenten wurde die beängstige Seite der Stasi dargestellt. Die starke Korruption in der DDR entging keinem der Korrespondenten. Die Allgegenwart der Propaganda wurde auch massiv dargestellt in *FAZ*, *Stern* und *Spiegel*. Die *Stern*-Journalistin kritisierte die Unfähigkeit des Staates, kritische Bürger zu ertragen und die infolgedessen starke Zensur, was in der *Zeit*-Reportage nicht so stark zum Ausdruck kam.

Über Bildungs- und Gesundheitswesen wurden Vor- und Nachteile detailliert dargestellt: die Ambitionen eines Systems, alles für alle möglich zu machen und seine Grenzen wegen der Mittellosigkeit der DDR. *Die Zeit* beschrieb das Wirtschaftssystem der DDR mit seinen Lücken, ihrem Wettbewerb, und die Aussichten, die sie für ihre Zukunft sah. Sie betonte prinzipiell den enormen Rückstand der DDR in der Stahlindustrie und bei der Elektronik. Die Ursache für die Lücke erklärte sie mit dem mangelnden Wettbewerb im eigenen Land und im gesamten RGW.

1.2. Wie ist die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen dargestellt worden?

Der *ARD*-Korrespondent widmete viel seiner Berichterstattung den Bedingungen, in der die westdeutschen Journalisten in der DDR arbeiten müssten. Seine ersten Schritte wurden markiert durch ein Schwanken zwischen Widrigkeiten und großer Begeisterung. Er betonte die Tatsache, dass die Bedingungen in denen die westdeutschen Journalisten arbeiteten, sich das generelle Klima zwischen den beiden deutschen Staaten wiederspiegelte. So schwankte die Entspannungspolitik zwischen Entkrampfung und Rückgang. Das Misstrauen war spürbar und es wurden immer wieder den Korrespondenten Knüppel zwischen die Beine geworfen. So wurden „Einmischung“ und „Verleumdung“ regelmäßig als Strafen gegenüber den Journalisten benutzt. Er, der *FAZ*-Korrespondent, die *Stern*-Journalistin und der *Zeit*-Korrespondent betonten, dass die Informationen zu denen sie Zugang hatten, nur eine begrenzte Wahrheit zeigten. Aktuelle Forschungen bestätigen, dass vieles in der Zeit der DDR versteckt war und vor 1989 nicht einmal für die linientreuesten DDR-Historiker verfügbar war. Die *Stern*-Journalistin zeigte, wie viele Ideale bei näherem Hinsehen Risse zeigen. Sie fügte auch hinzu, wie viel Fragwürdiges in der Praxis sein Gutes hat. Daraus schloss sie, dass es sehr häufig zwei Seiten einer Medaille gab: Das Positive erweist sich als Kehrseite des Negativen, und umgekehrt.

Mit Empörung beschrieb der *FAZ*-Korrespondent die schändliche Maßnahme des Baus der Mauer und bedauerte das Nichtstun der Westmächte. Er berichtete weiter, wie die ersten Zeichnen der Ostpolitik von Willy Brandt angekommen wurden: ein langwieriger Weg, um die Mauer mit friedlichen Mitteln zu durchlöchern. Der *ARD*-Korrespondent merkte bei den Verhandlungen für die Unterzeichnung des Grundlagenvertrags „Kinderkrankheiten der Entspannung“, bezeichnete die Unterzeichnung aber trotzdem als einen Erfolg für die deutsch-deutschen Beziehungen. Die *FAZ* ihrerseits setzte zunächst

den Akzent auf die kritische Sichtweise Barzels dem Grundlagenvertrag gegenüber. Der Bericht handelte aber hier auch über positive Aussichten was die Zukunft der deutsch-deutschen Beziehungen betraf. Die *Zeit* schrieb gegen die CDU/CSU, die sich gegen den Wandel durch Annäherung stellte. Sie hielt die Politik der kleinen Schritte für notwendig und sah keine andere Alternative. Die Unterzeichnung des Grundlagenvertrages führte in jedem Fall zu einer Kontroverse In dem *Spiegel* wurden Überlegungen über die Fortexistenz einer deutschen Nation angestellt. Der *Stern* betonte die Anwesenheit zweier gegenseitiger Ideologien, die das Leben der deutschen jenseits der Elbe prägten, trotz des Wandels durch Annäherung.

Nach dem Rücktritt von Brandt wurde ihm von der *FAZ* geworfen, an einen schon im Voraus verlorenen Kampf teilgenommen zu haben, da die politischen Systeme, die er annähern wollte, komplett gegenseitig waren. Der *Stern* bewertete die Konsequenzen der Helsinki-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als Auslöser einer Frostperiode, die die SED benutzte, um ihre Abgrenzungstaktik zu stärken. Die heikle Frage der Souveränität der DDR, beziehungsweise über die Anerkennung der Existenz einer DDR-Staatsangehörigkeit wurde vom *Spiegel* noch erwähnt und facettenreich dargestellt. Für die DDR-Führung war die Deutsche Frage nicht mehr offen, für die BRD und für die Mehrheit der DDR-Bürger war das nationale Zugehörigkeitsgefühl noch stark präsent. *Der Spiegel* notierte 1976 eine Verschärfung des Klimas nach der Ausbürgerung Biermanns. Die Lage an der deutsch-deutschen Grenze war höchst gefährlich. Bonn protestierte gegen die Schüsse der DDR-Grenzer. Honecker entgegnete, man dürfe an der Grenze nicht provozieren. Was eine zukünftige Wiedervereinigung betrifft war die Prognose nicht sehr optimistisch. Die *Zeit* redete 1986 von der Wiedervereinigung als *eine* Zukunftsmöglichkeit, weder die einzige, noch die wahrscheinlichste.

1.3. WIE ERSCHIEN DER DDR-ALLTAG?

Die *Stern*-Journalistin beschrieb den sozialistischen Alltag mit einer Kette von Pannen, Frustrationen und Ungereimtheiten. Sie erklärte dies mit der Überbürokratisierung einer zentralistisch gelenkten Wirtschaft, mit der Unbeweglichkeit des Plans, der Drosselung der Privatinitiative, dem Fehlen echter Konkurrenz, dem Arbeitskräftemangel. Sie betonte den Bruch zwischen Ideologie und Alltagspraxis: Der Arbeiter in der DDR sei eben so wenig Herr seines Schicksals wie sein Pendant in der Bundesrepublik. Die vier Journalisten waren einer Meinung was das Wohnen betrifft. Sie teilten alle ihr Erstaunen und ihren Abscheu über den Massenwohnungsbau. Trotz der Großblockmontage-

Bauweise notierte die *Zeit* 1986 immer noch einen riesigen Nachholbedarf im Wohnungsbau. Was die Freizeit angeht wurden zwei Aspekte betont. Erstens berichteten der *Stern* und die *Zeit*, wie wichtig die Rückkehr in die Privatsphäre für DDR-Bürger war und begleiteten ihre Berichte mit einer spürbaren Nostalgie. Zweitens wurde in der *FAZ* und im *Stern* betont wie abends die Straßen merkwürdig leer und trostlos waren. Dies bedeutete nicht, dass es gewaltfrei war, fügte die *FAZ* hinzu. Über die Kaufkraft waren sich *Zeit* und *Stern* einig: die Grundnahrungsmittel waren deutlich billiger im Vergleich zu Westberliner Supermarktpreisen. Dafür gab es aber weniger Auswahl und andere Produkte waren unverhältnismäßig teuer. Im Endeeffekt verfügten DDR-Bürger nur über halb so viel Kaufkraft wie in West-Deutschland. Das zentralistische Verteilungssystem bewirkte, dass die Möglichkeit zur selbstbestimmten Auswahl von Gütern sehr begrenzt war. Diese Situation machte aus der DDR eine „Mangelgesellschaft".

Im *Stern* wird der Mensch in der DDR als konform angepasster Bürger dargestellt, was mit der Kollektiverziehung, die als zentrale Kategorie im Gesellschaftsmodell der DDR galt, zu erklären war. Die Schule diente durch Bildung und „Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit" dazu die Erlebniswelt von Kindern und Jugendlichen zu prägen und ideologisch zu beeinflussen. Die Emanzipation der Frauen in der DDR wurde vom *Stern* breit berichtet. Sie wurden als Superheldinnen dargestellt, die alles unter einen Hut bringen: Mann, Kinder, Beruf, Haushalt, Erfolg und Glück. Doch der *Stern* fügte mehrere negative Punkte hinzu. Der starke berufliche Bedarf an Frauen erklärte der *Stern* mit dem chronischen Arbeitskräftemangel, der in der DDR herrschte. Außerdem entstand aus den Berichten von *Stern* und von *Zeit* der Eindruck, dass die Frauen zurückstehen da wo es um wirkliche Macht, um Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft, geht. Der *Spiegel* betonte die Hilfsbereitschaft der DDR-Bürger den westdeutschen Journalisten gegenüber. Die *FAZ* bemerkte eine Fremdenfeindlichkeit in der DDR gegen Russen.

Die Ausreisefrage wurde in den vier untersuchten Berichten mehr oder weniger betont. Der *Stern* erwähnte die Wartezeiten um die Staatsgrenze zu überwinden und erklärte wie die Masse der DDR-Bevölkerung sich mit der Mauer als einer Realität, gegen die sie nichts tun kann, abgefunden hatte. Der *Spiegel* bemerkte 1976 einen wachsenden Wunsch nach Ausreise. In der *FAZ* wurden an erster Stelle die Opfer der Mauer in den Vordergrund gestellt. Die *FAZ* forderte auf die Mauer und die DDR als Realität zu akzeptieren. Diese Stellungnahme zeigte, dass die Resignation, was die Grenze betrifft, nicht Konsequenz einer sozialistischen Ideologie der SPD war, sondern eine viel allgemeineren Bewegung in der Bundesrepublik. Die *Zeit* beschrieb Erich Honecker

unnachgiebig in der Ausreisefrage. Die *FAZ* berichtete über die atheistische Propaganda in der DDR und notierte Wiedersprüche im System: in der DDR gab es eine angebliche Toleranz für Religion, in der Praxis waren die Bürger dazu ermutigt die Gläubigen als inkonsequente, unehrliche Personen zu betrachten. Die Religion in der DDR wäre trotzdem stark geblieben und sogar attraktiver geworden, so die *FAZ*. Innerhalb der Kirche entwickelte sich auch die politische Opposition, dies wurde im *Spiegel* mit dem Fall Brüsewitz berichtet.

2. SCHLUSSWORT

Die Untersuchung erzeugt den allgemeinen Eindruck, dass der *Spiegel* und die *FAZ* ein sehr negatives Bild der DDR dargestellt haben, während *Stern* und die *Zeit* eher die zwei Seiten der Medaille geschildert haben, die guten und schlechten Aspekte der DDR. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die letztgenannten sich mit dem Alltag in der DDR beschäftigt haben, während der *Spiegel* und die *FAZ* mehr über die politischen Ereignisse berichtet haben. Die *Zeit* hat sich mehrmals wiedergesprochen, je nach welchem der sechs Redakteure sprach. Es kann vermutet werden, dass die ganze *Zeit*-Expedition eine Spiegelung der Kontraste in der DDR zwischen 1964 und 1986 darstellte. Die Objektivität der Analyse wurde durch das persönliche Empfinden der Redakteure somit gehemmt. Wichtig ist noch die Feststellung, dass die akkreditierten Journalisten sich anscheinend weder durch die hohe Präsenz der Stasi, noch durch die Androhung von Ausweisungen einschüchtern ließen. Dies war besonders bei der *Spiegel*-Reportage zu spüren.

Es ist bemerkbar, dass die Ostpolitik von Willy Brandt dazu beigetragen hat, die westdeutsche journalistische Arbeit zu erleichtern, zwar durch zahlreiche mühsame Schritte, aber mit einen gewissen Erfolg im Endeffekt: im Rahmen des Möglichen fand eine ehrliche Berichterstattung statt. „Im Rahmen des Möglichen“, weil wie erklärt, der Zugang zu Informationen für alle begrenzt war. Dies kann aber gerade keine Beschönigung darstellen. Den Journalisten wurde einfach nicht die ganze Wahrheit gezeigt. Es wurde auch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die DDR-Regierung Informationen vorenthielt. Wäre dieser begrenzte Zugang zu Informationen nicht erwähnt gewesen, könnte man von einer Beschönigung ausgehen. Vorliegend wurde der gut informierte Leser jedoch nicht getäuscht. Dass er nicht die ganze Wahrheit erfahren

konnte, war der Haltung der DDR-Regierung geschuldet und keiner Beschönigung durch westdeutsche Medien.

Dass die Berichte voneinander abweichen scheint keiner Beschönigung der Verhältnisse in einigen Medien geschuldet, sondern alleinig Ausdruck der Meinungsvielfalt bundesdeutscher Pressorgane. Gemein ist jedoch die Tatsache, dass die Presse Westdeutschlands der Opposition eine Stimme gab, indem sie die Wiedersprüche des ostdeutschen Systems, seine Lügen und seine Lücke aufgezeigt hatte. Der Wandel durch Annäherung wäre in diesem Sinn geschehen. Die Annäherung erlaubte die Anwesenheit westdeutscher Journalisten in der DDR, deren Berichterstattung deckte auf, wo die Menschenrechte nicht respektiert wurden, oder auch wo das System Grenzen zeigte. Und diese Informationen ermutigten das Volk der DDR, sich gegen das System aufzulehnen: das war der Wandel. Sogar die umstrittene Berichterstattung der *Zeit* widmete mehrere Kapitel den Grenzen des Ostdeutschen Systems.

BIBLIOGRAPHIE

Korpus

Die FAZ

Winters, Peter Jochen. *Der 13. August 1961*, in: *FAZ*, n°181, 8. August 1981

Winters, Peter Jochen. *Jubiläum in Ost-Berlin: verordneter Jubel, Treffen der Vasallen*, in: *FAZ*, n°239, 13. Oktober 1979

Krüger, Horst. *Ein deutsches Wiedersehen*, in: *FAZ* vom 13. Januar 1979

Winters, Peter Jochen. *Wenig Chancen für Erstlingswerke junger DDR-Schriftsteller*, in: FAZ vom 31. Dezember 1982

Die Koalition sieht ihre Ostpolitik bestätigt, in: *FAZ* vom 12. August 1975

Barzel: Die Einheit der Nation ist nicht die Grundlage, in: *FAZ* vom 22. Dezember 1972

Winters, Peter Jochen. *Die Unterzeichnung des Grundvertrags*, in: *FAZ* vom 22. Dezember 1972

Winters, Peter Jochen. *Willy Brandt webt in Berlin an seinem Nachruhm*, in: *FAZ* vom 13. Mai 1974

Winters, Peter Jochen. *Stalinallee, Staatsoper, Hotel Stadt Berlin: Der Wiederaufbau in Ost-Berlin*, in: *FAZ* vom 18. September 1981

Reißmüller, Johann Georg. *Auf den höchsten Plätzen der Macht: Karrieren im Ostblock*, in: *FAZ* vom 11. Dezember 1982

Winters, Peter Jochen. *Hilfe, die Russen kommen*, in: *FAZ*, n°269, 19. November 1977

Winters, Peter Jochen. *In der DDR wird jetzt Atheismus propagiert*, in: *FAZ* vom 7. Februar 1978

Der Spiegel

Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil I.* in: *Der Spiegel*, n°33/1977, 8. August 1977

Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil II.* in: *Der Spiegel*, n°34/1977, 15. August 1977

Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil III.* in: *Der Spiegel*, n°35/1977, 22. August 1977

Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil IV.* in: Der *Spiegel*, n°36/1977, 29. August 1977

Loewe, Lothar. *Abends kommt der Klassenfeind. Teil V.* in Der Spiegel, n°37/1977, 22. August 1977

Stern

Windmöller, Eva. *Leben in der DDR*. Hamburg: Gruner + Jahr, 1977

Die Zeit

Sommer, Theo. *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek: Rowohlt, 1986, S. 15

Forschungstand

Vor 1989

Goss, Anthony John. *Das Deutschlandbild im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.* Dissertation für die Philosophische Fakultät der Christian-Albrecht-Universität. Kiel, 1978

Goss, Anthony John. *Deutschlandbilder im Fernsehen – vergleichende Analyse politischer Informationssendungen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.* Köln: Wissenschaft und Politik, 1980

Holzweißig, Gunter. *Massenmedien in der DDR.* Berlin: Holzapfel, 1983

Hesse, Kurt. *Westmedien in der DDR: Nutzung, Image und Auswirkungen bundesrepublikanischen Hörfunks und Fernsehens*. Köln: Wissenschaft und Politik, 1988

Dernbach, Beatrice. *DDR-Berichterstattung in bundesdeutschen Qualitätszeitungen: eine empirische Untersuchung.* Nürnberg: Verl. Der Kommunikationswiss. Forschungsvereinigung, 1990

Nach 1989

Bresser, Klaus. *Das Fernsehen als Medium und Faktor der revolutionären Prozesse in Osteuropa und der DDR*, in Hall, Peter Christian. *Fernseh-Kritik. Revolutionäre Öffentlichkeit : das Fernsehen und die Demokratisierung im Osten.* München: Hase u. Koehler, 1990

Bracher, Karl Dietrich. *Wendezeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays 1987-1992*. Stuttgart: DVA, 1992

Hacker, Jens. *Deutsche Irrtümer : Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen.* Berlin: Ullstein, 1992

Potthoff, Heinrich. *Die Koalition der Vernunft : Deutschlandpolitik in den 80er Jahren.* München : Dt. Taschenbuch-Verl., 1995

Czaplicki, Andreas. *Die Rolle der Westmedien in der Revolution der DDR. Dissertation am Fachbereich 12 der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.* Frankfurt am Main, 2000

Grashoff, Eberhard ; Muth, Rolf (Hg.). *Drinnen vor der Tür: Über die Arbeit von Korrespondenten aus der Bundesrepublik in der DDR zwischen 1972 und 1990*. Berlin, Ost, 2000

Neue Studien

Chmel, Christian. *Die DDR-Berichterstattung bundesdeutscher Massenmedien und die Reaktionen der SED (1972–1989).* Berlin: Metropol, 2009

Historischer Kontext

Brandt, Willy. *Begegnungen und Einsichten : die Jahre 1960- 1975.* Hamburg : Hoffmann und Campe, 1976

Brandt, Willy. *Erinnerungen.* Frankfurt/Main : Ullstein, 1992

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Internationales/ Europa/ Polen. Analyse : *Willy Brandt und Polen – Gemeinsames Gedenken der Präsidenten Komorowski und Wulff am 7. Dezember 2010 in Warschau.* Zusammenfassung vom 28.12.2010. http://www.bpb.de

Conze, Eckart. *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*. München : Siedler

Dettke, Dieter. *Spielräume der Bundesrepublik im Spannungsverhältnis zur Sowjetunion und im Bündnis mit den USA*, in : Ehmke, Horst ; Koppe, Karlheinz ; Wehner, Herbert (Hg.). *Zwanzig Jahre Ostpolitik.Bilanz und Perspektiven.* Bonn : Verl. Neue Ges., 1986

Niehuss, Merith ; Lindner, Ulrike (Hg.). *Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung. Band 10: Besatzungszeit, Bundesrepublik und DDR. 1945 – 1969.* Stuttgart : Reclam, 1998

Grosser, Dieter ; Bierling, Stephan ; Neuss, Beate (Hg.). *Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung. Band 11: Bundesrepublik und DDR 1969–1990.* Stuttgart: Reclam, 1996

Lebendiges virtuelles Museum Online (LeMO), Deutsches Historisches Museum.. http://www.dhm.de/lemo

Les deux vies de Willy Brandt. Documentaire de Manfred Oldenburg et Sebastian Dehnhardt. ARTE/MDR

Potthoff, Heinrich. *Im Schatten der Mauer : Deutschlandpolitik 1961 bis 1990*. Berlin : Propyläen-Verl.

Schönfelder, Jan ; Erices, Rainer. *Willy Brandt in Erfurt: Das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen 1970.* Berlin: Ch. Links, 2010

Presse

Bild vom 19. März 1970

FAZ vom 13. März 1970

FAZ vom 20. März 1970

FAZ vom 21. März 1970

Focus Magazin, n°6, 1995, auf www.focus.de

Neues Deutschland vom 15. März 1970

Der Spiegel, n° 51, 14. Dezember 1970

Süddeutsche Zeitung vom 16. März 1970

Süddeutsche Zeitung vom 18. März 1970

Welt am Sonntag vom 22. März 1970

Hilfe bei der Analyse des Korpus

Judt, Matthias. *DDR-Geschichte in Dokumente. Beschlüsse, Berichte, interne Materialen und Alltagszeugnisse.* Bonn : Ch.Links, 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350

Fuhrer, Armin. *SED: die Große Mutter der kleinen Nazis*, in: Focus-Online vom 8. Mai 2010

Holtmann, Everhard. *Politik-Lexikon. 3.* München: Oldenbourg, 2000

Robert, Valérie. *La presse en France et en Allemagne.* Paris : Presses Sorbonne nouvelle, 2011

Wolle, Stephan. *Die heile Welt der Diktatur*. Econ Tb., 2001

Titelbild

Lothar Loewe, in: *Der Spiegel* n°33/1977, 8. August 1977

Annexes

Résumé

Der „Wandel durch Annäherung“ gilt als zentraler Punkt in der Geschichte des geteilten Deutschlands. „Wandel durch Annäherung“ beschreibt schlagwortartig ein 1963 von Egon Bahr verbreitetes Konzept, das 1969 durch Willy Brandts Ostpolitik verwirklicht wurde. Er zielte darauf ab, beide Blocks – Ost und West – einander anzunähern, anstatt die Spaltung des kalten Krieges zu vertiefen. Zu seiner Zeit war er Gegenstand zahlreicher kritischer Würdigungen durch Politik, Gesellschaft und Medien. Schon im Jahre 1970 warf die CDU Brandt vor, seine Entspannungspolitik hätte dazu beigetragen, die DDR zu beschönigen, auf die Wiedervereinigung zu verzichten und das SED-Regime zu stabilisieren. Diese kritische Sichtweise verfolgte Brandt seine ganze Karriere hindurch. Auch nach der Wiedervereinigung wird diese Kritik aufrecht erhalten, der Wandel durch Annäherung wäre nur „Illusion“ gewesen. Er hätte sich eher in der politischen Kultur Westdeutschlands gezeigt, indem „politische Akteure […], einflussreiche politische Publizisten, sogar die meisten DDR-Spezialisten sich in Beschönigungen des ostdeutschen Herrschaftssystems gefallen [hätten]. Dies hatte Folgen noch bis zum Herbst 1989: die Stabilität der DDR wurde von Politik und Wissenschaft weit überschätzt.“ Diese Untersuchung stellt die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren des Wandels durch Annäherung die Situation in der DDR beschönigt hat, und dadurch den ostdeutschen Staat falsch eingeschätzt, beziehungsweise überschätzt hat. Um den Wahrheitsgehalt dieser These zu messen wurde diese Untersuchung auf einen Material eingeschränkt: die Printmedien. Ziel ist, die Wirkungen des Wandels durch Annäherung an Hand von Presseveröffentlichungen zu messen. Die Presse hatte in dem zu untersuchenden Zeitraum einen bedeutenden Einfluss auf die Bevölkerung und eignet sich deswegen zur Untersuchung der oben genannten These.

Mots Clés

Wandel durch Annäherung; BRD; DDR; Beschönigung; Berichterstattung; Printmedien; Ostpolitik; Willy Brandt; Egon Bahr

Déclaration anti-plagiat

UNIVERSITE Stendhal GRENOBLE 3

Déclaration anti-plagiat
Document à scanner après signature
et à intégrer au mémoire électronique

DECLARATION

1. Ce travail est le fruit d'un travail personnel et constitue un document original.
2. Je sais que prétendre être l'auteur d'un travail écrit par une autre personne est une pratique sévèrement sanctionnée par la loi.
3. Personne d'autre que moi n'a le droit de faire valoir ce travail, en totalité ou en partie, comme le sien.
4. Les propos repris mot à mot à d'autres auteurs figurent entre guillemets (citations).
5. Les écrits sur lesquels je m'appuie dans ce mémoire sont systématiquement référencés selon un système de renvoi bibliographique clair et précis.

NOM : GONZALEZ PRENOM : Mélanie

DATE : 22/02/2013 SIGNATURE :

Mise à jour avril 2012